"Einheitsdrang? Einheitszwang?"

Debatten um die Gründung der SED in Thüringen

Beiträge zur Geschichte, DIE LINKE. Landesverband Thüringen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort
von Susanne Hennig-Wellsow .....Seite 5

Einheitsdrang und Einheitszwang – Regionale Vorgeschichte, Personen und Dynamiken nach dem Ende des Weltkrieges
von Dr. Steffen Kachel .....Seite 7

Auf den Spuren des Zusammenschlusses von KPD und SPD zur SED
von Joachim Traut .....Seite 21

Einheitsdrang und Einheitszwang. Zum Umgang der PDS mit der Gründung ihrer Vorgängerpartei SED
von Mario Hesselbarth .....Seite 31

Anhang 1: Erklärung der Historischen Kommission vom 3. November 1995 .....Seite 39

Anhang 2: Gabi Zimmer und Petra Pau zum 55. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD vom 20. April 2001.....Seite 49

Anhang 3: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Linkspartei.PDS vom Mai 2001.....Seite 50

Anhang 4: Erklärung des Parteivorstandes vom 11. Mai 2001 .....Seite 51

Vorwort

von Susanne Hennig-Wellsow

Ein Vorwort zu einer Broschüre zum 70. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD zur SED bringt eine 38jährige Parteivorsitzende der LINKEN. Thüringen in gewisse Schwierigkeiten. Eine erste Schwierigkeit ist: Ich habe die SED nur aus Kinder und Jugendperspektive erlebt und zum Eintritt in die PDS Anfang der 2000er trieben mich andere Fragen um als deren Geschichte, mit der ich scheinbar wenig zu tun hatte. Die Auseinandersetzung mit Geschichte muss ich mir also erarbeiten. Ein ganz persönlicher Grund, warum ich den Erstellern der vorliegenden Broschüre Joachim Traut, Mario Hesselbarth und Dr. Steffen Kachel sowie der AG Geschichte des Landesvorstandes meinen Dank aussprechen will, dass mir dies mit der Broschüre so leicht gemacht wird.

Zu diesem Hindernis aus der eigenen Biographie kommt: Als 38jährige in 2016 beurteilen zu wollen, wie die Stimmung von SPD und KPD Mitgliedern 1946 war, die gerade die nationalsozialistischen Lager wie das KZ Buchenwald überlebt hatten, der Verhaftung durch Polizei oder Gestapo entgangen waren, aber in der nationalsozialistischen Wehrmacht im Krieg kämpfen mussten, oder aus dem Exil wiederkehrten, ist schwierig. Industrielle Massenvernichtung, Krieg und Diktatur müssen noch im Alltag und in den Köpfen präsent gewesen sein. Schwierig ist es auch sich vorzustellen, wie auf diese Überlebenden der deutschen Arbeiterbewegung Besatzung und beginnender Kalter Krieg wirkten. 70 Jahre Frieden in Deutschland haben - erfreulicherweise - dazu geführt, dass sich die heutige Generation mit Wurzeln in Deutschland kaum in diese Verhältnisse hineinversetzen kann. Für die gerade ankommenden Geflüchteten etwa aus Syrien oder Afghanistan, aber auch seit 1945 Geflüchtete wie etwa die Bürgerkriegsflüchtlinge aus der ehemaligen Bundesrepublik Jugoslawien in den 1990ern gilt dies sicher so nicht.

Und trotzdem ist es wichtig, sich dieser Schwierigkeit zu stellen. Denn 1946 setzte sich aus Sicht vieler heutiger Beobachterinnen und Beobachter mit der ‚Zwangsvereinigung' von KPD und SPD zur SED der Stalinismus in der Sowjetischen Besatzungszone durch. Der Begriff ‚Zwangsvereinigung' und diese Darstellung der Ereignisse lehnte die überwiegende Mehrheit der Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten der PDS stets ab. „Einheitszwang wie Einheitsdrang" gab vielmehr die Perspektive der Debatten im Umfeld der PDS wieder. Eine Perspektive, die viele mit der Formierung der LINKEN hinzugekommene Parteimitglieder und auch ein relativ junges Parteimitglied wie ich, anders als die Generation der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen oder die Generation ehemaliger SED-Mitglieder, kaum präsent haben. Aber eben auch eine Perspektive, der viele Debatten auf Bundes- wie Landesebene vorausgingen.

Mit dieser Broschüre will DIE LINKE. Thüringen Debattenstände für eine jüngere und hinzugekommene Generation an Parteiaktivistinnen und -aktivisten aufbereiten und zum Wissenstransfer beitragen. Denn die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit als Staatspartei der DDR und damit auch der Verantwortung für das dort begangene Unrecht gegenüber politischen Gegnerinnen und Gegnern, spielte für die PDS stets eine große Rolle bei der Konstitution des eigenen Parteiverständnisses. Wie es in der Erklärung des Parteivorstandes der PDS in der von Petra Pau und Gabi Zimmer initiierten Debatte zum 55. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SED hieß: „Die Absage an die gescheiterte Idee der Einheitspartei und das Bekenntnis zur Pluralität der Linken schafft überhaupt erst die Voraussetzung für eine dauerhafte, eigenständige Existenz der PDS als demokratisch-sozialistischer Partei links der SPD in Deutschland."[1] Ein Ergebnis einer selbstkritischen Auseinandersetzung, die mit dem Referat von Michael Schumann auf dem Sonderparteitag der SED/PDS 1989 begonnen hatte und in der Historischen Kommission der PDS weitergeführt wurde. Diese Tradition der PDS in DIE LINKE. Thüringen hineinzutragen und die Debatte um das Parteiverständnis weiter führen zu können, bedarf des oben erwähnten Wissenstransfers. Schon 2001 stellte der Parteivorstand

[1] Beschluss des PDS-Parteivorstands: „Auseinandersetzung mit der Geschichte nicht instrumentalisieren", 5.Mai 2001.

in seiner Erklärung zur Debatte um den 55. Jahrestag fest, dass diese Gründungsdokumente zu wenig bekannt seien. Dieses will DIE LINKE. Thüringen heute noch beheben.

Behoben werden soll außerdem die Feststellung, DIE LINKE befasse sich nicht mit ihrer Vergangenheit, wie zuletzt in der Debatte um die Präambel des Thüringer Koalitionsvertrages von SPD, DIE LINKE und B90/Die Grünen geäußert. Der Blick auf die eigene Parteivergangenheit der PDS war für Beobachterinnen und Beobachter nur aufgrund der wiederkehrenden, geschichtspolitischen Thematisierung des Unrechts von außen erkennbar, die je nach politischer Konjunktur zu Attacken auf die PDS, deren Politikerinnen und Politiker und deren Vertretung gerade ostdeutscher Biographien und Interessen führte. Weniger bemerkt wurde die herausgehobene Rolle, die die Aufarbeitung der eigenen Geschichte als Staatspartei für die Transformation der SED zur PDS hatte.

Die PDS stand stets für das Erbe des Sozialismusversuchs in der DDR und das Engagement von Generationen für dessen Gelingen ein. Bei geschichtspolitischen Attacken sah sie sich vor der Herausforderung dies zu verteidigen und gleichzeitig den Opfern des DDR-Unrechts gerecht zu werden. Die Priorität lag dabei darauf, „der betroffenen Menschen und ihrer Schicksale zu gedenken“[2] wie 2001 der Parteivorstand der PDS feststellte. Diese Priorisierung ist der PDS sicherlich in vielen Debatten nicht immer gelungen. Die Attacken waren häufig so heftig, dass der eigene Anspruch an den Umgang mit den Schicksalen der Menschen nicht eingehalten wurde. Dennoch prägte die Parteikultur der PDS die Reflexion über den Anteil der SED und damit dem eigenen politischen Projekt am Unrecht.

Von unserem pluralistischen Ansatz der Vergangenheitsbearbeitung legen die Beiträge dieser Broschüre ein Zeugnis ab. Der Beitrag von Dr. Steffen Kachel gibt zuerst einen Überblick über die historischen Ereignisse in Thüringen. Er zeigt, dass hier das Element des Einheitszwangs geringer war und mit Hermann Brills Idee des ‚Bundes demokratischer Sozialisten‘ ein eigenständiger sozialdemokratischer Weg zu einem Zusammenschluss der Arbeiterparteien auf dem Tisch lag, der die Diskussionen zur Gründung der SED maßgeblich beeinflusste. Joachim Traut wiederum fasst die Debatte im Landesverband Thüringen um „Einheitszwang und Einheitsdrang“ zum 50. Jahrestag der SED Gründung zusammen. Neben zwei Tagungen der AG Geschichte des Landesvorstandes der PDS Thüringen und des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V. – Vorläuferin der heutigen Rosa Luxemburg Stiftung Thüringen - beschäftigte sich auch die Landtagsfraktion in einer Veranstaltung mit Wolfgang Leonhard mit der Debatte. Berichte von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen trafen damals auf die Stellungnahmen von Historikerinnen und Historiker mit unterschiedlichen Perspektiven. Parteimitglieder beteiligten sich rege an der Debatte und in zwei Broschüren wurden die Tagungen dokumentiert. Mario Hesselbarth schließlich gibt einen Überblick über die bereits oben skizzierten Debatten in der Bundespartei und widmet sich der Darstellung unterschiedlicher Konstellationen, die Positionsfindungen immer auch beeinflusst haben.

[2] Ebd.

Einheitsdrang und Einheitszwang – Regionale Vorgeschichte, Personen und Dynamiken nach dem Ende des Weltkrieges

von Dr. Steffen Kachel

Zur Vorgeschichte der „Einheitsparole“ des Jahres 1945

Ein historischer Rückblick auf die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. in Thüringen 1945/46 muss im Rahmen dieser Veröffentlichung begrenzt bleiben. Im Folgenden sollen nichtsdestotrotz wichtige Faktoren, Abläufe und Motive, die das Handeln der Akteure in Thüringen beeinflusst haben, knapp dargestellt werden.

Zum Ersten ist festzuhalten, dass das Thema von „Einheit und Spaltung“ schon lange vor 1946 geradezu ein Schicksalsthema für die deutsche Arbeiterbewegung war, und dass ohne diese Vorgeschichte die Parteivereinigung von SPD und KPD in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) undenkbar ist. Unendlich und in allen Facetten war die Maxime des einheitlichen Handelns und der einheitlichen Organisation auf Konferenzen und Parteitagen, in Fraktionen und Ortsvereinen seit dem Zusammenschluss der „Lassalleaner“ und „Eisenacher“ in Gotha 1875 gepredigt worden. Nicht anders gelang es der im Ausland bewunderten deutschen Sozialdemokratie trotz jahrelangem Flügelstreit und starker gegensätzlicher Interessen, ihre Geschlossenheit bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu bewahren. Aber Anfang 1917 zerbrach die Einheit der Partei dann doch – allgemein am Streit über die Mitverantwortung der Partei für Ausbruch und Opfer des Krieges; konkret gesprochen am kompromisslosen Vorgehen Friedrich Eberts gegen die diesbezügliche Opposition in der eigenen Partei.

Die Spaltung des „Mutterschiffs“ SPD in zwei Parteien, die MSPD und die USPD, löste bei den Mitgliedern und Wählern einen Schock aus und hatte als Reaktion ein breites Einheitsstreben an der nun dennoch auseinander bröckelnden Parteibasis zur Folge. Noch vor Ende des Weltkriegs erhob sich vielerorts der Ruf nach Wiedervereinigung, in den Zentren der Arbeiterbewegung kam es mit Ausbruch der Revolution zu einer regelrechten Einheitseuphorie.[1] So forderten Anfang 1919 Berliner Betriebsbelegschaften ultimativ die Wahl einer gemeinsamen Parteileitung. Zum Parteitag der MSP im Juni 1919 in Weimar kamen aus vielen Ortsvereinen Anträge, die eine sozialistische oder gar „allsozialistische“ Einigung (unter Einschluss der damals noch kleinen KPD) verlangten.[2] Nur mit Mühe und Verzögerungstaktik konnte diese Massenstimmung abgebogen werden. Auf die erneute Mobilisierung solch tief liegender Emotionen in der Masse der sozialistischen Anhängerschaft zielte die „Einheitsparole“ (Frank Moraw, 1973) der Jahre 1945/46 in erster Linie, und sie fiel dabei, welche Seite auch immer zu welchem Zweck auf sie zurückgriff, auf einen vorbereiteten Boden.

Zum Zweiten ist zu sagen, dass die deutsche Arbeiterbewegung der Jahre vor 1933 in ihrer regionalen Stärke, aber auch in ihrer Kultur und ihren politischen Zielen eine differenzierte Angelegenheit war. Untersuchungen zeigen, dass sich regionale Prägungen durchaus erheblich auf die Entwicklungen nach 1945 ausgewirkt haben. Für die südlichen Gebiete der späteren SBZ, die

---

[1] Mallmann, Klaus-Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik, Darmstadt 1996, S.41ff. Schon im Oktober 1917 hatte es auf dem Würzburger MSPD-Parteitag mehrere Anträge gegeben, die sofortige Verhandlungen über die Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien verlangten. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD in Würzburg vom 14.-20.Oktober 1917 (Nachdruck), Berlin 1973, S.13f.

[2] Die Jenaer MSP verlangte in Weimar „den Zusammenschluss der sozialistischen Arbeiter zu einer Partei... eventuell über die Köpfe der beiderseitigen Führer“. Im Antrag hieß es: „Die Spaltung der Sozialdemokratie bedeutet eine empfindliche Schwächung... im Kampfe zur Erreichung ihres Zieles, der Umwandlung des kapitalistischen Staates in die sozialistische Gesellschaft [...] Der Parteitag [...] beauftragt deshalb den Vorstand, [...] mit den Vorständen der USPD und der KPD [!] unverzüglich in Verbindung zu treten.“ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD in Weimar 10.-15.Juni 1919, Berlin 1919, S.74.

traditionell industrialisierten Länder Sachsen und Thüringen, fällt ins Gewicht, dass hier die USPD eben nicht die Randpartei des linken Spektrums war, als die sie zwischen 1917 und 1920/22 in fast allen westdeutschen Gebieten in Erscheinung trat. In Thüringen war die linkssozialistische USPD Mehrheitspartei (mit 30 Prozent stärkste Partei zur Reichstagswahl 1920). Als nach der Vereinigung etwa der Hälfte ihrer Mitglieder mit der KPD (1920) die verbliebenen Teile wieder in die SPD zurückkehrten (1922), verschob das hier, wo die USPD stark war, die Achse in der SPD erheblich nach links. Einschneidende Ereignisse, wie der Kampf um die Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolutionszeit, die große Streikwelle 1919 und nicht zuletzt die Abwehrkämpfe gegen den Kapp-Putsch 1920, prägten die politische Kultur in der Thüringer Arbeiterschaft zudem nachhaltig in Richtung einer gemeinsamen Frontstellung gegen das (reaktionäre) Bürgertum. Nicht zu unterschätzen in ihrer Langzeitwirkung sind auch die Folgen der Absetzung der beiden von SPD und USPD gestellten, von der KPD gestützten Landesregierungen Sachsens (Erich Zeigner) und Thüringens (August Frölich) Anfang 1924. Dass Reichskanzler Stresemann (DVP) und Reichspräsident Ebert (SPD) hierbei ungeachtet der landesparlamentarischen Mehrheiten die Reichswehr zum Einsatz brachten, zeigte die bürgerlich-militärische Stoßrichtung gegen die Reformbestrebungen der Arbeiterbewegung auf und erzeugte parteiübergreifend größte Empörung.[3]

Diesen regionalen Beobachtungen schließt sich bis zum Ende der 1920er Jahre eine politische Prägung der Bezirksverbände von SPD und KPD an, die in Thüringen stärker als anderswo gemeinsamen Politikbezügen zuneigten, sehr zum Ärger der jeweiligen Parteileitungen. Zweimal (1927 und 1929) entschied sich die überwiegend kapitalismuskritische Thüringer SPD gegen den Einstieg in eine Landes-Koalition mit bürgerlichen Parteien und setzte lieber weiter auf eine linke Mehrheit, die aus ihrer Sicht mehr Gestaltungsmacht versprach, während sie in Preußen, Anhalt und Süddeutschland längst mit bürgerlichen Parteien koalierte. In der Thüringer KPD, in der der gewerkschaftlich orientierte „rechte“ Flügel den Ton angab, wollte man auch nach dem Scheitern der Links-Regierung mit den Sozialdemokraten gemeinsam handeln. Dies zeigen die intensive Kampagne gegen die Abfindung der Fürsten 1926[4] und gemeinsame Maifeiern in vielen Städten. Kein Wunder, dass die KPD-Zentrale dies als „Unterschätzung des Kampfes gegen die SPD“ kritisierte[5] und 1928/29 im Zusammenhang mit dem großen „Aufräumen“ gegen die „Rechten“ in der eigenen Partei die Thüringer KPD-Bezirksleitung komplett aus den Angeln hob. Opfer der vielen Parteiausschlüsse war unter anderem der Thüringer KPD-Chef Hans Tittel. Tittel hatte sich bei der Radikalisierung des Kurses auf dem VI. Weltkongress der Kommunistischen Internationale im Herbst 1928 als einziger prominenter KPD-Vertreter offen gegen den Schwenk zu einer Politik gestellt, die nun die SPD als Hauptgegner bestimmte.[6]

Die lange Tradition gemeinsamer Politikbezüge in Thüringen und die negative Verarbeitung des vom Zaun gebrochenen „Bruderkampfes“ zwischen 1929 und 1933/35, mussten die Debatte um eine einige Arbeiterpartei nach 1945 in Thüringen anders beeinflussen als in anderen Regionen. Dies gilt um so mehr, als viele der vor 1928 regional bestimmenden Akteure, auch ehemals ausgeschlossene KPD-Funktionäre, 1945/46 den neuen Anfang maßgeblich mitbestimmten.[7]

---

3 So auch: Grass, Jochen: Studien zur Politik der bürgerlichen Parteien Thüringens in der Weimarer Zeit 1920-1932, Hamburg 1997, S.91, ebenso Raßloff, Steffen: Flucht in die nationale Volksgemeinschaft. Das Erfurter Bürgertum zwischen Kaiserreich und NS-Diktatur, Köln 2003, S.207.

4 Nach dem gemeinsamen Kampf für das Volksbegehren zur Enteignung der Fürsten lag Thüringen mit 46 Prozent der Wahlberechtigten trotz ländlicher Struktur mehr als 10 Prozentpunkte über dem Reichsdurchschnitt.

5 Der KPD-Reichstagsabgeordnete Theo Neubauer ärgerte sich etwa über die Losung des KPD-Bezirksparteitages 1926 „Thüringen muss wieder rot werden“. Dies sei „Opportunismus in stärkster Potenz“, denn die Losung sei „offensichtlich auf ein erneutes Bündnis mit der SPD gerichtet.“ Protokoll der BL-Sitzung am 18. April 1926 in Jena, BA Berlin, SAPMO, RY1/I-3/13/5,6, Bl.130.

6 Hans Tittel war Begründer der KPD in Württemberg und dort 1919 Pol-Leiter gewesen, 1920-23 Mitglied der KPD-Zentrale, wo er gegen den Ausschluss von Paul Levi stimmte, 1923, 1926-29 Pol-Leiter in Thüringen, 1927 MdL, 1928 Absetzung aus Berlin und Parteiausschluss, dann Mitbegründer der KPO, 1933 Emigration nach den USA.

7 Eine mit statistischen Methoden untersetzte Analyse des Funktionärskörpers der Arbeiterparteien in Thüringen nach dem Krieg siehe: Kachel, Steffen: Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949, Weimar 2011, S. 101ff.

Als dritter Faktor, der auf die politische Gemengelage nach Kriegsende 1945 einwirkte, ist die Verarbeitung der Erlebnisse während der NS-Diktatur zu bewerten. Zumindest im Umkreis der früheren Funktionsträger von SPD, KPD, Gewerkschaften und Kulturorganisationen (Konsum, Arbeitersport, Arbeitersänger, Freidenker etc.) verstärkten sich in dieser Zeit an vielen Stellen gemeinsame Bezüge, war es doch im Widerstand, aber auch unterhalb dieser Schwelle vielerorts zu gegenseitigen Unterstützungsleistungen und emotionalen Verbindungen gekommen.[8] Auf Seiten der Sozialdemokraten wurde die Kompromiss-Politik ihrer Reichsführung mit dem Bürgertum während der Weimarer Republik von vielen Aktiven einer harten Kritik unterzogen. Ein großer Teil der aus der SPD kommenden Illegalen im Reich sowie der Emigranten im Ausland suchte nach neuen Formen für eine zukünftige sozialistische Politik, die zum Teil auch Überlegungen zu neuen Parteistrukturen einschlossen. Viele in beiden Parteien sahen im Kampf zwischen den Richtungen einen wichtigen Faktor für Hitlers Machtergreifung und einen großen Fehler.[9] Von tragender Bedeutung für Thüringen waren nicht zuletzt die Zusammenarbeit und die inhaltlichen Konsultationen, zu denen Thüringer Kommunisten und Sozialdemokraten bereits im KZ Buchenwald zusammengefunden hatten, und die nach der Befreiung in eine Belebung antifaschistischer Basisstrukturen und eine gemeinsam verantwortete provisorische Landesverwaltung mündeten.[10]

Das Scheitern der spontanen Einheit im Frühsommer 1945 – auch in Thüringen

Ähnlich wie in Berlin hat es auch in Thüringen nach der Befreiung von der faschistischen Bedrückung Vorstöße zur unmittelbaren Herstellung einer einheitlichen Arbeiterpartei gegeben, und auch hier gingen sie von den (ehemaligen) Sozialdemokraten aus. Entscheidend war hier das Denken und Handeln Hermann Brills,[11] der im Mai und Juni 1945, aus dem KZ Buchenwald kommend, die Thüringer Sozialdemokraten sammelte. Es steht beispielhaft für die Verschiebungen, die im sozialdemokratischen Spektrum seit 1933 stattgefunden hatten. „Das sozialdemokratische Zeitalter ist vorüber“, schmetterte er seinen Genossen entgegen, als er sie Anfang Juli zur ersten Bezirkskonferenz begrüßte.[12] Als Zeichen des Bruchs mit dem alten Verständnis sozialdemokratischer Ziele und Werte gründete er mit seinen Mitstreitern in Thüringen anstelle der SPD den Bund demokratischer Sozialisten (BdS), in dem er gemeinsam mit den Haftkameraden der KPD etwas Neues beginnen wollte. Auf jeden Fall sollte es demokratisch, revolutionär-sozialistisch und konsequent sein. Im Mittelpunkt stehe „nicht die soziale Demokratie, sondern der Sozialismus in demokratischer Gestalt“.[13] Nachdem sich die bereits in Buchenwald umworbenen Thüringer Kommunisten dem Projekt nicht angeschlossen hatten und Brill den Bund zum Zwecke der Lizenzierung bei der Besatzungsmacht doch wieder in einen Landesverband der SPD umwandeln musste, beabsichtigte er, einen kommenden Reichsparteitag der SPD für sein an der britischen Labour Party orientiertes Konzept einer Einheitspartei zu gewinnen.

---

8 In Ostthüringen nutzte der sozialdemokratische Widerstand z.B. kommunistische Kontakte, um aus der CSR illegales Material zu befördern. Mit illegalen Hilfsgeldern wurden Angehörige von Verhafteten unterschiedlicher Parteizugehörigkeit unterstützt. An verschiedenen Stellen brachten frühere KPD- und SPD-Mitglieder Personen der jeweils anderen Richtung in Arbeit unter. Auch in der Haft gibt es zahlreiche Belege gegenseitiger Hilfe.

9 Beispielhaft das Bekenntnis Wilhelm Leuschners (1890-1944), vor 1933 SPD-Innenminister in Hessen und stellv. Vorsitzender des ADGB, einer der Verschwörer des 20. Juli, vor seiner Hinrichtung: „Schafft die Einheit!“.

10 Ab 1943 fanden unter dem Dach des von den Kommunisten initiierten und von dem Linkssozialisten Hermann Brill geleiteten Buchenwalder Volksfront-Komitees illegale Arbeitskreise statt. Eine Gruppe zur Bildungspolitik, an der sich neben Brill auch Walter Wolf (KPD) beteiligte, erarbeitete einen Katalog schulpolitischer Sofortmaßnahmen und den Aufbauplan für eine neue Schule. In Konsultation mit dem Thüringer Antinazi-Komitee berief Brill, den US-Behörden im Mai zum Verwaltungschef für Thüringen ernannt hatten, Wolf als Amtschef für Volksbildung.

11 siehe Seite 15, Abb.2

12 Rede des Genossen Dr. Brill auf der 1. Landeskonferenz des Bundes demokratischer Sozialisten, HstAW, SED-BL Erfurt, II/1-001.

13 ebenda.

Parallel dazu ging er nochmals auf die KPD zu. Und diesmal, bei einem Treffen am 9. Juli 1945, kam es zu einer Übereinkunft. Über die Schaffung von örtlichen Arbeitsausschüssen beider Parteien und gemeinsamer Organisationen in Sport und Wohlfahrt hinaus, so sollte ein Plakat in ganz Thüringen verkünden, werde ein Landesarbeitsausschuss von BdS und KPD in Kürze „organisatorische Maßnahmen zur Herstellung einer politischen Einheit des werktätigen Volkes“ unterbreiten.[14] In einem Brief an Ernst Busse[15] drängte Brill einen Tag später: Es sei die wichtigste Frage, „dass alsbald auf eine völlige Verschmelzung der sozialistischen Arbeiterbewegung hingearbeitet wird.“[16]

Doch auch dieser Vorstoß führte nicht zum Erfolg. Am 14. Juli teilte Stefan Heymann seitens der KPD mit, „dass die Kommandantur die Herausgabe des von uns beschlossenen Plakates verboten hat, da dieses... vor der Drucklegung ihr nicht vorgelegt wurde“.[17] Am 19. Juli – inzwischen hatte Walter Ulbricht in Weimar Einfluss auf die Thüringer KPD genommen – kam endgültig eine ablehnende Antwort. Ungeachtet dieses Ausgangs wird das Anfang Juli von beiden Parteien beschlossene Plakat heute als besonderes Dokument des regionalen Einheitswillens angesehen. Manfred Overesch sieht in ihm die mögliche „Gründungsdokumentation einer einheitlichen sozialistischen Partei in Deutschland“. Auf jeden Fall ist sehr bemerkenswert, dass es im Juli 1945 in Thüringen gegen die Vorgabe der Berliner KPD-Führer zu einer solch weitgehenden Absichtserklärung gekommen ist.

Parallel zur Debatte unter den leitenden Funktionären gab es deutschlandweit eine Fülle spontaner Aktionen vor Ort, die ebenfalls unmittelbar nach Kriegsende versuchten, zu einer einheitlichen Arbeiterpartei vorzustoßen,[18] auch in Thüringen. In Nordhausen etwa trat am 24. April ein „Komitee der Einheitspartei des werktätigen Volkes Deutschlands, Kreis Nordhausen“ mit einem Mai-Aufruf an die Öffentlichkeit.[19] Vor allem in Ostthüringen kam die Einheitspartei da und dort örtlich bereits zustande, weswegen Anfang Juli 1945, nach dem Abzug der Amerikaner und dem Einzug der Roten Armee, in Pößneck, Neustadt und Triptis eine getrennte Neukonstituierung von KPD und SPD angeordnet wurde.[20] An einer Initiative zur frühen Gründung einer Einheitspartei beteiligte sich auch der spätere Thüringer KPD-Vorsitzende Werner Eggerath am Rande Thüringens, in Eisleben.

Letztlich war es nicht zuletzt die neue Besatzungsmacht, die diese Versuche vereitelte, denn die Sowjetische Militäradministration machte im Sommer 1945 überall deutlich, dass sie politische Regungen der deutschen Bevölkerung nur auf Grundlage der vier in Berlin für die gesamte Zone lizensierten Parteien gestatten werde. Zudem konnte das inzwischen in Berlin konstituierte ZK der KPD unter Walter Ulbricht ab Anfang Juli direkten Einfluss auf die Thüringer KPD-Politik herstellen und mit der Einsetzung eines neuen Bezirksleiters (an die Stelle von Ernst Busse trat Georg Schneider[21]) die künftig bessere Beachtung der Berliner Direktiven sichern.

---

14 Das Plakat ist in dieser Veröffentlichung abgedruckt, S. 11, Abb. 1

15 siehe Seite 15, Abb. 3

16 Brief Brills an Busse vom 10. Juli 1945, BA Berlin, SAPMO, II/3/8/5.

17 Dies und das folgende: Overesch, Manfred: Hermann Brill in Thüringen 1895-1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992, S.350f.

18 Zur Kraft der Einheitsbestrebungen unmittelbar nach dem Krieg, auch in den Westzonen, u.a.: Klönne, Arno: Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen, München 1989; Siegfried, Detlef: Zwischen Einheitspartei und Bruderkampf. SPD und KPD in Schleswig-Holstein 1945/46, Kiel 1992; Vorholt, Udo; Zaib, Volker: SED im Ruhrgebiet? Einheitsfrontpolitik im Nachkriegsdeutschland, Münster 1994; Für die Sowjetische Zone: Benser, Günter: Die KPD im Jahr der Befreiung, Berlin 1988.

19 Kirchner, Fritz: Der Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse in der Stadt und im Kreis Nordhausen, in: Beiträge zur Heimatkunde aus Stadt und Kreis Nordhausen, Heft 11, 1986, S.1.

20 Zur Geschichte der Bezirksparteiorganisation der SED Gera, Band 1, Gera 1986, S.198.

21 siehe Seite 15, Abb. 3

An das werktätige Volk Thüringens!

Die Landesleitungen Thüringen der Sozialdemokratischen Partei (Bund Demokratischer Sozialisten) und der Kommunistischen Partei haben in einer Sitzung am 9. Juli 1945 in Weimar, in der von jeder Partei 6 Vertreter anwesend waren, vorbereitende Maßnahmen zur Schaffung eines gemeinsamen Aktionsprogramms und organisatorische Maßnahmen zur

Herstellung einer politischen Einheit des werktätigen Volkes

beraten. Der aus je 6 Vertretern beider Parteien geschaffene Arbeitsausschuß wird das Aktionsprogramm sowie die organisatorischen Maßnahmen in Kürze dem werktätigen Volke Thüringens unterbreiten.

Diese Vereinbarung der Landesleitungen zu engster Zusammenarbeit gelten für die Ortsgruppen beider Parteien in allen Stadt- und Landkreisen Thüringens.

Für die Sozialdemokratische Partei: (Bund Demokratischer Sozialisten)

Hermann Brill — Marie Carnarius
Gustav Brack — Kurt Böhme
Cäsar Thierfelder — Heinrich Hoffmann

Für die Kommunistische Partei:

Ernst Busse — Hans Brumme
Walter Wolf — Stefan Heymann
Otto Trillitsch — Hugo Günther

Sammlung Volker Wahl

Abb. 1: Auf Betreiben der sowjetischen Bestazungsmacht und der Berliner KPD-Führung nicht veröffentlichtes gemeinsames Plakat für eine regionale Thüringer Einheitsinitiative, Juli 1945, Quelle: HStA, BPA, V/6/6-16

Zur ersten Phase der Einheitskampagne bis zum Jahresende 1945

Im Herbst 1945 hatte sich die SPD in der gesamten SBZ organisatorisch gefestigt[22] und ihrerseits das Drängen auf die baldige Einheit aufgegeben. Unter der Leitung von Otto Grotewohl[23] hatte der Zentralausschuss der SPD ein politisches Konzept entworfen, das die SPD deutschlandweit in einer politischen Schlüsselstellung sah und begann, dieses den verschiedenen Besatzungsmächten gegenüber offensiv zu vertreten. In einer Rede vor 4.000 sozialdemokratischen Funktionären in Berlin artikulierte Grotewohl am 14.September sogar einen reichsweiten Führungsanspruch für die SPD, ohne die Frage der Einheit dabei zu berühren.[24]

In dieser Situation schrillten bei der KPD-Führung die Alarmglocken. Man befürchtete, von der weiteren Entwicklung überholt zu werden und den erhofften entscheidenden Einfluss auf die künftige politische Struktur in Deutschland oder zumindest der SBZ für immer zu verlieren. Am 28. September fiel – nach Abstimmung mit der Besatzungsmacht – der Beschluss, in kürzester Zeit selbst zu einer Kampagne für die baldige Herstellung der Einheit überzugehen. Dieser Kampagne wurden in den kommenden Wochen die durch die Besatzungsmacht gesteuerten zonalen Medien und immer mehr organisatorische Mittel untergeordnet.

In Thüringen waren die Voraussetzungen für eine solche Kampagne im Herbst 1945 zunächst ungünstig. Zwar konnte die „Parole der Einheit“ an der Basis der Parteien weiter auf Sympathie hoffen. Die SPD war aber akut verstimmt: eine Woche nach dem Besatzungswechsel hatte die Sowjetische Besatzungsbehörde die Person ihres Landesvorsitzenden Hermann Brill im höchsten Verwaltungsamt durch den linksbürgerlichen Geraer Anwalt Rudolf Paul ersetzt. Zudem hatte das Nebeneinander der Parteien an vielen Stellen eben doch das alte Tauziehen um Positionen in der Verwaltung, um Mitglieder und Ressourcen neu entfacht, wobei gerade das Gebaren von KPD-Vertretern an verschiedenen Stellen für Empörung sorgte, ohne dass die anderen Parteien wegen der Protektion der Militärbehörden zu Gegenstößen in der Lage waren.

Wieder brachte nun die Berliner KPD-Führung einen neuen Bezirksleiter nach Thüringen: diesmal am 13. Oktober den aus langer Haft (und nicht aus der Emigration) kommenden Eislebener Landrat Werner Eggerath.[25] Dem Rheinländer gelang es, die Parteiorganisationen der KPD auf die Alltagsprobleme der Bevölkerung auszurichten und auch zu den Sozialdemokraten ein neues Verhältnis zu finden. Anstelle der Schneiderschen Doktrinen hieß die Losung jetzt: „Alle Fragen müssen in kameradschaftlicher Weise mit den Genossen von der SPD gemeinsam gestellt und gelöst werden. [...] Volles Vertrauen muss hergestellt werden.“[26] Als Hauptmechanismus einer solchen Strategie „Sieg durch Nähe“ sollten vor Ort gemeinsame Vorstandssitzungen und Funktionärsberatungen zur Regel werden, wobei die besatzungspolitisch mit Stellen und Ressourcen bevorzugten örtlichen KPD-Leitungen die SPD-Gliederungen teilhaben lassen und „mitziehen“ sollten. Oft gelang das.

Die sozialdemokratische Reaktion auf die Einigungs-Offensive der KPD war sowohl im Landesvorstand als auch an der Basis uneinheitlich. Während ein Teil der Funktionäre und Mitglieder der KPD offen entgegenkam, standen bei einem anderen Teil Befürchtungen gegen eine drohende Vereinnahmung im Vordergrund. Hermann Brill bemühte sich, bei weiterhin positiver Stellungnah-

---

[22] In Thüringen hatte die KPD am 1.Oktober 1945 19.500 Mitglieder, während sich in der Thüringer SPD zur selben Zeit bereits 28.900, Ende des Monats sogar 35.000 Mitglieder organisierten. SBZ-Handbuch, München 1990, S.458,479.

[23] Grotewohl, Otto (1894-1964), Buchdrucker, SAJ, 1912 SPD, 1918 USPD, im Krieg mehrfach verwundet, 1920-24 in Braunschweig für die USPD/SPD MdL und Justizminister, 1928 MdR, stimmte 1933 mit der Fraktion gegen das Ermächtigungsgesetz, in der NS-Zeit als kaufm. Angestellter tätig, Mai 1945 Gründung des Zentralausschusses der SPD in Berlin, dessen Vorsitzender, April 1946 parität. Parteivorsitzender der SED, 1948 im Zuge d. Stalinisierung Einflussverlust, 1949-64 DDR-Ministerpräsident, 1960 Rückzug aufgrund schwerer Krankheit.

[24] Wo stehen wir, Wohin gehen wir? Der historische Auftrag der SPD. Die Rede von Otto Grotewohl in der Neuen Welt in Berlin-Neukölln, Broschur, Berlin 1945, S.32f.

[25] siehe Seite 15, Abb. 4

[26] „Arbeitsplan für November“, ThHStAW, SED-BL Erfurt, I/2-002, S.2.

me zum Ziel der Einheit, die Kontrolle zu behalten: Die Kreisverbände wurden aufgefordert, sich nicht über die mit der KPD verabredeten Schritte hinaus in Absprachen einzulassen. In Thüringen wie in Berlin bildete sich die Forderung nach einer Einigung nur über den Beschluss beider Reichsparteitage als Aktionsprogramm und gleichzeitige Rückzugslinie der SPD-Gliederungen heraus. Tatsächlich schien die Aussicht, die Einheit nach den eigenen Gesichtspunkten gestalten zu können, für die SPD erheblich verbessert, wenn sie in ganz Deutschland, gewissermaßen zwischen den Mächten, umgesetzt werden konnte. Ganz in diesem Sinne forderte der Landesparteitag am 19. Oktober 1945 den Zentralausschuss in Berlin auf, „baldigst mit einem für ganz Deutschland geeigneten Aktionsprogramm zur... Herstellung der sozialistischen Einheit... hervorzutreten und ein Referat darüber als selbständigen Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung des ersten Gesamtparteitages zu setzen.“[27]

Obwohl es der KPD gelungen war, in einer Reihe von Kreisen Formen der Zusammenarbeit zu initiieren, die deutlich über die Abmachungen auf Landesebene hinausgingen und in etlichen Betrieben sogar schon gemeinsame Parteiorganisationen im Entstehen waren, versteifte sich Ende November der Widerstand vieler SPD-Funktionäre gegen ein weiteres Zusammenrücken, so auch im Landesvorstand, wo Brills Stellvertreter Heinrich Hoffmann[28] mit seiner kooperativen Linie klar in die Defensive geriet. Angesichts dieser Entwicklung griff nun stärker die Besatzungsmacht ein: man richtete Drohungen an den SPD-Landesvorstand wegen einer angeblich erschreckend hohen Zahl von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern unter den Neuaufnahmen, lud Vorstandsmitglieder zu stundenlangen Aussprachen vor. Ähnliche Berichte kamen aus vielen Kreisen. Im Dezember spitzte sich alles um die Konferenz der Spitzenfunktionäre beider Parteien zu, die am 20./21.Dezember in Berlin stattfand. Obgleich Hermann Brill aktiv an der Konferenz teilnahm, und das am Ende vereinbarte Kommuniqué auch den Vorbehalt des Weges über die Reichsparteitage bestätigte, wurde im Umfeld der Konferenz eine solche Einschränkung der Handlungsspielräume spürbar, dass sich Brill unmittelbar am Jahresende zur Aufgabe und zum Verlassen Thüringens entschloss.[29]

Mit dem Entschluss Hermann Brills zum Rücktritt und zum Wechsel der Besatzungszone war die stärkste Barriere, die einer baldigen Vereinigung in Thüringen entgegenstand (und die für die weitere Zukunft einen demokratisch-sozialistischen Führungsanspruch bedeutet hätte), ausgeräumt. In Nordhausen, Suhl, Hildburghausen, Erfurt und Altenburg stimmten die SPD-Kreisvorstände noch im Januar der Veranstaltung gemeinsamer Mitgliederversammlungen zu, obwohl der Zentralausschuss und der Landesvorstand diese noch im Dezember kategorisch untersagt hatten.[30]

Die SPD im Sog der Einheitskampagne

Wo es vor Ort tatsächliche oder scheinbare Probleme gab, nahm im Januar und Februar 1946 immer öfter die Sowjetische Militäradministration (SMA) die Dinge selbst in die Hand oder kontrollierte doch wenigstens den Fortgang. Die Schwierigkeiten der örtlichen SPD-Funktionäre, unter solchen Bedingungen Kurs zu halten, zeigen die Vorgänge in Ohrdruf, wo der Kommandant die Vertreter beider Parteien aus Ohrdruf und mehreren Orten der Umgebung zu sich befahl.[31] In Zella-Mehlis hingegen lehnte die SPD das Ersuchen der KPD nach gemeinsamen Mitgliederversammlungen ab und unterbreitete den Gegenvorschlag einer Funktionärsitzung, den die KPD annahm. Daraufhin schaltete sich die Kreis-Kommandantur

---

[27] Protokoll des 1. Bezirksparteitages der SPD Thüringen am 27./28. Oktober 1945, ebenda

[28] siehe Seite 8, Abb. 5

[29] Hier spielten offensichtlich sowohl der von der SMA auf Brill ausgeübte gesteigerte Druck als auch Angebote von US-Stellen für Positionen im Westen eine Rolle. Eingehender siehe: Kachel: Ein rot-roter Sonderweg?, S.339ff.

[30] In Suhl sprach sich eine gemeinsame Funktionärssitzung am 17. Januar dafür aus, in der Zukunft überhaupt nur noch gemeinsame Versammlungen durchzuführen. StA Meiningen, SED-BL Suhl, NL F.Sattler, V/6/1-19.

[31] Er legte ihnen die Frage vor, „ob sie den Berliner Beschluss [!] billigen oder nicht. Es ergab sich, dass die anwesenden Vertreter beider Parteien grundsätzlich für die Bildung einer einheitlichen Arbeiterpartei sind.“ Der Offizier wünschte weiter, dass nur noch gemeinsame Versammlungen stattfinden und erläuterte den Parteivertretern auch gleich das Programm und die Aufgaben der kommenden geeinten Arbeiterpartei. „Bericht an die KPD-Kreisleitung Gotha vom 12.Januar 1946 über die auf Veranlassung des politischen Kommandanten der Stadt Ohrdruf einberufene Sitzung der pol. Leiter der KPD und Vorsitzenden der SPD-Ortsgruppen“, ThHStAW, SED-BL Erfurt, SED-KL Arnstadt, V/1-008.

ein und fragte an, was die Ablehnung der KPD-Avancen zu bedeuten habe. Zwar wussten sich die Zella-Mehliser Sozialdemokraten mit einem Verweis auf den über die zentralen Absprachen hinausgehenden „Radikalismus“ der KPD zu verteidigen, wofür sie auch die Zustimmung des Kreiskommandanten erhielten. Andererseits machte dieser deutlich, „dass die Einheit auf alle Fälle hergestellt werden müsse“.[32]

In dieser Lage suchten sozialdemokratische Mitglieder Orientierung bei örtlichen Identifikationsfiguren, die sich meist, wie der angesehene Meininger Landrat Paul Hildebrandt als Inhaber öffentlicher Ämter längst auf Einheitskurs begeben hatten, weil sie bestrebt waren, möglichst viel sozialdemokratische Substanz und Selbstbewusstsein in die neue Partei hinüberzunehmen. Für sie war die Auseinandersetzung mit Einheitsgegnern in den eigenen Reihen im Januar/Februar 1946 schon zum Kampf für eine möglichst starke eigene Basis in der neuen Partei geworden. Je mehr Kräfte es gelang zusammenzuhalten, desto aussichtsreicher schienen die Möglichkeiten, sich in der neuen Partei gegen die fachlich und zahlenmäßig in fast allen Kreisen unterlegenen Kommunisten zu behaupten. Hildebrandt betonte auf der Funktionärs-Sitzung beider Parteien am 26. Januar 1946 in Hildburghausen, dass es auf keinen Fall „russische Verhältnisse“ geben werde.[33] Karl Heym, SPD-Landrat in Suhl, behandelte in einer Funktionärsversammlung beider Parteien am 2. März die Einheit schon als Tatsache: Da die Einheitspartei die Hauptrolle im neuen demokratischen Staat spielen werde, sei die Hauptsache, „dass unsere Handlungen gerecht sind und unsere Funktionäre sich nichts zu schulden kommen lassen. Zwischen den Funktionären und den Mitgliedern [...] darf keine Mauer entstehen. Sie müssen zusammenhalten und die Interessen des werktätigen Volkes wahrnehmen.“[34] Von SPD-Landessekretär Fritz Wagner stammten die Worte: „Ich habe die Hoffnung, dass wir als Sozialdemokraten den Staat formen, den wir uns wünschen. Daher: Ans Werk!“[35]

Auch Aussichten auf verbesserte Arbeitsbedingungen beeinflussten die Motivationslage. So kommentierte der Sonneberger Kommandant die Berliner Beschlüsse gegenüber örtlichen SPD-Funktionären mit der Bemerkung: „Es wird Zeit, aus dem kleinen Büro herauszukommen!“[36] In Hildburghausen sah man vor, die existierenden drei hauptamtlichen Sekretärsstellen im Kreis für die KPD durch drei weitere Stellen für die bis dahin rein ehrenamtlich agierende SPD zu ergänzen. Das Geld dafür sollte aus Weimar kommen.[37]

Doch selbst dort, wo maßgebliche Funktionäre in den Leitungen im Januar/Februar zur Verweigerung neigten, war es ein anderes, konkrete Schritte zum Ausstieg aus dem immer schneller werdenden Zug zur Einheit zu unternehmen. Der damalige SPD-Jugendfunktionär Hermann Kreutzer berichtet, dass die Diskussionen auf den Mitgliederversammlungen der Saalfelder SPD eine die zonale Einheit ablehnende Mehrheit zum Ergebnis hatten. Dennoch fand ein im Februar/März 1946 im Kreisvorstand gestellter Antrag, im Falle eines Einigungsbeschlusses überregionaler Gremien den Kreisverband aus Protest aufzulösen, keine Mehrheit.[38]

Im Bestreben, zusätzliche Belastungen im Verhältnis zur SPD zu unterdrücken, ging die KPD-Leitung jetzt härter gegen eigene Mitglieder vor, die sich der Vereinigung entgegenstellten oder Antipathien offen zum Ausdruck brachten. Besonders scharfe SPD-Hasser wurden durch Ausschluss bzw. Ausschlussdrohung „ruhig gestellt“,[39] ja selbst Berichte über Sozialdemokra-

---

32 Vorstandssitzung der SPD-OG Zella-Mehlis vom 4. Januar 1946, StA Meiningen, SED-BL Suhl, II/3/06, S.2.
33 Paul Hildebrandt (1889-1948), vor 1933 ADGB-Sekretär für Südthüringen in Meiningen, bis 1948 Landrat. Redebeitrag des Landrates Paul Hildebrand auf der gemeinsamen Versammlung von SPD und KPD Hildburghausen am 26. Januar 1946, StA Meiningen, SED-BL Suhl, III/3/01.
34 Protokoll der Funktionärskonferenz im Jungsgarten Suhl am 2. März 1946, StA Meiningen, SED-BL Suhl, II/3-03.
35 Rede Fritz Wagner in Suhl auf der Funktionärssitzung im Jungsgarten am 2. März 1946, ebenda.
36 BA Berlin, SAPMO, EB T. Gundermann, SGY 30/1325, S.15.
37 Protokoll der 7. Sitzung des Organisations-Ausschusses der SPD und KPD Hildburghausen am 1. April 1946, StA Meiningen, SED-BL Suhl, III/3/01.
38 Interview Hermann Kreutzer am 16. März 2002, Protokoll, S.1,4.
39 So schloss die KPD-OG Wallendorf bei Saalfeld am 6. März 1946 zwei Mitglieder wegen „Sabotage der Einheit“ aus. Die beiden hatten „gemeinsam mit Faschisten“ ein Schreiben an die Kreiskommandantur verfasst und dort „unsere sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre verleumdet.“ StA Meiningen, SED-BL Suhl, II/3/02.

ten an die SMA konnten plötzlich zu unangenehmen Folgen führen.[40]

In dieser Situation fand am 19./20. Januar die Jenaer Funktionärs-Konferenz statt. An dieser Mammut-Tagung im Volkshaus nahmen je 800 Delegierte der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei teil: mit Gästen, Vorständen, Presse etc. fast 2000 Personen: der aktive Funktionärskörper der Thüringer Arbeiterbewegung. Aus Berlin waren Pieck und Grotewohl angereist. Die Konferenz war gut durchdacht: durch weitere Veranstaltungen umrahmt, mit viel Zeit für abendliche Diskussionen,[41] sollte sie zu einem durch keine Beschluss- und Entscheidungsnöte gedrückten, kulturell gefärbten Erlebnis werden. Dieses Vorhaben ging auf, wobei vielleicht noch mehr als die Reden das Umfeld der Tagung die Atmosphäre geprägt hat.[42] Wahrscheinlich brachte die Jenaer Konferenz bei vielen Teilnehmern tatsächlich den Durchbruch der „Einheitsparole“ als Ergebnis sowohl emotionaler Agitation als auch öffentlich gezeigter Macht der Einheitsposition.

Inzwischen war immer offenbarer geworden, dass mit der Schaffung einer gesamtdeutschen Plattform der SPD in absehbarer Zeit nicht zu rechnen war,[43] so dass die Losung der Reichsparteitage Ende Januar 1946 erheblich an Zugkraft eingebüßt hatte. Angesichts der lästigen kommunistischen Agitation und des in den Kreisen immer nachdrücklicher zum Ausdruck gebrachten Wunsches der Besatzungsmacht vertraten nun immer mehr SPD-Funktionäre die Ansicht, die Strategie des Zeitgewinns aufzugeben und sich dem Kampf um Charakter und Programm der neuen Partei zuzuwenden. Innerlich uneins, stimmte der SPD-Landesvorstand dem Ansinnen der KPD zu, „zur Klärung der Situation“ ein weiteres Funktionärs-Treffen auf Landesebene durchzuführen. Es wurde für den 5. Februar verabredet. Auf diesem Treffen schließlich, während die KPD aus Berlin unmittelbar zuvor überraschend zur Zurückhaltung aufgefordert worden war, schlug Heinrich Hoffmann, der als Nachfolger Brills amtierte, zur Überraschung aller mit dem 6./7. April erstmals einen konkreten Termin für die Vereinigung (auf Landesebene) vor, der dann – nach einer Tagungsunterbrechung – auch beschlossen wurde. In der Sitzung des Zentralausschusses am 11. Februar erzwangen Hoffmann, Buchwitz (Sachsen) und Moltmann (Mecklenburg) durch ein faktisches Ultimatum die Aufhebung des tags zuvor gefassten Beschlusses, am Junktim der Reichsparteitage festzuhalten und setzten die Zustimmung zur nur zonalen Vereinigung durch. Damit war die Entscheidung gefallen. Sie bestand im Einschwenken der Berliner SPD-Führung in die „Flucht nach vorn“ (Andreas Malycha).[44] Frank Moraw zufolge war es jetzt die Strategie Grotewohls, „da die Vereinigung unvermeidlich sei, mit vollen Segeln in die neue Partei hineinzugehen und die Initiative an sich zu reißen“.[45]

Vom 1.-15. März fanden in Thüringen in sämtlichen Ortsgruppen getrennte Mitgliederversammlungen statt, auf denen über die Vereinigung Abstimmungen durchgeführt und Delegierte zu getrennten Kreiskonferenzen gewählt wurden, die zwischen dem 15. und 24. März zusammentraten. Hier und dort kam es zwar sogar zu Mehrheitsbeschlüssen einzelner Gliederungen gegen eine Vereinigung, aber nirgendwo bestand die Chance, die Mehrheit einer Kreisdelegiertenkonferenz in diese Richtung zu positionieren. In Weimar etwa entschied sich die SPD-Ortsgruppe Leutenthal klar gegen die Einigung, aber auf der Kreiskonferenz ging die Abstimmung mit 80:20 ebenso eindeutig für die Vereinigung aus, wobei sich die Delegier-

40 Als sich im Umfeld des Erfurter Schulamtes Sozialdemokraten empörten, dass Schulrat Senff (KPD) die SMA mit Charakteristiken über Sozialdemokraten versorgt hatte, veranlasste Landesamtschef Wolf (KPD) dessen Versetzung nach Gotha. Protestschreiben des Erfurter KP-Leiters Fritz Gäbler an die KPD-Bezirksleitung vom 20.März 1946, BA Berlin, SAPMO, NL F. Gäbler, NL 157/12.

41 Kurt Goldstein berichtet, dass er nach dem ersten Konferenz-Tag mit Curt Böhme, August Frölich und Cäsar Thierfelder bis tief in die Nacht diskutiert habe, was nach seinem Eindruck nicht ganz ohne Einfluss blieb. Zum Abschied sei der Satz gefallen: „Ja, Kurt, wenn alle Kommunisten so wären wie Du ...“ Interview mit Kurt Goldstein am 24. April 2003, Protokoll, S.2f.

42 Teilnehmer bekunden in Berichten, mit Begeisterung und positiven Emotionen in ihre Kreise zurückgekehrt zu sein.

43 Im Oktober 1945 und im Februar 1946 scheiterten zwei Versuche des Zentralausschusses, in Hannover mit dem von den Westalliierten für den Aufbau der SPD in den Westzonen anerkannten Beauftragten Kurt Schumacher den Weg zu einem Reichsparteitag der SPD zu beschreiben oder wenigstens zu einer reichsweit abgestimmten Politik zu kommen.

44 Malycha, Andreas: Auf dem Weg zur SED, S.CI

45 Moraw: Parole der „Einheit“, S.152.

ten in der Regel an das Votum ihrer Ortsgruppe hielten.[46] Ausschlaggebend für die negative Haltung der Mehrheit der Leutenthaler SPD-Mitglieder zur Einheit war, wie sich das frühere SPD-Mitglied Harry Berbig erinnert, dass die KPD vor Ort aus „wenig vertrauenswürdigen Leuten“ bestand. Gegenstimmen habe es auch anderswo gegeben. Die Mehrzahl der Ortsgruppe habe den entgegengesetzten Beschluss der Kreiskonferenz akzeptiert und sei nicht aus der Partei ausgeschieden.

Einheitsunwilligen Mitgliedern und Funktionären beider Parteien verblieb bei dem Druck der veröffentlichten Meinung und den möglichen Gefahren einer offenen Gegenpropaganda immer noch das einfachste Mittel der Opposition: die Nichtteilnahme an der Einigung. Der Anteil von ehemaligen SPD- (und in geringem Umfang KPD-) Mitgliedern, die während der Vereinigung einfach aus der Statistik „verschwanden“, weil sie nie in der neuen Partei ankamen, ist hoch.[47]

Die Kreiskonferenzen waren zwar nach dem Stärkeverhältnis der Parteien im Kreis zusammengesetzt, so dass zum Beispiel in Saalfeld 119 SPD-Delegierte 70 KPD-Vertretern gegenüber saßen.[48] Die sozialdemokratische Mehrheit, die es hier meistens gab, konnte sich aufgrund der vereinbarten Parität in den Leitungen aber nicht auswirken. Für die tatsächliche Machtverteilung in der neuen Partei waren aber nicht nur die gewählten Leitungen ausschlaggebend. Im Alltag waren die ihnen unterstellten Apparate tendenziell von größerem Gewicht. Hier aber gab es ein Übergewicht der Kommunisten, die selbst bei zahlenmäßigem Ausgleich durch den eingespielten Parteiapparat und viele professionelle und engagierte Parteifunktionäre punkten konnten. Anders sah das freilich in den Kommunalverwaltungen, Genossenschaften und in vielen örtlichen Gewerkschaftsgliederungen aus, wo die Kommunisten in der Zahl erfahrener Funktionäre nicht an die (ehemaligen) Sozialdemokraten heranreichten.

Versuch eines Fazits

Angesichts der durch die örtlichen Kommandanturen der SMA unterstützten und phasenweise immer drängender werdenden Einheitskampagne der KPD sah Andreas Malycha in der SPD drei Lager, zunächst „die Sozialdemokraten, die bereit waren, trotz aller Vorbehalte, die Verschmelzung mit der KPD als einen Dienst am Sozialismus konsequent und rasch zu verwirklichen, sowie diejenigen, die die Vereinigung bedingungslos ablehnten.“ Beide seien Minderheiten gewesen. Die große Mehrheit der Mitglieder und der unteren Funktionäre habe die Idee der Einheitspartei zwar befürwortet, sie aber wegen ihrer großen Skepsis gegenüber der KPD als länger währenden gesamtdeutschen Prozess gesehen, in dem zuvor noch viel Misstrauen abgetragen werden müsse.[49] Erst unter dem Eindruck der aggressiver werdenden Einheitskampagne und des Umschwenkens ihrer Parteiführung Anfang Februar 1946 habe sich der übergroße Teil dieser Mehrheit entschieden, auch den Schritt in die Einheit zu vollziehen. Ein wesentlicher Faktor für diese Entscheidung war die Nichterfüllung der Hoffnung auf die sozialdemokratische Reichspartei.

Letztlich war das Abbröckeln der Parteidisziplin in den Ländern der Haupthebel, der die SPD-Führung dazu brachte, ihre bis dahin mit Rücksicht auf die Gefahren für die Einheit Deutschlands eingenommene Verzögerungsposition aufzugeben. Grotewohl, Fechner und Dahrendorf war klar, dass man bezüglich Programmatik und Einflussverteilung in der neuen Partei nur erfolgreich fordern konnte, wenn die eigene Zustimmung noch eine organisationspolitische Bedeutung hatte. Angesichts der vollkommen verbauten Möglichkeit, zu einem Reichsparteitag der SPD zu gelangen, mussten sie handeln. Die Erosion der Parteidisziplin aber war nicht zuletzt das Ergebnis der Bemühungen der Besatzungsmacht, wobei hier,

---

46 Interview mit Harry Berbig, Weimar, am 27. Juni 2001, Protokoll, S. 3. Berbig hat damals als junger Mensch mit der Mehrheit seiner Gruppe, also dagegen gestimmt. Die Grotewohl-Forderung nach einem Reichsparteitag sei ihnen Ende 1945/Anfang 1946 nicht bewusst gewesen oder bewusst gemacht worden.

47 Zahlenmäßige Einschätzungen sind schwierig, da die SED mehrere Monate benötigte, um in einem Teil der Kreise zu geordneten Zahlen zu kommen. Eine Hochrechnung der Kreise, wo gesicherte Zahlen vorliegen, legt nahe, dass in Thüringen etwa 5-8 Prozent der Mitglieder von KPD und SPD nicht in der SED ankamen, bei dem höheren Anteil von Sozialdemokraten könnte die Zahl der diesbezüglichen „Absprünge“ leicht bei etwa 10 Prozent liegen.

48 RS „An alle Ortsvereine der SED!“ vom 9. April 1946, StA Meiningen, SED-BL Suhl, III/3/02.

49 Malycha, Andreas: Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus 1946-1950, Berlin 1996, S.42-47.

soweit zu sehen (zumindest in Thüringen) weniger offene Drohungen mit Gewalt und erfolgte Verhaftungen, sondern viel öfter ein breites Spektrum von Einflussnahmen incl. Überredung, Überzeugung, Anordnung und vielerlei Formen von Korruption zum Tragen kam.

Solche freilich dennoch selbstbestimmungsfeindlichen Einflussnahmen richteten sich gegen die Stabilität des Parteiaufbaus und der Parteidisziplin der SPD, kaum aber gegen die Übernahme von sozialdemokratischer Politik und Werten in die SED. Wo immer 1946/47 in Thüringen Sozialdemokraten in der SED agierten, waren sie in großer Mehrheit auch als solche wahrnehmbar. Ein massiver Enteignungs- und Entfremdungsprozess ist für diesen Zeitraum in Thüringen deutlich zu verneinen.[50] Das Personal in Entscheidungsfunktionen der Partei und der Verwaltung, das Klima auf Parteitagen, die deutlich werdenden Ziele, Inhalte und Organisationstraditionen zeigen, dass die SED in Thüringen 1946 und noch 1947 zu beträchtlichen Teilen aus sozialdemokratischer Substanz und allgemeiner deutscher Arbeiterbewegungstradition bestand. Dieser Wertebestand wurde erst 1948 mit der brutal durchgesetzten Stalinisierung der SED gebrochen.

Im Prozess der Vereinigung lassen sich, mit Folgen auch für die spätere innere Verfasstheit der SED, etwa folgende Gruppen von Akteuren skizzieren:

1. Die Gruppe der „linken Kommunisten“: sie wollten die Einheit nicht unbedingt, und wenn, dann hatten sich die Sozialdemokraten unterzuordnen, es ging darum, „Unzuverlässige“ so schnell wie möglich wieder loszuwerden. Ihnen ging die Parteilinie über alles. Wer eigenständig dachte, war schon verdächtig, in ihrem Denken entschied letztlich das Funktionieren der Befehlsstruktur den Kampf.

2. Die Gruppe der „emotionalen Kommunisten“: sie waren meist aufgrund empfundener gesellschaftlicher Ungerechtigkeit in die Arbeiterbewegung und dann in die KPD eingetreten, sie wollten die Einheit und waren auch zum Teil bereit, sich zurückzunehmen und auf die Sozialdemokraten zuzugehen. Die Priorität der geltenden Parteilinie wurde von ihnen nicht in Frage gestellt, aber es gibt Beispiele selbständigen Denkens. Der Kommunismus wurde als etwas begriffen, das Menschen Gutes bringen muss.

3. Die Gruppe der „kritischen Kommunisten“: sie hatten ihre Erfahrungen im Konflikt mit der „Parteilinie“ gemacht, waren nach 1928 zum Teil in die KPO gegangen. 1945/46 waren sie bereit, sich wieder in die Reihen der KPD bzw. SED einzuordnen und hofften auf einen neuen Anfang, auch mit Hilfe der Sozialdemokraten in der Partei. Sie achteten auf ihre Bewegungsfreiheit, neue Konflikte waren vorprogrammiert.

4. Die Gruppe der „linken Sozialdemokraten“: sie hatten meist schon in der Weimarer Republik betont antikapitalistische Positionen bezogen, die sich nach der nationalsozialistischen Machtübernahme gefestigt hatten. Sie standen der Einheit mit der KPD aufgeschlossen gegenüber. Viele von ihnen fragten erkennbar wenig nach dem Inhalt der neuen Partei. Andere, die programmatischer dachten, oder gar einen Führungsanspruch für die linke Sozialdemokratie reklamierten, gerieten in Konflikt.

5. Die Gruppe der „traditionellen Sozialdemokraten“: sie schwankten zwischen dem auch für sie allgemein erstrebenswerten Ziel der Einheit und dem Festhalten an der gewohnten Organisation der SPD. Viele von ihnen waren Pragmatiker und passten sich dem vorgeblichen historischen Erfordernis an. In der SED bewahrten sie sozialdemokratisches Denken und Verhaltensweisen stärker als die vorige Gruppe.

6. Die Gruppe der „freiheitlichen Sozialdemokraten“: schon in der Weimarer Republik eher auf dem rechten Flügel der SPD angesiedelt, waren sie Gegner einer Einheit mit der KPD. Sozialdemokrat sein, hieß für sie zuerst, Freiheit und Demokratie zu sichern. Zum Begriff Sozialismus hatten sie meist nur eine schwache Beziehung. Im Konflikt waren sie Ziel von Repression und beantworteten die Einheit nicht selten mit Weggang nach dem Westen oder mit Rückzug ins Privatleben oder in die Konspiration.

7. Zur Gruppe der „Linksrepublikaner“ gehörten politisch aktive Menschen mit bürgerlichem Hintergrund, die sich oft bereits in der Weimarer

[50] Siehe ausführlich: Kachel, Steffen: Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949, Köln 2011.

Zeit republikanisch und antinazistisch betätigt hatten und deren Aufgeschlossenheit für eine antifaschistische Neugestaltung sie 1945 an die Seite der Arbeiterbewegung, meist in die SPD, führte. Sie waren, wie auch ein Großteil der früheren Sozialdemokraten, mit den inneren Gepflogenheiten der KPD nicht vertraut und galten ab einem bestimmten Zeitpunkt in der SED als unzuverlässig oder gar gegnerisch.

Dass in Thüringen insgesamt die Einheit relativ reibungsarm zustande kam (anders als etwa in Leipzig, Halle und Berlin) war das Ergebnis einiger ausgeprägter regionaler Faktoren, die zum Teil weiter oben besprochen wurden:

1. agierten in vielen Kreisen örtlich verankerte Funktionäre in verantwortlicher Stellung für die KPD, die noch vor 1933 wichtige Funktionen bei der SPD, der SAJ oder den Jungsozialisten ausgeübt hatten, so in Gera, Jena, Weimar, Suhl und Eisenach.

2. wurden wesentliche Einflusspositionen in der KPD auf Landesebene von pragmatischen Funktionären wahr genommen, die aus dem Widerstand und aus langer Haftzeit kamen und für die die antifaschistische Gemeinsamkeit – gerade auch mit führenden Sozialdemokraten – ein Wert war.[51]

3. konnte sich die Einheitsbewegung auf starke, im regionalen Gedächtnis enthaltene „Beweise“ für die Notwendigkeit der Arbeitereinheit stützen, die weit über den linken Flügel der SPD und die „rechte“ KPD hinaus an der Basis der Arbeiterbewegung Verbreitung gefunden hatten.

Ungeachtet dieser notwendigen Anmerkungen hatte die Einflussnahme der SMAD auf Umfeld und Prozess der Parteivereinigung in der Sowjetischen Zone, vor allem im ersten Quartal 1946, größte Bedeutung. Ohne sie wäre die Vereinigung, allein auf die SBZ bezogen, so nicht zustande gekommen. Doch selbst diese Tatsache kann die bewusste, zum Teil nachdenkliche, zum Teil begeisterte Mitwirkung sehr großer Teile des Funktionärskörpers und der Mitgliedschaft beider Parteien am Prozess nicht ungeschehen machen, die viele in dem individuellen Bewusstsein leisteten, an einem politisch notwendigen und historisch tief begründeten Projekt mitzuwirken.[52]

---

[51] Ausgesprochen doktrinäre und skrupellose Männer wie Kurt Fischer und Ernst Lohagen (Sachsen) waren in der Thüringer KPD nicht in so einflussreiche Positionen gelangt. Gerade Busse stand in dem Ruf, regelmäßig den „Unfug“, den örtliche KPD-Leute gegenüber Sozialdemokraten und Bürgerlichen fabrizierten, „geradezubiegen“.

[52] Dass das auch für große Teile der Anhängerschaft in der Bevölkerung gilt, lässt sich an der Mitgliederentwicklung nach der Vereinigung ablesen: ein erheblicher Zustrom neuer Kräfte 1946/47 spricht dafür, dass die Einheitspartei in den ersten Monaten ihrer Existenz in ihrem eigenen Umfeld einen viel besseren Ruf genoss als im Westen. Dort allerdings leistete das Vorpreschen der Ost-Länder den Einigungsbefürwortern entgegen allen Hoffnungen auf das „gute Beispiel“ einen Bärendienst und führte zu verschärften Abwehrreaktionen.

Zentrale Thüringer Akteure der KPD und SPD der Jahre 1945-1946

Abb. 2: Hermann Brill (1895-1959), Volksschullehrer aus Gotha und Kriegsfreiwilliger, 1917 USPD, 1922 SPD, 1920 Referent im Thür. Volksbildungsministerium, dann bis 1924 Abt-Leiter im Innenministerium, Studium Staat und Recht, Promotion, 1921-33 MdL, 1932 MdR und SPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag, Widerstand und Haft 1938-45, Juni 1945 von US-Behörden zum Thüringer Regierungspräsidenten ernannt, Gründung des BdS, dann Landesvorsitzender der SPD, Silvester 1945/46 Annahme eines US-Angebots für eine wichtige Position in Berlin, 1946-49 Chef der Hessischen Staatskanzlei, Beteiligung an den Vorarbeiten zum Grundgesetz, 1949-54 MdB. Von Bundesarchiv, Bild 146-1974-008-05 / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5418969

Abb. 3: Ernst Busse (1897-1952), Schleifer, 1918 Spartakusbund, dann KPD, 1925-30 Bevollmächtigter des Metallarbeiter-Verbandes in Mönchengladbach, 1931 Ausschluss aus dem DMV, Leiter der KPD-Gewerkschaft RGO in Thür. ab 1935 KZ Buchenwald, Mai bis Juli 1945 Pol-Leiter der KPD Thüringen u. Direktor Landesarbeitsamt, dann 1.Vizepräsident des Landes mit Zuständigk. für Polizei, Bodenreform u. Entnazifizierung, Okt. 1946 Thür. Innenminister, April 1947 zum Rücktritt gedrängt und in Funktionen nach Berlin berufen, 1950 Verhaftung durch russ. Organe, Verurteilung im Zusammenh. mit s. Tätigkeit im KZ Buchenwald. 1952 Tod in Workuta, 1956 geheim rehabilitiert. Bild: Ehnert, Günther: Die SPD Thüringens im Vorfeld der SED Gründung (1945/46), FES Thüringen, Erfurt 1995.

Abb. 4: Georg Schneider (1909-1970), im Gothaer Arbeitermilieu sozialisiert, die Eltern ermöglichten ihm das Biologie- und Lehrerstudium in Jena, 1930 KPD, 1931 in die UdSSR, dort zuerst als Lehrer, dann als Wissenschaftler tätig, ab Mai 1945 in der Gruppe Ackermann zuerst in Sachsen, dann als Pol-Leiter in Thüringen im Einsatz, wegen seiner doktrinären Art im Herbst 1945 (Hemmnis für die Vereinigung) an die FSU Jena delegiert, 1951 Professor. Bild: Ehnert, Günther: Die SPD Thüringens im Vorfeld der SED Gründung (1945/46), FES Thüringen, Erfurt 1995

Abb. 4: Werner Eggerath (1900-1977), Schlosser, 1919 Zentralverband der Angestellten und SPD, Arbeit a. Bauarbeiter, Bergmann, Kraftfahrer, 1924 KPD, 1930 hauptamtlich, 1932 UB-Leiter in Wuppertal, 1934 Mitgl. der KPD-Inlandsleitung, 1935 verh. und bis 1945 überwiegend in Isolations- u Einzelhaft, zuletzt in Bochum, dann 1945 im Mansfeld Landrat, ab Okt. Bezirksleiter der KPD in Thüringen, bis 1947 parität. Landesvorsitzender der SED, März `47 Innenminister, Sept. 1947 Thüringer Ministerpräsident, 1952 Ruf nach Berlin, später Botschafter und Staatssekr. f. Kirchenfragen. Bild: Ehnert, Günther: Die SPD Thüringens im Vorfeld der SED Gründung (1945/46), FES Thüringen, Erfurt 1995.

Abb. 5: Heinrich Hoffmann (1899-1979), Lehre als Friseur in Schleswig,1918 schw. Verwundung (Verlust eines Unterschenkels) u. engl. Gefangenschaft, 1919 Engagement bei d. Kriegsopferfürsorge, 1920 SPD, 1922-27 SAJ-Vors. im UB Schleswig,1924 Kurs auf der sozialist. Heimvolkshochschule Schloß Tinz bei Gera, 1927 Redakteur der SPD-Zeitung „Das Volk“ in Jena, 1933 kurz verhaftet, dann Aufbau der Victoria-Versicherung in Thüringen, 1945 von Brill nach Weimar geholt, dann wichtige Rolle im SPD-Landesvorstand, Kontroverse mit Brill über die Haltung zur KPD, von April 1946 bis Dez. 1949 parität. Landesvorsitzender der SED, dann wg. ungenügender Konsequenz gegen „Feinde“ abgelöst. Bild: Ehnert, Günther: Die SPD Thüringens im Vorfeld der SED Gründung (1945/46), FES Thüringen, Erfurt 1995.

Auf den Spuren des Zusammenschlusses von KPD und SPD zur SED

Zu den Aktivitäten und Erkenntnissen aus den geschichtspolitischen Debatten der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts der PDS Thüringen in enger Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaft Geschichte des Landesvorstandes der PDS Thüringen und des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V.

von Joachim Traut

Thüringen hat in der deutschen Arbeiterbewegung eine reiche Geschichte. Dafür steht die Städtekette Eisenach, Gotha, Erfurt. Hier liegen die Anfänge der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung.

Vom 7. bis 9. August 1869 tagte der Eisenacher Kongress und beschloss das Eisenacher Programm der deutschen Sozialdemokratie, das in den entscheidenden Fragen auf dem Boden des Marxismus stand. Vom 22. bis 27. Mai 1875 fand in Gotha der Vereinigungsparteitag der deutschen Sozialdemokratie statt. Mit den Beschlüssen dieses Parteitages entstand auf deutschem Boden eine einheitliche Arbeiterpartei. Das auf dem Gothaer Parteitag angenommene Programm wurde von Karl Marx in den „Randglossen zum Programm der Deutschen Arbeiterpartei“ einer prinzipiellen Kritik unterzogen.[1] Sie bildete die Grundlage für die weitere theoretische und praktische Arbeit der Partei. In Erfurt tagte vom 14. bis zum 20. Oktober 1891 der Parteitag der SPD. Wilhelm Liebknecht hielt im Auftrag des Parteivorstandes und der Programmkommission das Referat zum Parteiprogramm. Dieses Erfurter Programm widerspiegelte die Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung.[2] Die Partei DIE LINKE hielt vom 21. bis 23. Oktober 2011 ihren Erfurter Parteitag ab, und beschloss in der Tradition von 1891 ihr Erfurter Parteiprogramm. Soweit zur Geschichte der deutschen Linken von 1869 bis 2011 in Thüringen.

Auf den Spuren des Zusammenschlusses von KPD und SPD zur SED, für Thüringen in Gotha 1946, also vor 50 Jahren, führten im Jahr 1996 das Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Geschichte beim Landesvorstand der PDS Thüringen zwei Konferenzen anlässlich dieses 50. Jahrestages in Gotha durch.

Einheitsdrang? Einheitszwang?

So das Thema der Tagung am 10. Februar 1996 in Gotha. Es sprachen damals noch lebende Zeitzeugen. Einer von ihnen war, Fritz Schörnig.[3] „Ich - Fritz Schörnig - war Delegierter auf dem Vereinigungsparteitag in Gotha und Berlin 1946. Wenn der Vorsitzende der PDS Bisky erklärt, für ihn sei der Vereinigungsparteitag am 21./22. April kein Grund zum Feiern, so sage ich, dass für mich die Teilnahme an den Parteitagen in Gotha und Berlin Höhepunkte in meinem politischen Leben waren, die ich nicht vergesse. Daran ändert auch nichts, dass die SED im geschichtlichen Ablauf auch Fehler gemacht hat. Es wurde manches getan, was besser unterblieben wäre, und manches unterblieb, was man besser getan hätte.

Doch die SED, wie alle anderen Parteien in Deutschland, existierte nicht allein in der Welt, Ost und West, Nord und Süd wirkten auf sie ein. Ja, es wurden Fehler gemacht, und zwar hüben und drüben. Doch im 87. Lebensjahr stehend und 70 Jahre politisch organisiert bekenne ich mich zu den Worten Paul Singers, Kampfgefährte von August Bebel und Wilhelm Liebknecht, die er vor über 100 Jahren als Sozialdemokrat der Reaktion

---

1 Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 19, Dietz Verlag, Berlin 1962, S. 13 – 32.
2 Vgl. Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Dietz Verlag Berlin. 343 Seiten. 3. Auflage.
3 Fritz Schörnig, KPD. Von der faschistischen Justiz zu vierzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Eingekerkert von 1933 bis 1945. Gemeinsam mit dem Sozialdemokraten Otto Steinbrück war er, nach der Vereinigung von KPD und SPD, im April 1946, paritätischer Vorsitzender der SED im Kreis Arnstadt.

im Bismarck-Reich entgegen schleuderte: ‚Wir sind, was wir waren, und bleiben, was wir sind!'"[4] So der Abschluss seines Beitrages auf der Konferenz „Einheitsdrang? Einheitszwang? Die Entstehung der SED", in Gotha. Auf dieser ersten großen Konferenz in Thüringen, waren noch eine Vielzahl von Zeitzeugen, also Teilnehmer an der Gründung der SED in ihren Thüringer Heimatorten, vertreten, und berichteten aus ihrem eigenen Erleben. Es ist die Geschichte ihrer Generation. Prof. Dr. Günter Benser sprach in seinem einleitenden Beitrag vom „Zusammenschluss von KPD und SPD. Anmerkungen zu einer neu belebten Debatte"[5] Dazu ein Zitat: „Es ist an der Zeit, alle Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, nicht nur die lieb gewordenen, sondern auch die unbequemen und beschämenden. Jede von ehrlicher Überzeugung getragene Haltung der damaligen Zeitgenossen aber hat Anspruch, ernst genommen zu werden und verdient unseren Respekt. Wir können ihr nach Prüfung beipflichten, sie gelten lassen oder kritisieren, aber wir sollten sie weder dämonisieren noch kriminalisieren. Hier gibt es im Umfeld der PDS einen anderen Nachholebedarf als im Umfeld der SPD, aber Nachholebedarf ist überall vorhanden."[6]

In der o.g. Publikation finden wir neben dem Beitrag von Fritz Schörnig auch die, von Heiner Hellmich „Der Weg in die SED aus der Sicht eines damaligen Weimarer SPD-Mitglieds"[7]: „Viel Lebenserfahrung hatte ich als 16jähriger noch nicht, und die politischen Kenntnisse waren knapp über Null. Aber Instinkt hatte ich genug - der sagte mir, dass es richtig ist, die Einheitspartei zu schaffen und dabei mitzuwirken. Also: Von einer Zwangsvereinigung kann ich leider nicht sprechen, ich habe außer Hermann L. Brill – niemanden gehört, der dem Zusammenschluss widersprochen hat. Aber ich habe auch Zweifel gehört, der dem Zusammen-schluss widersprochen hat. [...] Erst einige Zeit später merkte ich, dass die Zweifel, Skepsis – die nicht nur Genossen der SPD erkennen ließen - nicht unberechtigt waren."[8]

Heinz Koch über „Die Vereinigung von KPD und SPD im Eichsfeld"[9]: „Im Sommer 1945 meldete ich im Parteibüro der SPD meinen Vater und mich als Mitglied der SPD an, was auch ohne Komplikationen in Bezug auf mein Alter erfolgte. Ich wollte aber nicht nur zahlendes Mitglied sein, sondern mich aktiv in die politische Arbeit mit jungen Leuten einbringen. Damals hörte ich von einem Diskussionskreis junger Sozialdemokraten, zu dem ich mich meldete und an dem ich teilnahm. Ich war der Jüngste im Kreis, war unsicher und hörte nur zu. An der Diskussion, z.B. über die Bildung antifaschistischer Jugendausschüsse nahmen auch ältere Genossen teil, die der SPD schon vor 1933 angehört hatten und vermutlich Funktionen innehatten. Dort wurde im Oktober/November auch über die Aktionseinheit von SPD und KPD gesprochen, aber immer aus der Sicht, in diesen Einheitsgremien den sozialdemokratischen Einfluss zu sichern."[10]

Günter Schwade sprach ebenfalls über eigenes Erleben „Wie ich den Weg der Vereinigung von KPD und SPD in Erfurt erlebte"[11]: „Das kommt mir immer in den Sinn, wenn bei der Behandlung des Weges zur Vereinigung von KPD und SPD meist sehr akribisch Beratungen, Konferenzen usw. zusammengestellt werden, die Ausdeutung (nach oft vorgefasstem Standpunkt) erfolgt, jedoch die ständig vorhandenen Bedingungen ausgeblendet werden. Wie die Mehrzahl der Menschen in jener Zeit beherrschte auch uns die oft gesprochene Erkenntnis: ‚Lieber trocken Brot essen als wieder Krieg'. Orientiert an der Überzeugung meiner Mutter, herangezogen durch den KPD-Genossen Willy Kress aus der „Olympia", begann für mich die „Parteiarbeit" mit vielfältigen Aktivitäten. Lebensmittelkarten-Verteilung gemeinsam mit der Mutter in der Nerlystraße, Kleidersammlungen für die „Thüringen-Aktion gegen Not" (später wurde daraus die Volkssolidarität), erste Enttrümmerungseinsätze, Mitwirkung bei der Vorbereitung der FDJ-Gründung u.a.m. [...] Diese Alltagsbedingungen mit ihren deutlichen Auswirkungen auf die Basis scheinen mir manchmal heute ausgeklammert,

4 In: Schriftenreihe des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. Heft 24, Jena 1996. S. 47f.
5 Vgl. ebd., S.5 – 31.
6 In: Ebd., S.7.
7 Vgl. ebd., S.32-35.
8 In: Ebd., S.34.
9 Vgl. ebd., S.36-38.
10 In: Ebd., S.36.
11 Vgl. ebd., S.49-51.

wenn über die Vereinigung von KPD und SPD geschrieben wird, insbesondere dann, wenn es die politische Keule von der „Zwangsvereinigung“ zu schwingen gilt.“[12]

Und noch einmal persönliche Erlebnisse, der Genossin Ursula Sommermann-Frölich „Der Weg der SPD in die Einheitspartei. Miterlebtes aus Thüringen“[13]: „Das Nachdenken über die dringliche Zusammenführung der beiden Arbeiterparteien hatte auch bei den Sozialdemokraten viel früher begonnen. Spätestens als sich die irrige Hoffnung zerschlug, dass „Hitler sich schnell abwirtschaften würde“ und SPD-Funktionäre genau so zeitig, genauso skrupellos geächtet, verfolgt und inhaftiert wurden wie ihre kommunistischen Klassengenossen. [...] Bereits 1946 begann – nicht nur in den Parteigremien – ganz allmählich ein Personalwechsel. Gründe fanden sich immer, einstige Sozialdemokraten durch Kommunisten zu ersetzen – oft auf unlautere Weise. [...] Die Sozialistische Einheitspartei war für uns die einzige Alternative.“[14]

Der Beitrag von Dieter Bauke befasste sich mit der Situation in Gera unter dem Thema: „Tinzianismus – eine sozialdemokratische Abweichung in der SED. Das Beispiel Otto Jenssen“[15]: „Die heutige Beurteilung eines Geschichtsprozesses ist gefärbt auch durch die abgelaufene Zeit und inzwischen stattgefundene Ereignisse, positive wie negative Resultate verfärben die Urteile, Sichtweisen und Interpretationen. [...] Otto Jenssens Bemühungen um die Einheit der Arbeiterbewegung waren so, oberflächlich gesehen, von Erfolg gekrönt. Mit der SED wurden die Forderungen verschiedener linker Strömungen (SPD, KPD, Neu Beginnen,) nach der Einheit befriedigt, diese Einheit aber konnte nicht alle theoretischen Positionen und praktischen Anforderungen an sie befriedigen. Schon während des Vereinigungsprozesses und noch Jahre danach gab es verschiedene Strömungen. Schon die Auseinandersetzung mit ihnen verzerrte dann das historische Bild des Vereinigungsprozesses.“[16]

„Die Vereinbarung vom 9. Juli 1945. Eine gescheiterte und fast vergessene Initiative der Landesleitungen von SPD und KPD in Thüringen“[17], so der Beitrag von Edgar Hartwig: „Mit der Unterschrift unter die Vereinbarung vom 9. Juli akzeptierte die KPD-Bezirksleitung diese Brillsche Plattform als Diskussionsgrundlage für die ‚Herstellung einer Einheit des werktätigen Volkes‘. Das war kein übereilter Vereinigungsbeschluss. Die Notwendigkeit einer gründlichen Aussprache wurde von beiden Seiten anerkannt, der Differenzpunkte war man sich bewusst. Die Formel ‚Einheit des werktätigen Volkes‘, aus der zentralen Vereinbarung vom 19. Juni 1945 übernommen, ließ mehrere Gestaltungsmöglichkeiten offen. [...] Das Fiasko der Vereinbarung konnte dem Einheitsbestreben nur schaden. Der Elan vieler Mitglieder in beiden Parteien wurde gebremst, Hoffnungen wurden enttäuscht, Vorbehalte bestärkt.“[18]

Jürgen Hofmann, vom Sprecherrat der Historischen Kommission der PDS sprach zu dem Thema „Die SED – eine Partei neuer Art? Visionen und Illusionen Anton Ackermanns aus der Vorbereitungsphase des Zusammenschlusses von KPD und SPD“[19]: „Am 13. Oktober 1945 sprach Anton Ackermann, Mitglied des Sekretariats des ZK der KPD, auf einer öffentlichen Kundgebung in Gera, um für die Bodenreform, die Schulreform und das KPD-Konzept des Wirtschaftsaufbaus der KPD zu werben. Natürlich ging es in diesem Zusammenhang um die Schaffung einer einheitlichen Partei. Es fällt auf, dass vorwiegend die Themen der antifaschistisch-demokratsichen Umwälzung in der Sowjetischen Besatzungszone angesprochen wurden, die in der Thüringer SPD – vor allem was das wie anbetraf – teilweise strittig waren. ... Anton Ackermann hatte zweifellos einen großen Anteil am Zustandekommen der Sozialistischen Einheitspartei, sowohl durch sein persönliches Engagement als auch durch den Beitrag zu seiner Programmatik, die für die sozialdemokratischen Partner annehmbar war. Der programmatische Gründungskonsens der SED, einen demokratischen Weg zum Sozialismus anzusteuern, ist un-

12 In: Ebd., S.50.
13 Vgl. ebd., S.52-55.
14 In: Ebd., S.55.
15 Vgl. ebd., S.56-62.
16 In: Ebd., S.60f.
17 Vgl. ebd., S.???
18 In: Ebd., S.68f.
19 Vgl. ebd., S.70-79.

mittelbar mit seinem Namen verknüpft. [...] Ackermanns Haltung zum Einheitsparteiprojekt, wie das vieler Zeitgenossen und Mitstreiter, ist nachhaltig aus den Erfahrungen der Weimarer Republik und der faschistischen Machtübernahme gespeist."[20]

Klaus Höpcke setzte sich in seinem Beitrag unter der Überschrift „Weiß Dr. Gerd Schuchardt nicht, wann und wie die „Sozialfaschismus"-These von Grund auf verworfen wurde? Rückfragen zu einer Äußerung in einer SPD-Landesvorstandsbroschüre zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD"[21]: „In den Tagen und Nächten des SED/PDS-Sonderparteitages Anfang/Mitte Dezember 1989 und dann des Wahlparteitages der PDS im Februar 1990 spürte ich mit Heftigkeit, wie weh Erneuerung tun kann. Wir stritten darüber, ob unter denen, an die wir anknüpfen, Ernst Thälmann genannt werden soll. Wog nicht schwerer als alles, was dagegen sprechen konnte, sein Kampfesmut gegen Hitler und die Nazipartei? Wir einigten uns auf die Formulierung, die Thälmann einzubeziehen ermöglichte. Doch Fragen blieben und bohrten weiter. Es ging und geht um den Schaden, der durch eine Politik heraufbeschworen wurde, die die Sozialdemokratische Partei als Verkörperung von „Sozialfaschismus" ansah."[22]

Als letzter Diskussionsredner in dieser von historischen Erfahrungen und persönlich Erlebtem geprägten Debatte sprach Eike Kopf über „Methodisches und Wissenschaftliches".[23] „Gotha ist hinsichtlich des Zusammenschlusses von Arbeiterorganisationen im nationalen und internationalen Rahmen ein traditionsreicher Ort. [...] Sozialdemokraten des 1863 in Leipzig gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der 1869 in Eisenach gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vereinigten sich 1875 hier in Gotha bekanntlich zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands und machten damit Jahrzehntelange positive Erfahrungen, d.h. sie wurden auf diese Weise die zahlenmäßig stärkste Arbeiterpartei aller industriell fortgeschrittensten Länder und waren bis 1914 qualitativ so einflussreich, dass die ökonomisch und politisch herrschenden Kräfte wichtige politische Entscheidungen nur schwer gegen sie oder ‚an ihr vorbei' treffen und durchsetzen konnten! Das ist also auch ein Stück sozialdemokratische Tradition."[24]

Um es festzuhalten: Auf dieser Konferenz waren es die Zeitzeugen, die den Inhalt der Konferenz wesentlich bestimmten. Es waren jene, die den Prozess der Vereinigung von KPD und SPD in Thüringen, unmittelbar noch selbst erlebt, bzw. mitgestaltet hatten, bis zu jener Frage, die Klaus Höpcke in seinem Beitrag aufgeworfen hat „wie weh Erneuerung tun kann".

Die Resonanz auf diese erste Konferenz war nicht nur in der PDS groß. Es blieb auch offen, und das bis in die unmittelbare Gegenwart, war es nun „Einheitsdrang?" oder „Einheitszwang?". Diese Thematik ist heute noch so aktuell wie vor zwanzig Jahren. Dazu gehört auch die Debatte um die Rolle der sowjetischen Militäradministration in Thüringen mit dem für „die Deutschen" zuständigen sowjetischen General Kolesnitschenko und sein Einfluss auf die ihm unterstellten sowjetischen Kommandanturen in den Thüringer Kreisen und Städten. Sicher gab es auch hier, „den Wettbewerb", in welchem Kreis ist die Vereinigung von KPD und SPD zuerst vollzogen, bereits mit dem Blick auf den Thüringer Vereinigungsparteitag im April 1946 in Gotha. Auch die sowjetische Besatzungsmacht hatte ein großes Interesse an der Gründung einer einheitlichen Arbeiterpartei bestehend aus der KPD und der SPD. Manche Positionen, insbesondere aus den Reihen der SPD aber vereinzelt auch aus der KPD, fanden nicht immer das Wohlwollen der Besatzungsmacht, bis hin zu vereinzelten Verhaftungen. Zurück zu den Diskussionen aus dem Jahre 1996.

Nach der Debatte

„Nach der Debatte. Erfahrungen aus dem Streit um den 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD", fand zu diesem Thema eine zweite große Konferenz am 22. Juni 1996, wiederum in Gotha statt. Lautete das Thema des Referates von Günter Benser auf der Konferenz im April noch, „Zusammenschluss von KPD und SPD. An-

20 In: Ebd., S.70f.
21 Vgl. ebd., S.80-83.
22 In: Ebd., S.80.
23 Vgl. ebd., S.84-91.
24 In: Ebd., S.84f.

merkungen zu einer Debatte“[25] So benannte Prof. Dr. Kurt Pätzold seinen Beitrag auf der Konferenz im Juni „„Zwangsvereinigung?‘ - War das die Frage aller Fragen? Unvollständiger Rückblick auf einen 50. Jahrestag“.[26] Dazu aus seinen Ausführungen: „Das Thema „Zwangsvereinigung“ war nicht die Frage aller Fragen, aber es ist doch im öffentlichen Bewusstsein dazu gemacht worden. Es konnte diesen Platz aus mehrerlei Gründen gewinnen. Ersten vor allem deshalb, weil über Jahrzehnte hinweg ein geschöntes Bild von der SED-Gründung im Osten Deutschlands gezeichnet wurde und eine Forschung auf diesem Felde ohne politische Vorgaben und Begrenzungen unmöglich war. Zweitens, weil die deutsche Sozialdemokratie des Jahres 1996 dieses Thema favorisierte. Ob es zur Durchsetzung eigener aktuell-politischer und langfristiger Interessen wirklich geeignet war, wurde innerhalb der SPD durchaus nicht einheitlich gesehen. Doch setzten sich diejenigen durch, die aus dem Terminus „Zwangsvereinigung“ ihre politische Münze zu schlagen suchten, die sich gegen PDS und gegen Projekte antikonservativer Bündnisse verwenden ließ. Drittens, weil die PDS zu schwach war, die Debatte thematisch zu verbreitern. Das würde u.a. eine gründlichere Selbstverständigung vor und während der Kampagne anlässlich des Jahrestages vorausgesetzt haben. Zudem zeigten einige ihrer Politiker deutlich Wirkungen, die durch den permanenten ideologischen Druck erzeugt worden waren.“[27] Also vom „Zusammenschluss“ zur Frage nach der „Zwangsvereinigung“.

Diese Konferenz, wie es der Name bereits sagte, „Nach der Debatte“, war nicht mehr so von den Zeitzeugen dominiert, wie noch wenige Monate vorher, im April. Es waren bereits die Debatten der nachfolgenden Generation, also auch der, die heute in den Jahren 2015/2016, bereits in den achtziger Jahren sind, bzw. auch für Aussagen leider nicht mehr zur Verfügung stehen. Es war die Konferenz der Historiker bzw. der Genossen, die sich mit der Geschichte der SED in Thüringen beschäftigen. Betrachten wir die Themen, die die Konferenzteilnehmer, behandelten, so waren es die Themen, die sie 50 Jahre nach der Gründung der SED und nach ihrem „Untergang“ bewegten.[28]

Prof. Dr. Ludwig Elm sprach zum Streit im Spannungsfeld zwischen Politik und Geschichtsschreibung[29]: „Zu den Auseinandersetzungen und Entwicklungen im Verhältnis von KPD und SPD sowie zur SED-Gründung liegen zwei Broschüren der SPD vor. Wir sollten diese und weitere Forschungsergebnisse dafür nutzen, eine neue und kritische Sicht auf die Ursprünge und die Geschichte der SED zu erarbeiten.“[30] Dem folgte der Beitrag des leider zu früh verstorbenen Dr. Dieter Strützel, der mit dem Thema „Den Anfang vom Schluss erklären oder: Nachtrag und Neubeginn einer Debatte“ anschloss.[31] „Und noch ein zweiter Aspekt erscheint mir durch das Hinzuziehen der ‚Ästhetik des Widerstands‘ doch gerecht: Als Peter Weiss sich dem Kriegsende als dem Punkt zuwandte, wo das begann, was ihn/wie uns heute bedrückte, deckte er die Defizite auf, die ihm für ein Leben nach Auschwitz und Hiroshima bedeutsam waren. Auch die Thesen – gemeint sind die der Historischen Kommission - hätten sich den Defiziten stellen müssen, die uns für ein Leben nach dem Scheitern eines Jahrhundertexperiments bedeutsam sind. Fehlentwicklungen sind nicht korrigierbar. Defizite kenntlich zu machen und sich an ihre Abarbeitung zu machen, das sollten wir wagen, solange noch Leben in uns ist.“[32]

„Zur Diskussion um die Gründung der SED in Thüringen“, sprach Edgar Hartwig[33]: „Solange die beiden Thüringer Parteiorganisationen relativ unabhängig von zentralen Leitungen agieren konnten, war der Kontakt produktiv, was u.a. durch die Vereinbarung über die Schaffung der Einheit des werktätigen Volkes vom 9. Juli 1945 belegt wird. Die gegensätzlichen Bestrebungen waren mit dem Abkommen nicht ausgeräumt, aber beide

---

25 Vgl. ebd., S.5-31.
26 Vgl. Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V. (HG.): „Nach der Debatte. Erfahrungen aus dem Streit um den 50.Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD“, Heft 26, Jena 1996, S.3-20.
27 In: Ebenda, S.16f.
28 Zusammengefasst in der gleichnamigen Publikation des Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. Heft 26, Jena 1996.
29 Vgl. ebd., S.21-26.
30 In: Ebd., S.21.
31 Vgl. ebd., S.27-44.
32 In: Ebd., S.41.
33 Vgl. ebd., S.45-58.

Parteien einigten sich auf das Ziel, aus ihnen heraus zu kommen. Dieser produktive Ansatz wurde durch das ZK der KPD mit Unterstützung der am gleichen Tage eingerichteten SMA Thüringen zunichte gemacht. Der Landesvorstand der SPD beschloss aufgrund dieser Vorkommnisse offiziell den Kontakt mit der KPD abzubrechen (was sich bald als unrealisierbar erwies). Parallel mit dem Abschluss der Vereinbarung vom 9. Juli war es in Thüringen zu zahlreichen gemeinsamen Aktionen und Vereinbarungen gekommen. Der Eingriff des ZK-Beauftragten und der sowjetischen Militärbehörden versetzte diesen Bestrebungen einen schweren Schlag und belastete den gesamten Vereinigungsprozess.“[34]

Heinz Grafe als nachfolgender Diskussionsredner benannte seinen Beitrag „Weiter auf dem Weg zur geschichtlichen Wahrheit“.[35] Dazu heißt es seinem Beitrag u.a.: „Doch ich glaube, mit der historischen Wahrheit scheint mancher so seine Schwierigkeiten zu haben bzw. möchte daran nicht mit konkreten Fakten erinnert werden. Auf eine solche Schwierigkeit und Unkorrektheit eines Historikers stieß ich beim Lesen der Veröffentlichung der Friedrich-Ebert-Stiftung. ‚Die SPD Thüringens im Vorfeld der SED-Gründung (1945/46)‘ von Gunter Ehlert. Auch hier scheint die gültige historische Wahrheit vorgegeben zu sein, vor allem dann, wenn es gegen die PDS geht. Der Autor schreibt z.B.: ‚Der neue thüringische KPD-Sekretär Werner Eggerath stellte sich gleich nach seiner Einsetzung einen Arbeitsplan für November 1945 auf. Darin stellte er die Aktionseinheit mit der SPD in den Mittelpunkt.‘ Warum verschweigt der Autor die Antwort darauf, wie diese Aktionseinheit erreicht werden sollte? Er hätte nur aus dem von ihm genannten Arbeitsplan zitieren müssen. Im Original heißt es: ‚Die Aktionseinheit mit der SPD steht bei der jetzigen Lage im Mittelpunkt. Alle Fragen müssen in kameradschaftlicher Art mit den Genossen von der SPD gemeinsam gestellt und gelöst werden. Alle Hemmungen, die im Wege stehen, sind zu beseitigen. Ein volles Vertrauen muss herbeigeführt werden. Die entscheidende Frage ist, dass wir nicht nur gemeinsam diskutieren, Entschließungen annehmen und Aufrufe erlassen, sondern in der praktischen Arbeit zusammenwachsen.‘“[36]

Wir sind mit dieser Debatte auf der Konferenz im Juni, nach nur drei Monaten, auf denen noch die Zeitzeugen mit ihrer Sicht, zuvor in der Debatte dominierten, nunmehr in der Debatte um die Suche nach der sogenannten „historischen Wahrheit“ über „Drang oder Zwang?“ Der Beitrag von Dr. Eberhard Schulz „Konsequenzen der Debatte für die Auseinandersetzung mit Geschichte“[37], traf genau dieses Thema, nach der weiteren Suche von „Wahrheiten“, die nicht nur bei Zeitzeugen, die berechtigt ihr subjektives Empfinden bzw. eigenes Erleben wiedergaben, sondern um die Verantwortung des Historikers, bei diesem nicht einfachen, vielschichtigen Thema, insbesondere, da noch neben dem Historiker, damals im Jahr 1996 die Zeitzeugen mit ihrer Sicht die Debatte beeinflussten: „Es zeigte sich in der Debatte, dass es vielfach einseitige Sichtweisen auf die Ereignisse vor 50 Jahren gibt. Sie sind überwiegend von politischen Standpunkten, ja von politischen Vorurteilen, von persönlichem Erleben, aber auch vom Einfluss der Medien geprägt. Schwarz-Weiß-Malerei, undifferenzierte Urteile überwiegen, konkretes Wissen gibt es viel zu wenig. Selbst in an sich seriösen wissenschaftlichen Darstellungen schleichen sich Einseitigkeiten ein. Ich weiß aus eigener Arbeit um diese Gefahren. Gerade deshalb muss man sie immer wieder benennen. Anstelle der in der DDR üblichen Glorifizierung der Vorgänge treten nun ‚Enthüllungen‘ in den Vordergrund und Widerlegungen dieser Verherrlichungen mitunter so stark in den Vordergrund, dass die Gefahr der Überbewertung negativer Faktoren entsteht.“[38]

Mit dem Beitrag von Herbert Hetzelt „Bemerkungen zur Darstellung der Vereinigung von SPD und KPD durch Wolfgang Leonhard“[39] wurde ein weiteres Feld der Debatten aufgemacht. „Zu Recht hat Leonhard den Umgang der SED mit bestimmten Mitgliedern des Sekretariats des Parteivorstandes, ihre spätere Verleugnung und Degradierung als Schande bewertet. Von den 14 Mitgliedern des Sekretariats blieben nur 4 bis

---

34 In: Ebd, S.49.
35 Vgl. ebd, S.59-61.
36 In: Ebd., S.59f.
37 Vgl. ebd., S.62.
38 In: Ebd., S.62.
39 Vgl. ebd., S.63-66.

zum Lebensende in hohen Funktionen: Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Hermann Martern. Die ehemaligen KPD-Genossen Franz Dahlem, Paul Merker, Anton Ackermann und Elli Schmidt wurden in den 50er Jahren abgesetzt. Paul Merker wurde unter falschen Beschuldigungen eingesperrt. Die ehemaligen SPD-Genossen Max Fechner, Helmut Lehmann, Otto Meier und Käte Kern wurden in den 50er Jahren abgesetzt. Fechner wurde 1953 unter falschen Beschuldigungen eingesperrt. Erich W. Gniffke ist 1948 in den Westen gegangen. August Karsten ist 1947 zurückgetreten. Leonhard hat am 31. 3. 1996 behauptet, deren Namen seien in der DDR verschwiegen worden. Das stimmt nicht. Im 1946 veröffentlichten Protokoll des Vereinigungsparteitages sind alle 82 Mitglieder des Parteivorstandes veröffentlicht. Übrigens: 20 kamen aus dem Westen."[40]

Mit Wolfgang Leonhard gab es am 31. März 1996 in den Räumen des Thüringer Landtages eine von Klaus Höpcke (damals Fraktionsvorsitzender der PDS im Thüringer Landtag) organisierte Debatte. Den Schlusspunkt, wenn die Debatten auch bis heute weitergehen, der Konferenz setzte Prof. Dr. Manfred Weißbecker mit seinem Beitrag „Nach dem 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD – Überlegungen zu einigen Ergebnissen und Defiziten der Debatten".[41] Um noch aus diesen „Überlegungen" von Manfred Weißbecker für die weitere Debatte zu zitieren: „Aus unserem Verständnis für die Geschichte sowie für das Verhältnis von Geschichte und Politik wäre unter anderem abzuleiten, dass in weiteren Auseinandersetzungen um das Selbstverständnis der PDS [Heute DIE LINKE – J.Traut] und ihre Positionen in geschichtspolitischen Debatten notwendigerweise danach zu fragen sein wird, wie sich Demokratie und Parteien zueinander zu verhalten haben, wenn der wohltönende Widerspruch des Grundgesetzes ernst genommen werden soll, wie sich Pluralismus und Toleranz heute zu ergänzen haben und welche Verletzung demokratischer Normen vorliegen, wen die allgemeine Intoleranz gegenüber der PDS [DIE LINKE] fortgesetzt wird. Über welche Orientierungspunkte für eine demokratische Gestaltung des Parteienwesens der Zukunft nachzudenken sein sollte, welche Rolle einer Partei in dem zu suchenden Neuansatz sozialistischer Bewegungen kommen darf oder muss, wie das Konzept einer – von manchen Genossen vorgeschlagenen – „Partei von unten", als einer der möglichen Alternativen zu den immanenten Schwächen des auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft gewachsenen heutigen Parteienwesens beschaffen sein könnte, usw. usf.

Die Reihe dieser und anderer Fragen ließe sich beliebig fortsetzen. Aus unserer kritischen Rückschau heraus halten wir es allerdings generell für erforderlich, gegen jede Art von Instrumentalisierung der Geschichte aufzutreten. Missbrauch von Geschichte durch die Politik, so wie ihn heute die bundesdeutsche Gesellschaft betreibt, wird noch für lange Zeit zu erleben sein, doch sollte sich gerade die PDS [DIE LINKE] im Interesse ihrer Oppositions- und Alternativ-Funktion um eine stichhaltige, überzeugungsfähige und wissenschaftlich fundierte Annäherung an die historische Wahrheit bemühen."[42] (Seiten 67 bis 71)

Bedeutung für eine Regierungspartei

Nunmehr ist DIE LINKE. Thüringen seit dem 5. Dezember 2014 im Rahmen einer Koalition mit der SPD und BÜNDNIS´90/Die Grünen, Regierungspartei mit einem Ministerpräsidenten der LINKEN an der Spitze. Auch in dieser Koalition, insbesondere unter dem Blickwinkel der Positionen von SPD und BÜNDNIS´90/Die Grünen zur Geschichte der DDR und damit zur SED, hat DIE LINKE eine besondere Verantwortung für Geschichtspolitik. Diese ist unter unterschiedlichen Aspekten im Koalitionsvertrag festgelegt. Jedoch gehen diese Festlegungen immer nur vom Ende der Politik der SED in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts und des vom ihm getragenen Staates der DDR aus. Die Ausgangspunkte für die Vereinigung von KPD und SPD zur SED nach der Zerschlagung der faschistischen Herrschaft, durch die Antihitlerkoalition im Frühjahr 1945 finden sich in den Aufrufen der KPD und der SPD vom Sommer 1945.

Im Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 heißt es dazu: „Wir sind der Auffassung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den

40 In: Ebd., S.63.
41 Vgl. ebd., S.67-71.
42 In: Ebd., S.71.

gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, dass die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“[43]

Im Aufruf des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni 1945 heißt es u.a.: „Arbeiter, Bauern und Bürger! Männer und Frauen! Deutsche Jugend! Der Nazifaschismus ist in einem grausigen Abgrund der Vernichtung versunken! Das deutsche Volk muss die Kosten der faschistischen Hochstapelei bezahlen! Ehrlose Hasardeure und wahnwitzige Machtpolitiker haben den Namen des deutschen Volkes in der ganzen Welt geschändet. [...] Wir sind bereit und entschlossen, hierbei mit allen gleichgesinnten Menschen und Parteien zusammenzuarbeiten. Wir begrüßen daher auf das Wärmste den Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, der zutreffend davon ausgeht, dass der Weg für den Neubau Deutschlands von den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen Deutschlands abhängig ist, und dass die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage die Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes und einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk erfordern.“[44] Das war der Weg, der die Spaltung der Arbeiterklasse überwinden sollte, und zur Vereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946 führen konnte.

Weitere Diskussionen in der PDS Thüringen

Wenn es um die Auseinandersetzung mit der Geschichte der SED in Thüringen nach ihrer Gründung im Jahr 1946 geht, gehört die Publikation von Eberhart Schulz aus Jena dazu. Unter der Überschrift „Abkehr von Innerparteilicher Demokratie. Die Formierung der SED zur ‚Partei neuen Typus‘ in Thüringen 1948 bis 1951“, Schriftenreihe des Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. 1998. Heft 32 Sie gliedert sich in die Kapitel: „Historische und politische Rahmenbedingungen“ (Seiten 6 bis 17), „Beginn des unverhüllten Wandlungsprozesses der SED (1948)“ (Seiten 18 bis 35), „Auswirkungen der I. Parteikonferenz der SED (Anfang bis Mitte 1949)“ (Seiten 37 bis 46), „Neue Strukturen und neue Kader (Mitte bis Ende 1949)“ (Seiten 47 bis 56), „Alte und neue Feinde (1950)“ (Seiten 57 bis 69), „Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten (1951)“ (Seiten 71 bis 84) und „Fazit“ (Seiten 85 bis 91).

Eberhart Schulz schreibt dazu: „Ich bin im gewissen Sinne Zeuge der damaligen Entwicklung gewesen, wenn auch nur als „Außenstehender“, denn in den in der Untersuchung abgehandelten Jahren war ich nicht Mitglied der SED. Dennoch war ich von den Geschehnissen indirekt berührt. Nach meiner 1948 erfolgten Entlassung aus dem NKWD-Speziallager Mühlberg (Elbe) entstanden mir erhebliche politische Schwierigkeiten dabei, den von mir angestrebten Weg in der neuen Gesellschaft zu gehen. Das begann mit dem Kampf um die Wiederaufnahme in die Oberschule, um meine 1944 durch den Kriegseinsatz unterbrochene Schulausbildung mit dem Abitur abzuschließen zu können, setzte sich fort bei meinen Bemühungen um die Aufnahme der Tätigkeit als Lehrer und später um die Genehmigung, Geschichtsunterricht erteilen zu dürfen. Aber bei all diesen Hindernissen, die aufgerichtet wurden, fand ich auch stets Mitglieder und Funktionäre der SED, die mir beistanden und mich in meinen Bestrebungen unterstützten. Mit manchen von ihnen war ich bald auch persönlich verbunden. Ich erlebte die SED folglich als eine Erscheinung mit vielen, recht unterschiedlichen Gesichtern.“[45]

Nimmt man noch einmal die drei benannten Publikationen aus den neunziger Jahren des vorhergehenden Jahrhunderts, die großen und kleinen Veranstaltungen und umfangreichen, auch strittigen Debatten in Konferenzen und Veranstaltungen, so hat die Arbeitsgemeinschaft Geschich-

---

43 In: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme“. 3. Auflage. Dietz Verlag Berlin. S. 196.
44 In: Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland. Hamburg 1973. S. 212-15. Hamburg. 1973 by Hoffmann und Campe Verlag.
45 In: Abkehr von Innerparteilicher Demokratie. Die Formierung der SED zur ‚Partei neuen Typus‘ in Thüringen 1948 bis 1951“, Schriftenreihe des Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. 1998. Heft 32, S.4.

te des Thüringer Landesvorstandes der PDS in Gemeinschaftsarbeit mit dem Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. eine umfangreiche Arbeit auf dem Gebiet der Geschichtspolitik geleistet.

Sie wurde geleistet in der Auseinandersetzung mit dem auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED am 16. Dezember 1989 gehaltenen Referat „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System“, vorgetragen von Prof. Dr. Michael Schumann. Dieses Referat war das Ergebnis einer vom Arbeitsausschuss zur Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages berufenen Arbeitsgruppe unter der Verantwortung von Heinz Vietze. Daraus zwei kurze Zitate: „Die theoretisch – ideologische Bewältigung eines so komplizierten und komplexen Problems wie die Ursache nach der Krise und der Verantwortung der SED fordert den ganzen intellektuellen Einsatz der Partei und bleibt eine Aufgabe, der wir uns auch in Zukunft mit aller Kraft stellen müssen, um zu weiteren Schlussfolgerungen für die radikale Erneuerung der Partei zu gelangen. [...] Die Bewegung zur Erneuerung des Sozialismus ist ihrem Wesen nach eine revolutionäre Bewegung.“[46]

Diese Aufgabe steht auch heute noch in der weiteren Auseinandersetzung mit der Geschichte der nunmehrigen Partei DIE LINKE. Auch in den Debatten um den 70. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD zur SED. Sie bildet auch in den weiteren Debatten um die Geschichte der SED, um das Thema „Einheitsdrang? Einheitszwang?“ und nicht nur im Jahr 2016, die theoretische Grundlage. Wir sind, um Kurt Pätzold zu zitieren, noch nicht auf dem tiefsten Grund unserer Niederlage angelangt. Wir stehen nach wie vor in ihrer historischen Verantwortung.

Fazit

Somit wurden in den Debatten der neunziger Jahre die Grundlagen für unsere heutige geschichtspolitische Arbeit gelegt. Sie behalten ihre Gültigkeit mit den Erfahrungen der Gegenwart. Ohne deren Erkenntnisse sind die heutigen Diskussionen um „Einheitsdrang?“ und „Einheitszwang?“ so, nicht möglich.

[46] Hornbogen, Lothar; Nakath, Detlef; Stephan, Rüdiger (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. Dezember und 16./17. Dezember 1989 in Berlin. Berlin 1999.

Einheitsdrang und Einheitszwang. Zum Umgang der PDS mit der Gründung ihrer Vorgängerpartei SED

von Mario Hesselbarth

Der nachfolgende Text hat den Umgang der PDS mit der Gründung ihrer Vorgängerpartei SED zum Gegenstand. Da sich die diesbezüglichen Diskussionen nicht auf die Partei beschränkten sondern im Kontext der breiten politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR stattfanden, können sie in einen kleinen Beitrag für eine Broschüre zur politischen Bildung nur ansatzweise und ohne Anspruch auf Vollständigkeit reflektiert werden. Wenngleich es seit den letzten großen Kontroversen 2001/2002 etwas stiller um die Gründung der SED geworden ist, sind die alten Frontstellungen nicht verschwunden, sondern nur in den Hintergrund getreten. In den Thüringer Koalitionsverhandlungen 2014 hat sie keine Rolle gespielt. Die Gegner einer linksgeführten Rot-Rot-Grünen Koalition versuchten jedoch auch mit dem Verweis auf „die Zwangsvereinigung der SPD mit der Kommunistischen Partei 1946“[1] für ein ablehnendes Votum insbesondere der sozialdemokratischen aber auch der Basis von Bündnis90/Die Grünen zu mobilisieren.

Vor diesem Hintergrund will der nachfolgende Beitrag an die in der PDS geführten Debatten und die dabei erreichten Positionen aber auch Defizite und Probleme erinnern. Es ist selbstverständlich, dass die hier vertretene Sicht auch auf Widerspruch vor allem bei jenen stoßen kann, die an diesen Diskussionen beteiligt waren und sie anders reflektieren. Für die jüngeren Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten der LINKEN ist das Thema Teil einer Geschichte, die sie sich nur selbst erschließen können. Hierfür will und kann dieser Beitrag jedoch nur eine kleine Hilfestellung geben.

„Zwangsvereinigung“ oder „Einheitszwang und Einheitsdrang“?

Wenngleich der historische Vorgang um den sich die hier betrachteten Debatten gedreht haben nachfolgend nicht zur Sprache kommt, ist eine Positionierung zu ihm zum Verständnis dieses Beitrages unumgänglich. Vordergründig drehen sich die Auseinandersetzungen um den Begriff Zwangsvereinigung. „Bei einer generellen Einschätzung der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) bleibt Zwangsvereinigung die richtige Bezeichnung. Denn für die Sozialdemokraten in der SBZ (Sowjetische Besatzungszone) gab es damals keine Alternative zur Einheitspartei, sie hatten keine freie Entscheidung, ob sie dort die SPD fortführen wollten oder nicht. Zudem waren Zwang und Druck durch SMAD (Sowjetische Militäradministration) und KPD vielfältig. Repressalien reichten von der Bedrohung bis zur Verhaftung und sogar Ermordung. In der SPD kam es zu Nötigung und Erpressung, Entzug von Ressourcen, zur Unterwanderung der Parteiorganisation wie zur Bestechung und Karriere-Versprechungen gegenüber einzelnen Funktionären.“[2] Dieser parteioffiziellen Sicht der SPD steht die in den PDS-Debatten oft vorgetragene Gegenposition gegenüber, die in dem Begriff Zwangsvereinigung die sozialdemokratische Behauptung sieht, „die Vereinigung sei überwiegend (und) ausschlaggebend durch Zwang zustande gekommen, ohne ihn hätte es keine Vereinigung gegeben.“ Das negiere völlig die breite Massenbewegung für die Einheit, wenngleich es im Vereinigungsprozess „auch Momente von Zwang“ gegeben hat.[3]

Zugleich verliefen in der Auseinandersetzung um den Begriff Zwangsvereinigung die Linien

---

1 http://thueringen-am-scheideweg.de/aufrufe/gewissensappell/ Abruf 20.08.2015.
2 http://www.spd.de/linkableblob/5704/data/geschichte_zwangsvereinigung_sed.pdf. Abruf 20.08.2015.
3 Karl, Heinz: Historische Wahrheit - ein politischer Selbstbedienungsladen? Mitteilungen der Kommunistischen Plattform April/2002.

nicht ausschließlich zwischen SPD und PDS bzw. DIE LINKE, innerhalb der beiden Parteien gab und gibt es unterschiedliche Sichtweisen. Die beiden der SPD nahestehenden Historiker Peter Brandt und Detlef Lehnert verweisen darauf, dass die Verschmelzung von KPD und SPD „Züge einer Zwangsvereinigung“ zeige, ohne das damit der Vorgang bereits vollständig beschrieben ist.[4] Der Geschichtswissenschaftler Horst Klein hatte innerhalb der PDS frühzeitig für eine seriöse Auseinandersetzung mit dem Begriff Zwangsvereinigung plädiert. Würden die damaligen Vorgänge vorbehaltlos betrachtet, so falle auf, dass selbst während des Vereinigungsprozesses 1945/46 die von Lenin und Stalin geprägte kommunistische Feindschaft gegenüber der Sozialdemokratie bei maßgebenden Teilen der KPD präsent war. Der Begriff „Einheit der Arbeiterklasse“ habe die Absicht Stalins und seiner Epigonen in der KPD lediglich verschleiert, die SPD im Zuge der Vereinigung zu beseitigen. Deshalb sei der Begriff Zwangsvereinigung kein Klischee aus dem Kalten Krieg, sondern wissenschaftlich begründet, denn er fasse viele Fakten der wissenschaftlichen Analyse des Antisozialdemokratismus vor, während und nach der sogenannten Verschmelzung von KPD und SPD zusammen. Zwangsvereinigung beziehe sich auf die eindeutige KPD-Option der Ausschaltung und politischen Vernichtung der Sozialdemokratie und meine nicht das bei vielen Mitgliedern in beiden Parteien gereifte Bedürfnis zur Vereinigung.[5]

Vor diesem Hintergrund sieht sich dieser Beitrag in der Kontinuität jener Sicht, die anstelle des unfruchtbaren und von politischen Auseinandersetzungen überlagerten Streits um den Begriff Zwangsvereinigung das Begriffspaar – Einheitsdrang und Einheitszwang – verwendet. Mit ihm sind die unlösbare Verschmelzung und die Identität beider Aspekte der SED-Gründung gemeint.[6] Einheitsdrang und Einheitszwang dient dabei nicht nur zur Differenzierung zwischen jenen, die die Einheit wollten und denen, die Zwängen und Repressalien ausgesetzt waren. Vielmehr verweist das Begriffspaar auf den Umstand, dass sowohl der Wille zur Einheit als auch der ausgeübte Druck das Agieren eines großen Teils der Beteiligten, bis hin zu den führenden Repräsentanten vor allem der SPD, geprägt und beeinflusst hat.

Zu den Anfängen der innerparteilichen Debatte in der PDS in den 90er Jahren

Die innerparteilichen Debatten zur Gründung der SED 1946 begannen in einer Zeit, in der die PDS nach dem Ende der DDR ihren Platz in der politischen Landschaft der Bundesrepublik nicht nur suchen und behaupten sondern mehrfach um ihre Existenz kämpfen musste. Dieser Selbstfindungs- und Selbstbehauptungsprozess fand mitten im Umbruch sowohl der ostdeutschen Teil-Gesellschaft als auch der nun gesamtdeutschen politischen Landschaft statt, deren Eckpfeiler von den neoliberalen und konservativen Eliten im Interesse des (west)deutschen Kapitals nach Rechts verschoben wurden.

Gleichzeitig stand die PDS vor der Frage, ob sie Teil eines politisch-gesellschaftlichen Reformbündnisses für mehr soziale Gerechtigkeit und Demokratie sein und welche Rolle sie in ihm spielen wollte. Maßgeblich berührt hiervon war dabei das Verhältnis zur SPD, das insbesondere nach 1998 heftig umstritten war, nachdem sich die Hoffnungen auf einen Reformaufbruch infolge der Politik der Schröder/Fischer-Regierung zerschlugen. Diese Entwicklungen bildeten den Hintergrund der heftigen innerparteilichen Debatten in der PDS um Strategien und Programme, aber auch um Geschichte. Sie spielte jedoch nicht nur im Verhältnis zur Sozialdemokratie eine wichtige Rolle, auch potentielle Verbündete wie die Initiatoren der „Erfurter Erklärung“ erwarteten von der PDS, dass sie ihre Positionen zum historisch gescheiterten Sozialismusmodell weiter klären und sich als demokratisch verlässliche, antikapitalistische und sozialistische Kraft im Parteienspektrum erweisen müsse.[7]

---

4 Brandt, Peter; Lehnert, Detlef: „Mehr Demokratie wagen.“ Geschichte der Sozialdemokratie 1830 – 2010. Berlin 2013. S. 168.

5 Klein, Horst: „Zwangsvereinigung?“ Schwierigkeiten im Umgang mit dem Begriff. Disput 24/1994.

6 Strützel, Dieter: Den Anfang vom Schluß erklären, oder: Nachtrag und Neubeginn einer Debatte in: Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft: Nach der Debatte. Erfahrungen aus dem Streit um den 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD. Jena 1996. S. 31.

7 Erfurter Erklärung. Bis hierher und nicht weiter. Verantwortung für die soziale Demokratie. Berlin/Erfurt, den 9. Januar 1997.

In der PDS hatte es ausgehend vom antistalinistischen Gründungskonsens des Außerordentlichen Parteitages der SED/PDS 1989 zunächst eine weit verbreitete Bereitschaft zur selbstkritischen Aufarbeitung der eigenen Geschichte gegeben. Der vor allem von den beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages unternommene Versuch der Delegitimierung der DDR unter dem Stichwort „Unrechtsstaat“ provozierte und beförderte jedoch Gegenreaktionen und Abwehrhaltungen. An die Stelle der weiteren kritischen Auseinandersetzung mit dem Stalinismus als System trat bei einem beachtlichen Teil der PDS-Mitgliedschaft die Verteidigung des sozialistischen Versuches.[8] Fest davon überzeugt, auf diese Weise Widerstand gegen die von den politischen Eliten des vereinigten Deutschlands vorgenommene Entwertung der eigenen Biographie zu leisten, identifizierten sich viele PDS-Mitglieder weiterhin mit dem untergegangen Staat DDR. Das musste die notwendige Kritik an dessen grundlegenden Strukturfehlern maßgeblich blockieren und erschweren, worauf der PDS-Landesvorstand Thüringen bereits 1993 in seinen Thesen zur Stalinismusdebatte[9] hinwies.

In seinem Referat auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989 hatte Michael Schumann die von Repressionen und Verfolgungen in der SBZ/DDR betroffenen Sozialdemokraten als Opfer des Stalinismus benannt,[10] die SED-Gründung selbst jedoch nicht direkt angesprochen. Vielmehr zählte Schumann den antifaschistisch-demokratischen Neubeginn unmittelbar nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus durch die Anti-Hitlerkoalition und die Aufbauleistungen der jungen DDR zu jenen Aspekten der Geschichte des Sozialismus, auf die sich die Partei und ihre Mitglieder weiterhin positiv beziehen könnten. In einer ähnlichen Diktion behandelte das 1993 beschlossene Parteiprogramm der PDS das Scheitern des sozialistischen Versuches. Es benannte und kritisierte die aus den stalinistischen Strukturen resultierenden Fehler, Irrwege, Versäumnisse und auch Verbrechen. Es konstatierte aber zugleich ein höheres Maß an sozialer Gerechtigkeit und konsequentere Schlussfolgerungen, die in der DDR aus der deutschen Geschichte im Vergleich zur Bundesrepublik gezogen wurden.[11]

Zum Gegenstand einer intensiven Debatte wurde die SED-Gründung, als die SPD Mecklenburg-Vorpommerns Ende Oktober 1994 am Beginn von Sondierungsgesprächen über die Bildung einer gemeinsamen Landesregierung mit der PDS einen 4-Punkte-Katalog vorlegte, in dem es u.a. hieß: „Die SPD erwartet von der PDS die öffentliche Erklärung, daß die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED im Jahre 1946 Unrecht war und nur unter Androhung von Gewalt zustande gekommen ist. Die Ausschaltung der SPD im Jahre 1946 wird von der PDS als ein historischer Fehler bewertet, durch den die Demokratie beseitigt und die Diktatur ermöglicht wurde. Die PDS wird sich für die Verfolgung der Sozialdemokraten in der DDR entschuldigen.“[12]

Es war nicht nur der Versuch der SPD Mecklenburg-Vorpommerns, ihre Sicht auf die SED-Gründung dem möglichen künftigen Partner als Vorbedingung für eine Zusammenarbeit aufzunötigen, der heftige und ablehnende Reaktionen in der PDS provozierte. Angesichts der PDS-Stimmengewinne bei der Bundestags- und den Landtagswahlen 1994 im Osten Deutschlands erschien das Vorgehen der SPD als eine weitere Nuance im Kampf gegen den ostdeutschen Konkurrenten von links. Neben die ausgrenzende Dresdner Erklärung des damaligen SPD-Vorsitzenden Rudolf Scharpings, in der die PDS zum Gegner erklärt und die SPD einen Alleinvertretungsanspruch auf den demokratischen Sozialismus artikuliert hatte,[13] traten nun die „Notwendigen Klarstellungen“ der SPD Mecklenburg-Vorpommerns.

---

8 Hierzu auch: Hofmann, Jürgen: 25 Jahre Historische Kommission – Geschichtsdebatten als Beitrag zur Erneuerung. http://www.die-linke.de/partei/weitere-strukturen/berufene-gremien/historische-kommission/diskussionsbeitraege/25-jahre-historische-kommission-geschichtsdebatten-als-beitrag-zur-erneuerung. Abruf 20.08.2015.

9 Der Beschluss ist nachlesbar in: Dwars, Jens-Fietje: Die Wahrheit des anderen. Texte von und über Dieter Strützel. Erfurt. 2000. S. 81 – 84.

10 Hornbogen, Lothar; Nakath, Detlef; Stephan, Rüdiger (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. Dezember und 16./17. Dezember 1989 in Berlin. Berlin 1999. S. 181.

11 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus (1993). Disput 3/4 1993.

12 Positionspapier der SPD Mecklenburg-Vorpommerns zu den Sondierungen mit der PDS „Notwendige Klarstellungen“. Neues Deutschland, 27.10.1994.

13 Dresdner Erklärung der SPD: Die Chancen der Einheit endlich nutzen. Neues Deutschland, 12.08.1994.

In der PDS-internen Diskussion zum Umgang mit dem SPD-Papier wurden erneut jene großen Differenzen in geschichtspolitischen Fragen kenntlich, die sich bereits in der Stalinismusdebatte und den Auseinandersetzungen zum Umgang mit den eigenen politischen Biographien vor allem hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR gezeigt hatten. Kennzeichen dieser Debatten waren zum einen große Emotionalität, aber auch Unversöhnlichkeit und Härte. Die Sprecherin der AG Christinnen und Christen in der PDS zeigte sich daher schockiert, dass die Antwort des PDS-Verhandlungsführers Helmut Holter auf das SPD-Papier von einem Genossen „als Feigheit vor dem Feind“ denunziert worden war.[14]

Holter hatte es als eine bittere historische Wahrheit bezeichnet, dass Sozialdemokraten, aber auch Kommunisten, während und nach der Vereinigung von 1946 Verfolgungen und Repressalien erleiden mussten. Er stellte jedoch infrage, ob hierfür der Begriff „Zwangsvereinigung“ zur Beschreibung geeignet sei und schlug eine weitere Klärung im Rahmen eines Diskussionsprozesses zwischen beiden Parteien unter Hinzuziehung von Historikern vor. Holter wies jedoch gleichzeitig darauf hin, dass die Vereinigung von KPD und SPD zur SED im Jahre 1946 Ausdruck des Strebens sehr vieler Mitglieder beider Parteien nach Gemeinsamkeit und organisatorischer Einheit als Lehre aus dem Faschismus war.[15]

Zugleich zeigte sich in einigen Reaktionen in der PDS mangelnde Souveränität. Warum sollen sich Forderungen zur Aufarbeitung von Vergangenheit nur in eine Richtung bewegen fragten einige Mitarbeiter der PDS-Bundestagsgruppe und verfassten unter der Überschrift „Wider eine neue Einseitigkeit in der Geschichtsbetrachtung“ einen ganzen Katalog von Ereignissen, für die sich die SPD öffentlich entschuldigen müsse. Konkret ging es um ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten im August 1914, die publizistische Beihilfe des „Vorwärts“ zum Mord an Liebknecht und Luxemburg und für die Rolle Noskes bei der blutigen Niederschlagung der Novemberrevolution, die Unterstützung für Hindenburgs Wiederwahl als Reichspräsident 1932, Kurt Schumachers Bezeichnung der Kommunisten als rotlackierte Faschisten sowie die Zustimmung zur Wiederbewaffnung der BRD und den NATO-Doppelbeschluss.[16]

In der Minderheit blieben innerhalb der PDS 1994 jene Stimmen die forderten, die Partei solle sich aus eigenem Antrieb bei jenen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entschuldigen, die im Zuge des Vereinigungsprozess Opfer von Repressionen geworden waren.[17]

Zur Debatte um den 50. Jahrestag 1996

Im Dezember 1995 ging die Historische Kommission der PDS aus Anlass des bevorstehenden 50. Jahrestages der SED-Gründung mit ihrer Sicht an die Öffentlichkeit.[18] Ihrem Selbstverständnis entsprechend, beanspruchte die Kommission für ihre Erklärung nicht den Status einer parteioffiziellen Position, sondern plädierte stattdessen für ein pluralistisches Meinungsspektrum innerhalb der PDS. Allen, ob innerhalb oder außerhalb der PDS an der Diskussion Beteiligten empfahl sie, die ganze Fülle widersprüchlicher Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, Einzelereignisse nicht aus ihren großen historischen und internationalen Zusammenhängen herauszulösen, über die Motive aller historisch handelnder Kräfte ernsthaft nachzudenken, die eigenen geschichtstheoretischen Standpunkte und Überzeugungen am empirischen Material zu überprüfen und die Wertungen historischer Vorgänge nicht eigenen politischen Vorurteilen oder Parteiinteressen zu unterwerfen.

Die Erklärung versuchte unter Beachtung dieser Aspekte ein umfassendes Bild des Vereinigungsprozesses zu entwerfen, den sie zunächst in die gesamteuropäische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg und die Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung einordnete. Sie unterzog sowohl die Politik der KPD

14 Fessen, Friederun: Notwendige Klarstellungen erheischen Klärung. Disput 24/1994.
15 Dokumentation: PDS-Antwort auf Schweriner SPD-Papier. Neues Deutschland, 28.10.1994.
16 Neues Deutschland, 03.11.1994.
17 Stern, Heinz: Notwendige Klarstellungen. Wortmeldung zum 4. Parteitag. Disput 22/1994. S. 12.
18 Zum Zusammenschluß von KPD und SPD 1946. Erklärung der Historischen Kommission vom Dezember 1995. Pressedienst PDS Nr. 50/1995. siehe Anhang 1

aber auch die der SPD während der Weimarer Republik einer kritischen Betrachtung. Besonderes Augenmerk legte sie auf die konkrete Situation Deutschlands nach der Zerschlagung des Faschismus durch die Anti-Hitler-Koalition und den von den vier Besatzungsmächten diktierten Rahmenbedingungen, die einen demokratischen Vereinigungsprozess von vornherein massiv erschwert hatten. Einen besonderen Platz nahm dabei das Verhältnis von sowjetischer Besatzungsmacht und KPD ein. Die Erklärung war bemüht, die Motive für eine Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, die unterschiedlichen Ansätze und Konzepte der Agierenden sowie die schweren Hypotheken für den Vereinigungsprozess, die sich aus den stalinistischen Vorbelastungen der KPD, den machtpolitischen Interessen der Sowjetunion und hieraus resultierend dem Agieren der SMAD ergaben, präzise zu analysieren. Ebenso widmete sie sich den widerstrebenden Positionen zwischen Einheitsbefürwortern und –gegnern innerhalb der SPD. Ein wesentlicher Aspekt lag dabei auf der besonderen Situation in der Vier-Sektoren-Stadt Berlin und der im Westteil durchgeführten sozialdemokratischen Urabstimmung.

Wird in Betracht gezogen, dass seit dem Ende der SED und dem von ihr verordneten Geschichtsbild erst sechs Jahre zurücklagen, dann stellte diese Erklärung einen wichtigen Schritt hin zu einem neuen Geschichtsverständnis der PDS dar. Aus Sicht des SPD-Vordenkers Egon Bahr, einer der wenigen Sozialdemokraten der sich Mitte der 90er Jahre die Fähigkeit zu einem kritisch-differenzierten Umgang mit den SED-Nachfolgern bewahrt hatte, war sie „ein interessanter, vorsichtiger, von früheren Positionen abweichender, korrigierender, unzulänglicher Schritt“ der zugleich zeige, dass die demokratischen Sozialisten noch immer schwer an der Last ihrer Vergangenheit tragen würden.[19] In dem Bahr mit dieser Einschätzung auf die Kommunistische Plattform ziele und der PDS empfahl, sich von ihr zu trennen, nahm er seiner Kritik selbst die inhaltliche Substanz.

Es lag in der Logik ihres Ansatzes, dass sich die Erklärung der Historische Kommission gegen jegliche vereinfachende und parteiisch aufgeladene Wertungen der SED-Gründung aussprach und entsprechende Kurzformeln wie die von der „Erfüllung der Sehnsucht aller Werktätigen“ und dem Begriff Zwangsvereinigung eine Absage erteilte. Ihre eigene Position blieb dabei jedoch bemerkenswert unkenntlich. Obwohl sie das teilweise repressive Agieren der SMAD und den von der KPD entfalteten politischen Druck auf die SPD benannte, musste und/oder konnte der Eindruck der Relativierung entstehen, da sie lediglich auf den Charakter der Besatzungsmacht und die Gewalterfahrungen der Zeitgenossen verwies anstatt alle repressiven Erscheinungen im Vereinigungsprozess aus der Perspektive eines emanzipatorischen demokratischen Sozialismus konsequent zu kritisieren. Der sächsische PDS-Landesvorsitzende Peter Posch meinte deshalb, die Kommission hätte in ihrer Erklärung die ausgeübte Gewalt „verniedlicht“ und den Zwang beim Zusammen- schluss von KPD und SPD „kleingespielt.“[20] Allerdings blieben solch kritische Stimmen in der Minderheit. In den zahlreichen Veranstaltungen, Versammlungen, Podiumsdiskussionen und schriftlichen Wortmeldungen des Frühjahr 1996 dominierte im PDS-Spektrum ganz wesentlich jene Sicht der Zeitzeugen, die die Freiwilligkeit der Vereinigung in den Vordergrund rückten. Weder in den Beratungen seiner SPD-Ortgruppe, noch in den gemeinsamen Versammlungen mit der KPD habe es bei der Vorbereitung der Vereinigung Widerspruch gegeben. Schon unmittelbar nach dem Kriege hätten die Mitglieder beider Parteien zum Beispiel bei der Bodenreform eng zusammengearbeitet, erinnerte sich ein Mitglied der PDS, Jahrgang 1918, das über die SPD zur Einheitspartei gekommen war.[21]

Dass dieses Argumentieren mit dem eigenen Leben nicht überwunden werden konnte, zählte Dieter Strützel, Mitglied des PDS-Landesvorstandes Thüringen, zu den großen Defiziten der Debatte. Dieser Typus von Argumentation: „Das und das habe ich erlebt“ trage wesentlich zur Unversöhnlichkeit in den Diskussionen bei. „Wer kann schon gegen Lebenserfahrung argumentieren? Bestenfalls wird der einen Erfahrung die andere entgegengesetzt. Und da normalerweise jeder und auch jede glaubt, recht gelebt zu haben, sind sie auch so felsenfest davon überzeugt, Recht zu haben.“[22]

---

19 Neues Deutschland, 01.04.1996.
20 Neues Deutschland, 14.02.1996.
21 Neues Deutschland, 17.04.1996.
22 Strützel, Dieter: Den Anfang vom Schluß erklären, oder: Nachtrag und Neubeginn einer Debatte in: Jenaer Forum

Zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen 2001/2002

Aus Anlass des 55. Jahrestages der Vereinigung von KPD und SPD konstatierten die damalige PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer und die Berliner Landesvorsitzende Petra Pau, dass in kaum einem zweiten Land das Verhältnis linker Strömungen und Parteien aufgrund ihrer gemeinsamen Geschichte so belastet sei wie in Deutschland. Reizworte wie die Verantwortung Gustav Noskes für die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts und der Berliner Blut-Mai 1929 seien hierfür ebenso Beleg wie die Sozialfaschismusthese und die mit Zwang einhergehende Vereinigung von KPD und SPD. Beide Politikerinnen forderten aus dem gegebenen Anlass, die PDS solle in die Entschuldigung des Außerordentlichen Parteitages der SED vom Dezember 1989 beim Volk der DDR, die Vereinigung von KPD und SPD mit einbeziehen. „Denn die Gründung und Formierung der SED wurde auch mit politischen Täuschungen, Zwängen und Repressionen vollzogen." [23]

Damit lösten Gabi Zimmer und Petra Pau eine weitere heftige innerparteiliche Debatte aus. Viele Parteimitglieder sahen die Zimmer-Pau-Erklärung kritisch, sie sei weder sachlich noch historisch begründet und würde den innerparteilichen Dialog nicht fördern, sondern nur der Selbstbeschäftigung dienen.[24] Die Kommunistische Plattform sah gar die Identität der PDS infrage gestellt. Sie interpretierte die Zimmer-Pau-Erklärung als Versuch, die Gründung der SED zwar als historisch erklärbar aber dennoch illegitim darzustellen. Demgegenüber bestand die KPF unter Verweis auf das PDS-Programm aus dem Jahr 1993 auf der historischen Notwendigkeit einer vereinigten Arbeiterbewegung als Grundvoraussetzung für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung in Überwindung des faschistischen Erbes, wofür es keiner Entschuldigung bedürfe. Sie sei hinsichtlich der Zwänge, die es im Vereinigungsprozess unbestritten gegeben habe, durch verschiedene PDS-Politikerinnen und –Politiker bereits erfolgt. In der von Gabi Zimmer und Petra Pau vorgenommenen „Pauschalentschuldigung" sah die KPF eine Beleidigung jener PDS-Mitglieder, die den antifaschistischen Wiederaufbau im Osten Deutschlands mitgestaltet hatten. Wenn die SPD noch nicht einmal für die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht Abbitte leisten solle, dann wäre dies eine „Selbstverleugnung".[25] Tatsächlich hatten Gabi Zimmer und Petra Pau ausdrücklich keine Gegenleistung von der Sozialdemokratie gefordert, denn „Geschichte lässt sich nicht gegenseitig aufrechnen, Ablassrituale machen sprachlos, sie haben nichts mit historischer Aufarbeitung zu tun."[26]

Günther Benser, der die Erklärung der Historischen Kommission 1995 maßgebend mit verfasst hatte, bekundete ebenfalls sein Unbehagen über die erneute einseitige Zuspitzung durch die Zimmer-Pau-Erklärung. Ihm widersprach Wilfriede Otto, ebenfalls Mitglied der Historischen Kommission. Sie begrüßte am Vorstoß von Zimmer und Pau, dass die hierdurch ausgelöste Diskussion den innerparteilichen Cordon sanitair aufgebrochen habe, der nach der Erklärung der Historischen Kommission aus dem Jahr 1995 in diversen Geschichtskonferenzen wieder aufgerichtet worden sei.[27] Hierin lag eine der Ursachen, dass innerhalb und außerhalb der PDS deren Gründungsdokumente, vor allem das Referat Michael Schumanns, aber auch die Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand aus dem Jahre 1995 nicht mehr hinreichend bekannt waren. Der PDS-Parteivorstand stellt im Ergebnis der Debatte zur Zimmer-Pau-Erklärung fest, dass ohne Kenntnis der kritischen und selbstkritischen Stellungnahmen zur eigenen Geschichte der PDS umso einfacher vorgeworfen werden konnte, sie würde sich mit ihrer Vergangenheit nicht auseinandersetzen.[28]

Das hierzu die PDS selbst beigetragen hätte, darauf verwies indirekt der Berliner Politikwissenschaftler Gero Neugebauer, der sich über die Auf-

---

für Bildung und Wissenschaft: Nach der Debatte. Erfahrungen aus dem Streit um den 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD. Jena 1996. S. 33.

23 PDS-Pressedienst: Nummer 16 vom 20. April 2001. siehe Anhang 2

24 Disput 05/2001.

25 Mitteilungen der Kommunistischen Plattform. Mai 2001. siehe Anhang 3

26 PDS-Pressedienst: Nummer 16 vom 20. April 2001. siehe Anhang 2

27 Neues Deutschland, 16.05.2001.

28 PDS-Pressedienst: Nummer 19 vom 11. Mai 2001. siehe Anhang 4

regung in der Partei über die Zimmer-Pau-Erklärung verwundert zeigte. Offenbar habe es die Partei versäumt, die Ergebnisse ihrer kritischen Konferenzen sowie der Dokumentationsbände der in ihrem Umfeld forschenden Wissenschaftler öffentlich wirksam publik zu machen.[29] Auch deshalb stellte der PDS-Parteivorstand noch einmal den bis dahin erreichten Stand in der Geschichtsdebatte klar: „Wir haben und werden uns für die Vereinigung von KPD und SPD, für die Gründung der DDR nicht entschuldigen. Wir haben und werden aber aus Anlass von Gedenktagen jene um Verzeihung bitten, die unter SED und DDR gelitten haben. Uns selbst werden wir jedoch das Scheitern von Einheitspartei und DDR niemals verzeihen.“[30]

Wesentlich eindringlicher als es diese politische Stellungnahme vermochte beschrieb Wilfriede Otto noch einmal die ganze Komplexität des Gründungsprozesses der SED. So sehr die ursprünglichen Motivationen der ca. 680 000 SPD- und 620 000 KPD-Mitglieder, die sich im April 1946 zur SED zusammenschlossen sowie der vielen neuen jungen Mitstreiter, die in die Partei eintraten in der historischen Betrachtung ernst genommen werden müssten, so gehöre zu diesem Prozess auch die Tatsache der sowjetischen Einflussnahme. Durch sie waren die Chancen für einen demokratisch-sozialistischen Neuanfang von vornherein begrenzt. Bereits am 23. Januar 1946 habe die SMAD vorgegeben, den 1. Mai als Feiertag der Vereinigung zu begehen. Unter diesen Voraussetzungen konnte sich weder ein neues, demokratisch-sozialistisches Parteiverständnis herausbilden noch die stalinschen Erblasten abgeschüttelt werden. Vielmehr dominierten die im Moskauer Exil geprägten KPD-Kader die Entwicklung der SED, in der der sozialdemokratische Hauptstrom der Arbeiterbewegung eben nicht als gleichberechtigter Partner anerkannt war, sondern das Parteimodell der KPdSU, die „Partei neuen Typus“ übernommen wurde. Mit beeinflusst hatten diese Entwicklung zweifellos die antisowjetische und antikommunistische Atmosphäre in den Westzonen, der beginnende Kalte Krieg und die ersten Schritte zur Spaltung Deutschlands seitens der Westmächte und einiger westdeutscher Politiker. Dennoch: „Durch Flucht, Austritt, Ausschluss und Haft war bis Anfang der 50er Jahre die Mehrzahl der Sozialdemokraten aus der Gründerzeit wieder ausgeschieden. Anfang 1954 waren in der SED noch etwa 250 000 ehemalige Sozialdemokraten Mitglieder der SED. (...) Seit 1948 waren cirka 5000 ehemalige Sozialdemokraten, vor allem als Schumacher-Agenten beschuldigt, durch sowjetische Militärtribunale bzw. DDR-Gerichte zu hohen Strafen verurteilt worden; von ihnen verstarben rund 400 in sowjetischen Zwangsarbeitslagern und Zuchthäusern der DDR.“ Vor diesem Hintergrund, so Otto, solle die PDS akzeptieren, dass die von Repressionen Betroffenen den Begriff „Zwangsvereinigung“ zur Charakterisierung der Vorgänge um die Gründung der SED verwenden. Obwohl er vom vielschichtigen historischen Vorgang abstrahiere und seine politisch instrumentalisierte Verwendung nichts zur historischen Klärung beitrage bliebe es doch eine Tatsache, „dass es schon auf dem Weg zur SED politische Täuschung, Nötigung, Zwänge und Repressionen gegeben hat.“[31]

Anstelle eines Fazits

Die Diskussionen und Auseinandersetzungen zur politisch-historischen Bewertung der SED-Gründung gehörten bis ins Jahr 2001 zu den intensivsten Debatten, die in der PDS in Bezug auf ihre eigene Geschichte geführt wurden. Insofern entbehrt der pauschale Vorwurf, die PDS bzw. die in ihrer Nachfolge stehende Partei DIE LINKE habe sich mit diesem Teil ihrer Geschichte nicht auseinandergesetzt, jeder Grundlage.

Dass die in diesen Debatten erreichten Ergebnisse unterschiedlich und auch kritisch bewertet werden können und müssen, steht jedoch außer Frage. Denn insgesamt zeigten sich in der Auseinandersetzung 2001 erneut und zugespitzt die sich inzwischen herausgebildeten widerstreitenden Herangehensweisen in der PDS an den politischen Umgang mit der eigenen Geschichte. Auf der einen Seite das Bestreben, in Fortführung des vom Außerordentlichen Parteitag der SED formulierten antistalinistischen Grundkonsens die Kritik am Stalinismus und dem von ihm erhobenen Anspruch auf den Alleinbesitz der Wahrheit zu vertiefen um so zu einem souveränen und glaubwürdigeren Umgang mit der eigenen Geschichte

29 Neues Deutschland, 16.05.2001.
30 PDS-Pressedienst: Nummer 19 vom 11. Mai 2001. siehe Anhang 4
31 Neues Deutschland, 21.04.2001.

zu gelangen. Auf dieser Grundlage sei die Entschuldigung bei den Opfern stalinistischer Politik selbstverständlich, müsse aber über das Bedauern für das „Scheitern des sozialistischen Versuchs“ hinausgehen.[32]

Dem stand die Position gegenüber, die in der kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte dort die Grenze zog, wo die eigene politische Biographie und damit zusammenhängend jene fest gefügten und unauflöslichen Sichten in Betracht kamen, die sich als historische Wahrheit im Fühlen und Denken verankert hatten. Ausdruck hierfür war die Forderung nach einer ausführlichen gesellschaftswissenschaftlich fundierten Einschätzung der Vereinigung von KPD und SPD, um die hierauf beruhende historische Wahrheit zu verbreiten.[33]

Vor diesem Hintergrund musste die Präambel zum Koalitionsvertrag zwischen SPD und PDS 2002 in Berlin, in der die SED-Gründung 1946 als „Zwangsvereinigung“ charakterisiert wurde[34] in Teilen der Partei auf massive Kritik stoßen. Die Vertreterin der KPF sprach auf dem Berliner Landesparteitag, der dem Koalitionsvertrag mit großer Mehrheit zustimmte, von Demütigung. Dem hielt ein Mitglied der PDS-Verhandlungsdelegation entgegen, die Präambel sei ein Signal, endgültig mit der undemokratischen, diktatorischen, menschenrechtsverachtenden SED-Vergangenheit gebrochen zu haben.[35] Den Kern des eigentlichen Problems beschrieben die beiden Leipziger Historiker Ernst Wurl und Klaus Kinner. Ein paar Zeilen zur Geschichte in einem politischen Dokument waren ausreichend um die innerparteilichen Diskussionen in einer Art wieder aufbrechen zu lassen, „als hätte es den Gründungskonsens der Partei niemals gegeben: an die Wurzeln des eigenen Scheiterns zu gehen, stalinistische Prägungen abzuwerfen.“ Die bislang ausgetauschten Argumente u.a. über die SED-Gründung hätten nur bedingt zum Überdenken bisheriger Sichten geführt, „selbst der Begriff des Antistalinismus ist in Verdacht geraten.“ Gegen die Kritik, in der Präambel werde die „historische Wahrheit“ missachtet, wandten sie ein, dass damit der Anspruch formuliert würde, diese zu kennen. Historiker wüssten jedoch, dass jenseits eindeutig bestimmbarer Tatsachenbestände sehr komplizierte Forschungen und Analysen erforderlich seien, um Hintergründe, Situationen, Zusammenhänge und Motivationen zu ermitteln, um sich so der historischen Wahrheit nähern zu können. Dennoch sei die Bewertung des Faktenmaterials abhängig vom politischen, ideologischen und ethischen Standort des Forschenden. Wahrheit kann in der Geschichte mehrere Gesichter haben. Ein Urteil über die Vergangenheit stehe jedem zu, doch hänge es stets von seinen Kenntnissen und seinem Geschichtsverständnis ab. „Wenn zu Recht eingefordert wird, dass auch die Sozialdemokratie kritisch mit ihrer Geschichte umgehen möge, dann hat nur der das Recht zu dieser Forderung, der schonungslos mit der Pervertierung der Ideen des Sozialismus und Kommunismus abrechnet.“[36]

---

32 Disput 05/2001.
33 PDS-Pressedienst: Nummer 18 vom 4. Mai 2001.
34 PDS-Pressedienst: Nummer 02 vom 10. Januar 2002.
35 Neues Deutschland, 14.01.2002.
36 Disput 02/2002.

Anhang 1

Pressedienst PDS Nr. 50/1995

Zum Zusammenschluß von KPD und SPD 1946, Erklärung der Historischen Kommission vom Dezember 1995

Im April 1996 jährt sich zum fünfzigsten Male der mit dem Vereinigungsparteitag vollendete Zusammenschluß von KPD und SPD in der sowjetischen Besatzungszone. Es war dies eines der herausragenden, die weitere Entwicklung maßgeblich bestimmenden Ereignisse deutscher Nachkriegsgeschichte.

Von den unmittelbaren Vorgängen jener Zeit trennt uns nunmehr ein halbes Jahrhundert. Die damals begründete Einheitspartei, die in Ostdeutschland eine überragende Machtstellung errang und die Hauptverantwortung für Aufstieg und Untergang der Deutschen Demokratischen Republik trägt, existiert nicht mehr. Die Mehrzahl der damaligen historischen Akteure weilt nicht mehr unter den Lebenden. Dennoch werden die Vorgänge des ersten Nachkriegsjahres auch heute in der Regel nicht als abgeschlossenes historisches Geschehen betrachtet und gewertet, sondern überwiegend gegensätzlichen aktuellen politischen Interessenlagen gemäß wahrgenommen.

Wir begegnen verklärender Rückschau - vor allem bei Befürwortern, aber auch bei Gegnern der Vereinigung -, mit der selbstkritische Analyse abgewehrt wird. Wir bemerken, wie zurückliegende historische Vorgänge benutzt werden, um Abgeordnete, Funktionäre und Mitglieder der PDS politisch auszugrenzen und ihre Politikangebote zu disqualifizieren. Wir konnten beobachten, wie Treuhandanstalt und Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR Meinungen von Historikern zu den Ereignisse von 1945/1946 in den Rang von juristischen Beweisen erhoben, um diese im Streit um Immobilien einzusetzen.

Die Historische Kommission der PDS spricht sich für einen Umgang mit dem Zusammenschluß von KPD und SPD aus, der geeignet ist, die Atmosphäre im Lager der Reformkräfte zu entgiften. Das besagt: Jeder, der sich am dringend gebotenen Disput beteiligt, sollte:
- die ganze Fülle widersprüchlicher Tatsachen zur Kenntnis nehmen,
- Einzelereignisse nicht aus ihren großen historischen und internationalen Zusammenhängen herauslösen,
- über die Motive aller historisch handelnden Kräfte ernsthaft nachdenken,
- die eigenen geschichtstheoretischen Standpunkte und Überzeugungen immer wieder am empirischen Material überprüfen,
- Wertungen historischer Vorgänge nicht eigenen politischen Vorurteilen oder Parteiinteressen unterwerfen.

Die PDS hat sich von jeglichen Bestrebungen, ein verbindliches Geschichtsbild zu setzen, unmißverständlich verabschiedet. Ist Geschichtsinterpretation im Ganzen produktiv nur pluralistisch denkbar, so gilt dies auch für die Wertung einzelner historischer Prozesse, Ereignisse und Personen. Auch in der Beurteilung der Gründung der SED kann, darf und soll es ein Spektrum von Meinungen geben. Verbietet es sich aus den genannten Gründen für die Historische Kommission der PDS, der Partei und ihren Sympathisanten eine Sichtweise auf die Gründung der SED vorzugeben, so braucht sie deshalb nicht auf ein Darlegen ihrer Auffassung zu verzichten.

Wir geben deshalb allen, die sich - von welchen Positionen und mit welchen Absichten auch immer - mit dem Zusammenschluß von KPD und SPD beschäftigen, vor allem folgendes zu bedenken:

1. Das politische Projekt einer Einheitspartei der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes war keine ostdeutsche Einmaligkeit und keine bloße Drapierung eines Führungs- und Machtanspruches der KPD. Das Verlangen, die mit dem Zusammenbruch der II. Internationale sichtbar gewordene Spaltung der sozialistischen Bewegung wieder zu überwinden, ist von unterschiedlichen politischen Kräften zu verschiedenen Zeiten im nationalen wie im internationalen Maßstab immer wieder zur Geltung gebracht worden. Doch gab es stets auch starke Gegentendenzen.

Diese wurden auf der einen Seite genährt durch die Bolschewisierung kommunistischer Parteien, ihre zunehmende Fixierung auf die sowjetrussische Außen- und Großmachtpolitik und die Rechtfertigung stalinistischer Repressalien. Andererseits wirkte der Zerfall der II. Internationale in zwei Kriegslager nach, stieß die in einigen Ländern zu verhängnisvoller Anpassungs- und Kapitulationspolitik führende Integration sozialdemokratischer oder sozialistischer Parteien in das kapitalistische System auf heftige Ablehnung. Besonders im Kampf gegen den Faschismus hatte jedoch die Idee der Sammlung und Bündelung der Kräfte der Arbeiterbewegung bis hin zu organisatorischen Zusammenschlüssen überaus an Anziehungskraft gewonnen. Das äußerte sich in zahlreichen Ländern in Erfolgen der antifaschistischen Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten und in mehr oder weniger weit gediehenen Vorbereitungen ihrer Vereinigung. Davon zeugte auch das Entstehen internationaler Organisationen der Gewerkschaften, der Jugendverbände, der Frauenbünde, der Studentenvereinigungen, die vor allem von Sozialdemokraten und Kommunisten getragen wurden.

2. Der Zusammenschluß von KPD und SPD ist mithin in diesem gesamthistorischen Zusammenhang zu sehen. Den Akteuren jener Zeit sollte zugebilligt werden, daß sie mit ihrem unverwechselbaren - vor allem in den Jahren 1914 bis 1945 gewonnenen - politischen Erfahrungshorizont handelten. In Deutschland war dieser aus dem Weg der herrschenden Klassen vom Weltkrieg Nr. 1 in den Weltkrieg Nr. 2 erwachsen, aus den Halbheiten der Weimarer Demokratie und schließlich aus den Verbrechen der faschistischen Diktatur. Den Zeitgenossen waren die gravierenden Ereignisse der deutschen Arbeiterbewegung jener Jahre viel unmittelbarer als uns heute gegenwärtig: die Zustimmung der deutschen Sozialdemokratie zu den Kriegskrediten am 4. August und Karl Liebknechts Nein am 2. Dezember 1914, die Abspaltung der USPD und der Weg der Spartakusgruppe zur KPD, die Novemberrevolution mit ihren widersprüchlichen Ergebnissen, revolutionäre Umsturzversuche der Kommunisten und Koalitionspolitik der Sozialdemokraten, das am 1. Mai 1929 geflossene Blut, das übereinstimmende Stimmverhalten von Kommunisten und Nationalsozialisten im Preußenvolksentscheid des Jahres 1931, das Zurückweichen sozialdemokratischer Minister beim Papenstaatsstreich des 20. Juli 1932. Es hatte Angebote zur Einheitsfront gegeben, mit denen die KPD die Sozialdemokratie aushebeln wollte; und es waren Angebote zurückgewiesen worden, die angesichts der nazistischen Gewaltherrschaft und zur Verhinderung des Krieges gewissenhafte Prüfung verdient hätten. Gegenseitige Bezichtigungen und zahlreiche Zusammenstöße waren noch längst nicht vernarbt. Und dennoch wollte beim Neubeginn im Frühjahr 1945 die Mehrzahl der Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam einen neuen Anfang wagen. Das erwarteten auch viele der Arbeiterbewegung zugehörende oder zuneigende Parteilose von ihnen.

Es bedarf der Voreingenommenheit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, um jenseits dieses historischen Untergrundes, einzig anhand der Kriterien einer Totalitarismustheorie über die Gründung der SED zu urteilen und in ihr ausschließlich die Fundierung der ostdeutschen SED-Diktatur zu sehen.

3. Die Idee und die Praxis eines breiten antifaschistischen Bündnisses und der Einheit der Arbeiterklasse - repräsentiert in Einheitsgewerkschaften und einer Einheitspartei - besaß beim politischen Neubeginn im Jahre 1945 große Anziehungskraft. Das fand nicht zuletzt in sofortigen lokalen Zusammenschlüssen von Kommunisten und Sozialdemokraten seinen Ausdruck. Die Aktionsabkommen von KPD und SPD, wie sie zentral in Berlin und gleichzeitig für bestimmte Regionen und Orte - auch in den westlichen Besatzungszonen - in großer Zahl abgeschlossen wurden, fanden weithin positive Resonanz. Durch gemeinsames Handeln wurden überlebte Strukturen aufgebrochen und Grundlagen einer antifaschistischen Demokratie geschaffen, deren Nachhall noch heute zu spüren ist. Die Argumentation, daß die zur leitenden Kraft des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus berufene Arbeiterklasse eine einheitliche Führung in Gestalt einer marxistischen Einheitspartei brauche, überzeugte viele. Die Erinnerung an den Siegeszug der in der Arbeiterbewegung konkurrenzlosen revolutionären deutschen Sozialdemokratie war noch lebendig. Allen, die der Arbeiterklasse die Mission zutrauten, Schöpfer der neuen, ausbeutungsfreien Gesellschaft zu werden, erschienen Einheitsorganisationen der Werktätigen als eine logische Konsequenz, die in der historischen Rolle dieser Klasse begründet lag.

Gleichwohl sind zeitgenössisch auch prinzipielle Einwendungen gegen einen auf solche Weise

motivierten Zusammenschluß von Sozialdemokraten und Kommunisten vorgetragen worden, weil es sich um zwei unvereinbare politische Strömungen handle oder weil eine mehr gefühlsmäßig bejahte Einheit nicht dauerhaft tragfähig sei. In diesem Zusammenhang sind Warnungen ausgesprochen worden, die sich durch die spätere Entwicklung der Einheitspartei als nicht unbegründet erweisen sollten, Warnungen vor einem überwiegend taktisch angelegten Bekenntnis der KPD-Führung zur Demokratie, Warnungen vor einer Auslieferung von Arbeiterorganisationen an die Siegermacht UdSSR.

1945/1946 standen alle Politiker stark im Banne eben durchlebter schlimmer Zeiten. Sie wollten die Zukunft grundlegend neu gestalten, wobei sie überwiegend zu einschneidenden Eingriffen in die ökonomischen und politischen Strukturen bereit waren. Doch entwickelten alle Richtungen ihre Politik vorwiegend in Rückgriffen auf Gesellschaftstheorien und Politikerfahrungen der vorfaschistischen Zeit. Sehr früh trat an die Stelle antifaschistischer Gemeinsamkeit neubelebter Parteiegoismus. Im Lager der Linken wirkte dies einem unvoreingenommenen Ausloten optimaler Strukturen und Bewegungsformen entgegen. Von den Verfechtern der Einheit und später von der DDR-Historiographie ist niemals ernsthaft erwogen worden, ob die Arbeiterklasse - wie immer sie definiert wird - tatsächlich eine solche Homogenität aufweist, daß die Einheitsorganisation zu allen Zeiten das ihr Naturgemäße ist. Deshalb blieb auch der sich in den antifaschistischen Ausschüssen offenbarende basisdemokratische Impuls ungenutzt. Chancen des Handelns in pluralistischen Strukturen bei Bündelung der Kräfte in der Hauptrichtung der Bewegung und durch gemeinsame Aktionen von Fall zu Fall sind von keiner Seite ernsthaft geprüft und erprobt worden. Es bedurfte wohl der Erfahrungen mit den in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre entstandenen Einheitsparteien, um am Ausgang unseres Jahrhundert die Frage nach Einheit und Vielfalt linker Kräfte auf neue Weise zu stellen.

4. Gab es 1945/1946 in Deutschland einen unübersehbaren Drang zur Einheit, so gab es keine Voraussetzungen für ein wirklich freies Spiel der Kräfte, um die anstehenden Entscheidungen demokratisch und in gesamtnationalen Maßstabe herbeizuführen. Die Tatsache, daß Deutschland ein besiegtes und besetztes Land war, in dem die oberste Regierungsgewalt bei den Besatzungsmächten lag, hat jegliches politisches Handeln in jeder Region bestimmend beeinflußt. Bei einer das politische Kräfteverhältnis so nachhaltig verändernden Frage wie Einheit oder Spaltung der Arbeiterbewegung war und ist Neutralität der Besatzungsmächte undenkbar.

4.1. Die westlichen Besatzungsmächte hatten - ungeachtet mancher gegenläufiger Tatsachen - nie Zweifel aufkommen lassen, daß eine linke Hegemonie in Nachkriegsdeutschland und in Westeuropa überhaupt ihren Interessen widersprach und zu verhindern war. Entsprechend griffen sie in die Formierung der antifaschistischen Bewegung und der Arbeiterorganisationen restriktiv ein. Da die Einheitsbestrebungen in den Westzonen außerhalb der KPD schon Ende 1945 - nicht ohne Zutun der Besatzungsmächte - wieder abebbten, läßt sich nicht ermessen, ob diese Besatzungspolitik eine unüberwindliche Barriere darstellte. Die Militärregierungen gerieten nicht in die Lage, die Gründung einer Einheitspartei auch um den Preis absoluten Verlustes an demokratischen Image mit militärisch-diktatorischen Mitteln zu unterbinden, sondern vermochten mit überwiegend dirigistischen Methoden und durch die Favorisierung ihnen genehmer Politiker ihre Besatzungsziele durchzusetzen. Ein chancengleiches freies Spiel der Kräfte hat in den Westzonen keineswegs stattgefunden.

4.2. Die sowjetische Besatzungsmacht hatte in der KPD ihre wichtigste Stütze und den deutschen Vollstrecker ihrer Besatzungsziele gesehen und nicht gezögert, diese Partei in eine exponierte Stellung zu bringen. Anhand der Erfahrungen in osteuropäischen Ländern, spätestens nach den Wahlergebnissen in Österreich und Ungarn, aber auch angesichts des Zustroms zur Sozialdemokratie in der sowjetischen Besatzungszone mußte ihr klar geworden sein, daß die Kommunisten über keinen ausreichenden Einfluß verfügten, um die sowjetische Deutschlandpolitik hinreichend abzustützen, daß es dazu der Einbindung des sozialdemokratischen Potentials bedurfte. Über eine kommunistisch dominierte Einheitspartei sollte dies erreicht werden. War das Verhalten der UdSSR und ihrer Besatzungsorgane in Deutschland vorwiegend macht- und sicherheitspolitisch bestimmt, so verstanden sich zahlreiche Mitarbeiter der SMAD zugleich als Vertreter der Arbeiterbewegung. Deshalb standen neben der administrativen, mitunter repressiven, Vorgehensweise der Besatzungsmacht zugleich die histo-

risch-theoretische Argumentation und der politisch-moralische Appell. Dies wurde dadurch begünstigt, daß sich die UdSSR als Sieger über den Faschismus damals auf dem Höhepunkt ihres internationalen Ansehens befand. Auch der Zentralausschuß der SPD, auch Vertreter der kommunistischen Opposition sahen ungeachtet mancher Vorbehalte in der Sowjetunion die Schutzmacht für eine sozialistische Entwicklung in Europa. Sie hielten es für geboten, sich im Falle eines amerikanisch-sowjetischen Konfliktes für die UdSSR zu entscheiden.

In ihrer Besatzungszone griff die UdSSR mit jener Rigorosität, mit der sie ihre Ziele generell verfolgte, auch in die Auseinandersetzungen um die Vereinigung von KPD und SPD ein, so daß eine Option gegen die Einheitspartei zugleich zum Affront gegen die Besatzungsmacht wurde. Dies schuf ein politisches Klima, in dem schwer auszumachen ist, wo für das Individuum die freie Entscheidung für die Einheitspartei aufhörte und wo Anpassung oder Gehorsam begonnen haben, wo die Zustimmung zur Einheitspartei trotz oder wo sie wegen dieser Begleiterscheinungen erfolgt ist, wo sie als Unterwürfigkeit empfunden oder wo sie als Weg zur Gewinnung von größerer Handlungsfreiheit verstanden wurde. Für die Gesellschaft war die Besatzungspolitik allgegenwärtig, für den einzelnen Kommunisten, Sozialdemokraten oder Parteilosen blieb durchaus Spielraum, sich als Mitglied in die Einheitspartei einzureihen oder ihr fernzubleiben beziehungsweise sich von ihr wieder zu lösen.

4.3. Die KPD hatte sich bei Wiederzulassung der politischen Parteien für die Sammlung der Kräfte in den vertrauten Organisationen und für die Aktionseinheit von KPD und SPD ausgesprochen. Doch bereits im Herbst 1945 ging von ihr die Initiative für einen Zusammenschluß beider Arbeiterparteien aus, wie sie überhaupt als Initiator und Organisator des Neuaufbaus und der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Erscheinung trat. Durch die KPD in erster Linie erfolgten die politischen Mobilisierungen im Vereinigungsprozeß. Ihr Engagement für die Einheitspartei begründete die KPD von der marxistischen Theorie her und aus den Traditionen der Arbeiterbewegung heraus, mit der besonderen Verantwortung der Arbeiterklasse für den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau und für eine sozialistische Perspektive Deutschlands, mit den Erfolgen von einigen Monaten Aktionseinheit sowie mit Warnungen vor den Gefahren eines Wiederauflebens der Reaktion, die sowohl die antifaschistische Demokratie als auch die nationale Einheit bedrohte. Wie die internen Quellen belegen, reagierte sie zugleich auf zunehmenden Einfluß und wachsendes Selbstbewußtsein einer SPD, die nun wiederholt gegenüber den Kommunisten auf Distanz ging. Die öffentlich vorgetragenen Argumente der KPD verdeckten manche taktischen und machtpolitischen Kalküle der Führung der KPD. Ihre Wirkung verfehlten sie auf breite Kreise der Werktätigen indes nicht, denn sie waren in vieler Hinsicht aus realen historischen und zeitgenössisch-aktuellen Erfahrungen geschöpft.

Belastungen und Beschädigungen der ursprünglich überwiegend positiv aufgenommenen Idee und Praxis der Einheit erwuchsen aus drei Elementen kommunistischer Politik, wenngleich diese oft erst Jahre später in vollem Umfange deutlich wurden. Erstens war die KPD aus den Traditionen der Komintern heraus in einem Maße auf die KPdSU(B), auf die UdSSR und mithin auch auf die sowjetische Besatzungspolitik fixiert, das sie nicht wahrhaben konnte und wollte, wie sehr das Handeln des "ersten sozialistischen Staates der Welt" von russischen Großmachtinteressen bestimmt war. Für die Führung der KPD erschien es nicht vorstellbar, bei unvermeidlichen Interessenkonflikten originäre Anliegen der deutschen Werktätigen gegenüber der Besatzungsmacht offen und aktionsorientiert zu vertreten. Auch in Bezug auf die Einheitspartei bedurften alle ihrer wesentlichen Schritte zumindest der Billigung durch die sowjetische Partei- und Staatsführung. Zweitens hatte die KPD in ihrer Spitze und in ihrer Mehrheit trotz verheißungsvoller Vorsätze und Anläufe kein durchgreifend und dauerhaft erneuertes Verhältnis zur Demokratie gefunden, zur Demokratie als Grundwert, unabdingbar für den Sozialismus und auch innerhalb der eigenen Organisation. Zwar sind ihr Bemühungen nicht abzusprechen, wie sie in dem Konzept von einem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus kulminierten, doch wurde die Partei schließlich und endlich immer wieder von der eigenen Vergangenheit eingeholt. Darunter litt auch die Konsensfähigkeit in der Bündnispolitik wie die Fähigkeit der KPD, auf den sozialdemokratischen Partner in erforderlicher Weise einzugehen. Drittens lasteten auf der Führung der KPD die Stalinschen Repressalien, denen auch zahlreiche deutsche Antifaschisten zum Opfer gefallen waren. Dies war ein wesentlicher - von kommunistischer Seite allerdings nie akzeptierter - Grund, weshalb ihre

Einheitsfrontangebote auch nach 1933 überwiegend auf Ablehnung gestoßen waren. Selbst wenn die KPD-Führung gewollt hätte, so bestand allerdings gerade 1945/1946 die geringste Chance, dieses trübe Kapitel in der Geschichte der kommunistischen Bewegung zu bereinigen. Denn die Alliierten hatten jegliche Kritik an jedweder Siegermacht verboten, und die Präsenz der Stalin verpflichteten sowjetischen Apparate in Ostdeutschland schloß bereits ein Benennen, geschweige denn eine Anklage stalinistischer Verbrechen absolut aus. Das mußte sich für die Einheitspartei als schwere Hypothek erweisen.

4.4. Die SPD hatte ebenfalls allen Grund zu selbstkritischer Aufarbeitung ihres seit 1914 zurückgelegten Weges. Die Burgfriedenspolitik während des ersten Weltkrieges, die unausgeschöpften Möglichkeiten der Novemberrevolution und die Demokratie-Defizite der Weimarer Republik waren von ihr wesentlich mitzuverantworten. Das waren jedoch für ihre Führungskräfte im ersten Nachkriegsjahr kaum Themen. Zu dem Zeitpunkt, als das Einheitsparteiprojekt praktisch wurde, war die deutsche Sozialdemokratie de facto bereits nach Besatzungszonen aufgespalten, mit zwei Führungszentren: dem Zentralausschuß in Berlin und dem Büro der Westzonen in Hannover. Wesentlicher Dissenzpunkt zwischen beiden war die Stellung zu den Kommunisten und zur Einheitspartei der Arbeiterklasse - schroff und unflexibel ablehnend das Büro der Westzonen und die sich vor allem in den Berliner Westsektoren organisierende Opposition; prinzipiell bejahend, aber Vorbedingungen stellend, zeitweise manövrierend und bremsend die Mehrheit des Berliner Zentralausschusses.

Die Folge war, daß die Entscheidungen über Programm, Politik und Organisation der Einheitspartei, über den Vollzug der Vereinigung nicht im Rahmen des in ganz Deutschland vorhandenen politischen Kräfteverhältnisses fielen, sondern einerseits unter den kommunistisch-dominierten Bedingungen der sowjetischen Besatzungszone und andererseits unter den konfliktgeladenen Verhältnissen und Rivalitäten der Viersektoren-Stadt Berlin. Damit war die Möglichkeit vergeben, mit und innerhalb einer gesamtdeutschen vereinigten Partei der Arbeiterklasse das sozialdemokratische Potential seiner Bedeutung und seinem Einfluß entsprechend zur Geltung zu bringen. Da in der Sozialdemokratie eine selbstkritische Bestandsaufnahme der eigenen Politik zwischen 1914 und 1945 unterblieb, standen nachdenkliche Sozialdemokraten vor der Alternative: Rückkehr in die alten Gleise oder Neubeginn mit einer Einheitspartei, selbst wenn diese kommunistisch dominiert war.

Es fällt auf, daß das Einheitsparteiprojekt in der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin von sozialdemokratischen Gegnern einer Fusion nur selten frontal angegriffen worden ist. Einer Debatte über die im Entwurf der Grundsätze und Ziele der SED enthaltene Programmatik und die im Entwurf des Parteistatuts niedergelegten Organisationsprinzipien der Einheitspartei haben sie sich nicht gestellt. Vielmehr nahmen sie Anstoß am Zeitpunkt, am Tempo, an den Konditionen des Zusammenschlusses. Dies ist ein Indiz dafür, daß die Idee der Einheit auch unter Sozialdemokraten im Grundsätzlichen zahlreiche Anhänger hatte.

4.5. Kaum zum Zuge kamen die zwischen KPD und SPD angesiedelten kritischen Potentiale der Arbeiterbewegung, wie sie sich in der KPD (Opposition), in der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), im Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) oder anderen Gruppierungen organisiert hatten. Obwohl Vertreter dieser Richtungen in den Mitte 1945 auf lokaler Ebene entstandenen Einheitsorganisationen oder beim Zustandekommen von Aktionsausschüssen oft eine herausragende Rolle gespielt hatten, wurden sie bald von den Stammparteien SPD und KPD aufgesogen, wozu eine durch die Besatzungsmächte gesteuerte Parteilizenzierung das Ihre beitrug. Der produktive, ausgleichende Impuls für eine Einheitspartei, wie er gerade von diesen Kräften erhofft werden durfte, kam nicht zum Tragen. Im Gegenteil, schon bald setzte in der SED nicht nur die Ausgrenzung, sondern auch die Verfolgung von tatsächlichen oder vermeintlichen Vertretern dieser Gruppierungen ein. In der SPD blieb diesen Arbeiterfunktionären meist nur die Wahl zwischen Resignation oder Kollision.

5. Im Spannungsfeld des besiegten und besetzten Deutschlands und angesichts konkurrierender politischer Kräfte erwuchsen unterschiedliche Haltungen zur Einheitspartei und gegensätzliche Betroffenheiten der am Geschehen Beteiligten. Die unmittelbar - wenngleich mehr oder weniger intensiv - einbezogenen Männer, Frauen und Jugendlichen zählten nach Hunderttausenden. Es ist

indes ein Trugschluß anzunehmen, daß sich die SED überwiegend aus vor 1933 entweder in der KPD oder in der SPD organisierten Mitgliedern rekrutiert habe. Das Gegenteil war der Fall. Schon zur Jahreswende 1945/1946 bestanden in der sowjetischen Besatzungszone KPD wie SPD in der übergroßen Mehrzahl aus Mitgliedern, die sich erst nach 1945 einer politischen Partei angeschlossen hatten. Das gilt allerdings weit mehr für die KPD als für die SPD, die in ihrem Bestand ein höheres Maß an Kontinuität verkörperte. Für die Masse der künftigen Mitglieder der Einheitspartei war mithin eine Option für den Zusammenschluß von KPD und SPD nicht oder nur bedingt mit Erhalt oder Preisgabe einer kommunistischen beziehungsweise einer sozialdemokratischen Identität verbunden.

Deshalb finden wir unter den am Zusammenschluß von KPD und SPD beteiligten Menschen die unterschiedlichsten Verhaltensweisen oder Betroffenheiten: freudig überzeugtes, durch Klassenbewußtsein bestimmtes Engagement für die Einheitspartei; rational abwägendes, politisch-motiviertes Bejahen dieser Vereinigung; Mitläufertum im Vertrauen auf die Entscheidungen der Führungen; Zweifel, aber auch das Verdrängen von Zweifeln, opportunistisches Einschwenken in einen für unvermeidlich gehaltenen Gang der Ereignisse; Widerstand gegen eine für verfrüht oder für verfehlt gehaltene Fusion, aber auch die Aufgabe dieses Widerstandes angesichts massiver ideologischer Umwerbungen oder auch unter politischem Druck; abgetrotzte Teilnahme an der Einheitspartei durch indirekte oder direkte Ankündigung von Benachteiligungen wie auch durch korrumpierende Versprechungen; das Ausschalten von Einheitsgegnern, was für manche Betroffene ein schlimmes Schicksal bedeutete.

Verantwortungsbewußte Forschung und ausgewogene Bewertung sollten danach fragen, inwieweit derartige Verhaltensweisen und Betroffenheiten als typisch anzusehen sind und in welchem Verhältnis sie zueinander gestanden haben.

6. Viele Diskussionen um Freiwilligkeit oder Zwang beim Zustandekommen der Einheitspartei wären hinfällig, wenn dem Zusammenschluß von KPD und SPD ein Votum der Gesamtmitgliedschaft vorausgegangen wäre. Eine Urabstimmung war im Frühjahr 1946 nicht nur in Berlin, sondern auch in verschiedenen Städten der sowjetischen Besatzungszone - mitunter auch von Mitgliedern der KPD - gefordert worden. Doch widersprach der eingeschlagene Weg der Entscheidung durch Delegierte auf Konferenzen und Parteitagen keineswegs den Traditionen der politischen Arbeiterbewegung in Deutschland. Das Standardbeispiel Berliner Urabstimmung reicht nicht aus, um die Frage nach Zwang oder Freiwilligkeit beim Zustandekommen der SED überzeugend zu entscheiden. Denn in Berlin bestand eine spezifische, mit anderen Regionen nicht gleichsetzbare politische Situation. Die Daten dieser Abstimmung verlieren an Beweiskraft als überragendes Votum gegen die Einheitspartei, wenn sie nicht lediglich auf die Abstimmungsteilnehmer, sondern auf die Gesamtzahl der Mitglieder der SPD in den Berliner Westsektoren oder gar auf die Gesamtzahl der Berliner Sozialdemokraten bezogen werden. Die Frage "Bist Du für den sofortigen Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien?" verneinten bei der Urabstimmung vom 31. März 1946 zwar 82,3 Prozent der Abstimmungsteilnehmer, doch repräsentierten diese nur 47,7 Prozent der SPD-Mitglieder der Berliner Westsektoren und 28,6 Prozent der SPD-Mitglieder Groß-Berlins. Demgegenüber wurde die Frage "Bist Du für ein Bündnis beider Arbeiterparteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt?" nur von 24,8 Prozent der Abstimmungsteilnehmer verneint, die 14,4 Prozent der SPD-Mitglieder der Berliner Westsektoren und 8,6 Prozent der SPD-Mitglieder Groß-Berlins ausmachten. Was die Ergebnisse der Urabstimmung unanfechtbar belegen, ist erstens die Tatsache, daß in Berlin große Teile der Sozialdemokraten dem Zentralausschuß die Gefolgschaft aufgekündigt hatten und den von ihm eingeschlagenen Weg in die Einheitspartei nicht mitgehen wollten. Zweitens weisen sie aus, daß selbst diese Sozialdemokraten mehrheitlich eine Neuauflage des "Bruderkampfes" zwischen SPD und KPD ablehnten und ein Zusammengehen beider Parteien erwarteten. Das Votum für Gemeinsamkeit trotz vorhandener Differenzen ist von den Initiatoren der Urabstimmung zu keiner Zeit als Richtschnur politischen Handelns respektiert worden.

Wenn Urabstimmungen das zuverlässigste Mittel sind, um den Willen der Betroffenen zweifelsfrei zu erkunden, ergibt sich die Frage, warum im Anschluß- und Vereinigungsprozeß des Jahres 1990 nicht davon Gebrauch gemacht wurde. Weder den Fusionen der CDU(Ost) wie der DBD mit

der bundesdeutschen CDU und der LDPD wie der NDPD mit der FDP noch dem Aufgehen der SPD(Ost) in der westdeutschen Mutterpartei sind Urabstimmungen vorausgegangen, in der Regel nicht einmal der SED-Gründung vergleichbare Parteitagsbeschlüsse. Im Rahmen des DGB entscheiden heute Delegierte ohne Urabstimmung über Auflösung und Fusionierung von Industriegewerkschaften. Die SED vermochte nach ihrer Gründung einen enormen Zuwachs an Mitgliedern zu erzielen, den bundesdeutschen Parteien haben vereinnahmte Mitglieder in Scharen den Rücken gekehrt.

7. Es dürfte der Wahrheit am nächsten kommen und dem politischen Klima in Deutschland am dienlichsten sein, wenn aus den vielfältigen und widersprüchlichen Tatsachen, von denen die Gründung der SED begleitet war, gefolgert wird:

Eine bedeutende Minderheit trat überzeugt und engagiert für die Einheitspartei ein. Eine beachtliche Minderheit, die sich vor allem aus langjährigen Sozialdemokraten rekrutierte, hatte erhebliche Vorbehalte oder war strikt gegen einen Zusammenschluß mit der KPD. Die Mehrheit war bereit, ihren Führungen zu vertrauen, zumal das Einheitsparteiprojekt auf sie eine solche Anziehungskraft ausübte, daß Bedenken vielfach in den Hintergrund traten. Die Programmatik wie das Parteistatut der SED trugen diesem Gründungskonsens in beachtlichem Maße Rechnung, die Parität bei der Besetzung der Parteifunktionen wirkte vertrauensstiftend, wenngleich in der Realität eine kommunistische Dominanz von Anfang an nicht zu übersehen war.

8. Es hat beim Zusammenschluß von KPD und SPD zweifellos Zwänge gegeben. Nicht wenige der Akteure des Jahres 1945/1946 haben den "Irrweg" der Deutschen in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts, die Notwendigkeit einer grundlegenden Wende deutscher Geschichte sowie die organisatorische Zusammenfassung aller linken Kräfte für den demokratischen Neuaufbau und für eine sozialistische Perspektive als gebieterischen objektiven Zwang empfunden. Sie wollten unbedingt die Spaltung der Arbeiterbewegung zu beenden - und sei es mit einer massiven, in mancher Hinsicht fragwürdigen Kampagne für die Einheitspartei. Der Zusammenschluß von KPD und SPD war mit einer intensiven politischen, organisatorischen und ideologischen Mobilisierung verbunden, vollzog sich in hohem Tempo und bot in der sowjetischen Besatzungszone Befürwortern und Gegnern der Fusion keine Chancengleichheit. Nach allem, was in Deutschland vorher an reaktionären Tatsachen geschaffen worden war, was sie an Krieg und Massenmord erlebt hatten, konnten allerdings viele Anhänger der Einheitspartei darin nichts Schlimmes erblicken. Gegner der Vereinigung sahen sich hingegen unter Druck gesetzt, und auch manche Befürworter der Einheitspartei hätten lieber andere Abläufe und Fristen vorgezogen. Die Führung der KPD und auch zahlreiche kommunistische Funktionäre vor Ort hatten keine Bedenken, sich der bevorzugten Stellung zu bedienen, die ihnen von der Besatzungsmacht eingeräumt worden war - bei der Besetzung von Funktionen, in der materiellen Ausstattung der politischen Arbeit, bei der Isolierung oder Diffamierung politischer Gegner. Auch die Mehrheit des Zentralausschusses der SPD ging, nachdem sie sich grundsätzlich für die Einheitspartei entschieden hatte, mit Ausschlüssen gegen die Opposition vor.

Durch die sowjetische Besatzungsmacht kam ein breitgefächertes Instrumentarium zum Einsatz: Umwerben von Sozialdemokraten, Appelle an ihr Klassenbewußtsein, Berufungen auf die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, demonstratives Vorhalten der Erwartungen der Besatzungsmacht, Versammlungsverbote, Zensur der Presse, Vorladungen bei den Besatzungsbehörden, Ablösung einzelner Funktionäre, Androhung von Gewaltmaßnahmen. Es kam zu Inhaftierungen und Aburteilung durch Militärgerichte. Diese konnten, mußten aber nicht, in ursächlichem Zusammenhang mit der Stellung der Betroffenen zur Einheitspartei stehen. Die schlimmsten Repressionen setzten in den folgenden Jahren ein und hingen nicht monokausal mit der SED-Gründung zusammen. Überwiegend als Maßnahmen im kalten Krieg begründet, trafen sie in vielen Fällen Arbeiterfunktionäre, häufig Sozialdemokraten, jedoch auch Westemigranten der KPD und Vertreter oppositioneller kommunistischer Gruppierungen, der SAP und anderer Organisationen. Zunehmend waren später auch die Zentrale Parteikontrollkommission der SED sowie Organe der DDR beziehungsweise deren Vorläufer an derartigen Verfolgungen beteiligt.

Zwängen waren auch die Vorkämpfer einer Einheitspartei in den Westzonen ausgesetzt. Die dortige SPD-Führung drohte ihnen mit Ausschluß.

Von den Besatzungsmächten wurden sie mit vielfältigen Ausgrenzungen und repressiven Maßnahmen belegt. Hier reichte das Instrumentarium von Benachteiligungen beim Zulassen von Parteien und Gewerkschaften, bei der Lizenzierung und Zensierung der Presse über die Bevorzugung politisch genehmer Personen für die deutschen Auftragsverwaltungen und Länderregierungen bis hin zu direkten Einmischungen in Angelegenheiten der deutschen Arbeiterbewegung. Organisationskomitees der SED wurden verboten. In den Westzonen ansässige Mitglieder des Parteivorstandes der SED wurden aufgefordert, ihre Funktion niederzulegen oder ihren Wohnsitz zu wechseln. Es kam zu Verhaftungen vor allem kommunistischer Funktionäre. Bereits im April 1948 wurde ein Verbot der KPD erwogen.

Angesichts der Vielfalt und Widersprüchlichkeit der Vorgänge um den Zusammenschluß von KPD und SPD sind jegliche vereinfachenden, zu parteiisch aufgeladenen Kurzformeln geronnenen Wertungen abzulehnen. Mögen sie "Erfüllung der Sehnsucht aller Werktätigen" oder "Zwangsvereinigung" lauten.

9. Trotz schwerwiegender negativer Begleitumstände des Zustandekommens der SED trug die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zunächst überwiegend den Charakter einer linkssozialistischen Volkspartei. Sie zählte zum Zeitpunkt ihrer Gründung in Ostdeutschland knapp 1,3 Millionen Mitglieder, die annähernd zu gleichen Teilen über die KPD und über die SPD in die Einheitspartei gelangt waren. Im ersten Jahr ihres Bestehens schlossen sich dieser Partei täglich im Schnitt 1200 Männer, Frauen und Jugendliche an. 1947 gehörte in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone jeder 4. Industriearbeiter, jeder 3. Angestellte, jeder 16. Land- und Forstarbeiter, jeder 10. Bauer, jeder 7. Handwerker und Gewerbetreibende, jeder 7. Ingenieur oder Techniker und jeder 3. Lehrer der SED an. Die zahlenmäßige Stärke und das von der SED 1946 erzielte Wahlergebnis zeugen von einer beträchtlichen Akzeptanz dieser Partei.

Das Gegenwartsprogramm der SED enthielt antifaschistisch-demokratische Forderungen, in denen Kommunisten und Sozialdemokraten von Anfang an in hohem Maße übereingestimmt hatten und die im Osten Deutschlands bereits in beträchtlichem Maße verwirklicht waren. Ihre knappgehaltenen programmatischen Aussagen über den Sozialismus wiesen große Verwandtschaft zum Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie von 1891 auf und orientierten auf einen deutschen Weg zum Sozialismus. Dem Parteistatut nach war die SED eine demokratisch strukturierte Partei, die allen nichtnazistischen Werktätigen offenstand, in der Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse von unten nach oben zumindest statuarisch möglich waren. Die Partei kannte keine Kandidatenzeit, keine Parteiüberprüfungen und -säuberungen, keine Kontrollkommissionen, kein Politbüro und keinen Generalsekretär. Die zugesicherte Parität von Kommunisten und Sozialdemokraten in der Besetzung aller Wahlfunktionen und Parteiämter war formell weitgehend gewährleistet. Gleichwohl wurden in der SED auf nahezu allen Ebenen Funktionäre tonangebend, die ihre politische Prägung durch die Komintern erfahren hatten. Deren Dominanz erwuchs vor allem aus ihrer enormen politischen Energie, aus ihrem Umgang mit politischen Apparaten, besonders auf dem Felde der Kaderpolitik, aus ihrer Nähe zur sowjetischen Besatzungsmacht. Zugleich lassen sich in der Geschichte der SED, besonders an Schnittpunkten politischer Auseinandersetzungen, immer auch das Wirken oder der Nachhall einer von sozialdemokratischen Traditionen gespeisten politischen Praxis wie auch von demokratisch-kommunistischen Traditionen ausmachen, wie sie im Lebenswerk Rosa Luxemburgs ihren reifsten Ausdruck gefunden hatten.

Die 1948 im Zeichen des kalten Krieges forciert einsetzende Ausrichtung der SED nach dem Vorbild der stalinistischen KPdSU(B) war zwar zu einem gewissen Grade durch die Schlüsselpositionen von Kominternfunktionären und Sowjetemigranten in der SED vorbereitet und vorbestimmt, nichtsdestoweniger markierte sie einen unübersehbaren Bruch in der Entwicklung der Einheitspartei. Die SED nahm eine Art Doppelcharakter als Massenpartei und Kaderpartei neuen Typs an. Dieser Widerspruch begleitete die SED in ihrer weiteren Existenz und äußerte sich unter anderem in einem kritischen Potential gegenüber der Politbürokratie der DDR. Anders wäre deren Sturz im Jahre 1989 auf friedliche Weise nicht vorstellbar und gleich gar nicht vollziehbar gewesen.

10. Die im April 1946 vollzogene Gründung der SED hat die bis dahin im wesentlichen übereinstimmende Parteienlandschaft in Deutschland gravierend verändert und polarisiert. Das wurde und wird oft als erster Schritt der Zerreißung

Deutschlands hingestellt. Nicht nur im Bewußtsein der Gründer dieser Partei, auch der Sache nach war er das gewiß nicht. Denn geführt von der SED sollten im Osten Deutschlands gesellschaftliche Veränderungen erreicht werden, die auf ganz Deutschland ausstrahlten. Die Einheitspartei sollte in der sowjetischen Besatzungszone zwar ihren Ausgangspunkt, nicht aber ihren Endpunkt haben, sie wollte auf den deutschen Westen übergreifen. Ein Friedensvertrag mit Deutschland, eine Aufhebung oder Zurücknahme der Besatzungszonen, Bewegungsfreiheit für alle Parteien in ganz Deutschland hätten die SED nicht nur mit ganz anderen Bedingungen ihres Wirkens konfrontiert und in neue politische Konkurrenzsituationen gebracht, sondern auch ihre innere Entwicklung nachhaltig beeinflußt. 1947 zeichnete sich im Umfeld der Moskauer Außenministerkonferenz die Möglichkeit der Zulassung gesamtdeutscher Parteien ab, was auch für die SPD neue Betätigungsmöglichkeiten in der sowjetischen Besatzungszone erschlossen hätte. Das Scheitern solcher Bestrebungen kann nicht primär der SED angelastet werden; denn diese war damals für eine gesamtdeutsche Verfassungsdebatte, für gesamtdeutsche Parteien und für eine gesamtdeutsche Repräsentanz gegenüber den Siegermächten. Es war Kurt Schumacher, der eine erforderliche sozialdemokratische Initiative strikt ablehnte.

11. Es gibt sehr zu denken, wenn im Jahre 6 der deutschen Einheit erneut eine Rückkehr zu simplen, emotional aufgeladenen Bildern des kalten Krieges zu beobachten ist. Denn vor einem Jahrzehnt waren Historiker in Ost und West bereits einmal soweit aufeinander zugegangen, daß die einen die mit dem Zusammenschluß von KPD und SPD verbundenen Konflikte stärker wahrnahmen und die anderen den verbreiteten Drang zur Einheit nicht mehr generell in Abrede stellten. Die Umkehr dieses Trends läßt sich nur damit erklären, daß die Bewertung der historischen Ereignisse des Jahres 1946 erneut politisch besetzt worden ist. Sie wird als Karte im tagespolitischen Konkurrenzkampf der Parteien und im Ringen um Wählerstimmen ausgespielt. Letztlich soll selbst der Gedanke an mögliche Alternativen zu dem im deutschen Westen beschrittenen Weg gebrandmarkt werden. Solcher Umgang mit Geschichte aber steht nicht nur der Suche nach historischer Wahrheit entgegen, sondern auch einem Zusammenwachsen der Deutschen in Ost und West, einer Aussöhnung der früheren Gegner in den beiden Lagern des kalten Krieges.

Für alle, welche die gegenwärtige konservative Hegemonie in Deutschland und in Europa und die Monopolstellung profitorientierter Kapitalmagnaten brechen möchten, kann das Ersetzen einer genauen Analyse durch althergebrachte Vorurteile und neubelebte Klischees nur ein Unterwerfen unter die Meinungsführerschaft jener konservativen und antisozialistischen Kräfte bedeuten, die nichts so sehr fürchten, wie die parteiübergreifende Formierung der Kräfte für eine Reformalternative. Die Historische Kommission der PDS empfiehlt deshalb allen Mitgliedern und Sympathisanten der Partei des Demokratischen Sozialismus, allen historisch und politisch interessierten Bürgern einen verantwortungsbewußt kritischen Umgang mit der Geschichte im allgemeinen und der Geschichte des Zusammenschlusses von KPD und SPD im besonderen. Das ist weder aus der bloßen Erinnerung heraus, noch ausschließlich anhand der schriftlichen Überlieferungen möglich. Sollten die Zeitgenossen die in den letzten Jahren erstmals veröffentlichten authentischen Quellen zur Kenntnis nehmen, so die Nachgeborenen, die Motivationen und Entscheidungen der damaligen Akteure ernstnehmen. Noch immer wissen wir weit mehr über die Vorgänge in den Chefetagen als über die Befindlichkeiten und Verhaltensweisen von Hunderttausenden Mitgliedern an der Basis. Noch immer ist das Bild über die SED-Gründung überwiegend von den Vorgängen in Berlin geprägt. Lokal- und regionalgeschichtliche Untersuchungen haben an Bedeutung nichts verloren. Sie sind eher dringlicher geworden, weil die Möglichkeit, Zeitzeugen zu befragen, nicht mehr lange gegeben sein wird.

12. Die Historische Kommission der PDS warnt davor, sich in historischen Fragen - von wem und unter welchem Vorwand auch immer - Ultimaten stellen zu lassen. Die Tatsachen zu erhellen und zu bewerten, ist Sache historischer Forschung. Sich ein Urteil zu bilden, ist das Recht jedes Parteimitgliedes und jedes Bürgers dieses Landes. Unakzeptabel ist es hingegen, Entscheidungen über politisches Vorgehen, über Bündnisse oder Koalitionen von Be- oder Verurteilungen historischer Vorgänge abhängig zu machen, die ein halbes Jahrhundert zurückliegen. Dies beschädigt sowohl das politische Profil und die Glaubwürdigkeit derjenigen, die solche Ansinnen stellen, als auch derjenigen, die auf solche Ansinnen eingehen. Dies kann weder im Interesse eines fortwirkenden produktiven Umgangs mit Geschichte liegen noch der politischen Kultur in diesem Lan-

de dienlich sein. Zudem bleibt bei solchen Ansinnen in der Regel unberücksichtigt, daß negative Erscheinungen im Werden und Wachsen der SED auch von zahlreichen früheren Funktionären und Mitgliedern der SPD mitzuverantworten sind.

Kein Christ muß sich von Inquisition und Militärkirche öffentlich distanzieren, bevor er sich in eine Allianz für gesellschaftliche Erneuerung einreihen darf. Kein Sozialdemokrat muß sich zuvor für die Bewilligung der Kriegskredite im Jahre 1914, für die Ohnmacht der Weimarer Republik oder für das Abhängen der ostdeutschen Bevölkerung auf dem Wege in die Bundesrepublik entschuldigen, bevor er politisch bündnisfähig ist. Kein Vertreter der Bürgerbewegung braucht öffentlich zu bekunden, wie und warum er die ostdeutsche Bevölkerung nicht nur aus den Zwängen der "realsozialistischen" Gesellschaft herausgeführt, sondern zugleich in die Zwänge einer sich zunehmend militarisierenden und entsolidarisierenden kapitalistischen Marktwirtschaft hineingeführt hat, wenn er sich heute nach Mitstreitern für die Durchsetzung sozialer oder ökologischer Ziele umsieht. Kein PDS-ler kann verpflichtet werden, sich erst Pauschalverurteilungen wie sie uns in Begriffen wie "Zwangsvereinigung" oder "SED-Unrechtsstaat" entgegentreten, zu eigen zu machen, ehe er Anspruch auf politische Gleichberechtigung hat. Der notwendigen kritischen und selbstkritischen Auseinandersetzung mit Geschichte und dabei nicht zuletzt mit dem Zustandekommen der SED stehen jedwede ultimativen Forderungen oder Erwartungen nur im Wege.

Die Historische Kommission der PDS empfiehlt stattdessen: Nicht schweigen, wenn Geschichte und Politik auf unzulässige Weise vermischt werden. Alle, die erfreulichen wie die unbequemen und beschämenden historischen Tatsachen zur Kenntnis nehmen. Nichts beschönigen, aber auch einem antikommunistischen und antisozialistischen Zeitgeist keinen Tribut zollen. Sich über eigenes Mittun und eigene Verantwortung klarwerden. Offen sein für die Sichtweisen aller, denen die Zukunft der Linken am Herzen liegt, aber jene zurückweisen, die uns in die ideologischen Schützengräben des kalten Krieges zurückzerren möchten. Auch in der Auseinandersetzung mit Geschichte nach vorn blicken.

13. November 1995

Anhang 2

Pressedienst: Nummer 16 vom 20. April 2001

Vor 55 Jahren: gewollt und verfolgt. Geschichte lässt sich nicht aufrechnen

Gabi Zimmer und Petra Pau zum 55. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD

In kaum einem zweiten Land ist das Verhältnis linker Strömungen und Parteien untereinander so belastet wie in Deutschland. Wunden, die man sich im 20. Jahrhundert schlug, hinterließen Narben und gegenseitiges Misstrauen.

Die gemeinsame Geschichte belastet die Gegenwart. Noch immer abrufbereit sind die Verantwortung von Gustav Noske für die Ermordung der KPD-Gründer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die Tausenden Kommunistinnen und Kommunisten, die in der Weimarer Republik unter sozialdemokratischen Regierungen als politische Gefangene in Haft geworfen wurden, der »Blut-Mai« des Jahres 1929. Ebenso präsent ist die verheerende Sozialfaschismusthese der damaligen KPD, die mit Zwang einhergehende Vereinigung von KPD und SPD sowie die Verfolgung von Sozialdemokraten durch die SED. Beispiele nur, die nicht verdrängt werden sollen und ohnehin verschiedenen Bewertungen unterliegen.

Auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 hatte sich die SED beim »Volk der DDR« dafür entschuldigt, »daß die ehemalige Führung der SED unser Land in (eine) existenzgefährdende Krise geführt hat«. Dazu stehen wir und wir meinen aus heutiger Sicht: Dies sollte die Vereinigung von KPD und SPD einschließen. Denn die Gründung und Formierung der SED wurde auch mit politischen Täuschungen, Zwängen und Repressionen vollzogen.

Wir erwarten übrigens von der Sozialdemokratie keine Abbitte für Handlungen, mit denen sie der deutschen Linken Schaden zugefügt hat. Geschichte lässt sich nicht gegenseitig aufrechnen, Ablassrituale machen sprachlos, sie haben nichts mit historischer Aufarbeitung zu tun.

Nach den Erfahrungen des Jahres 1933 und mit der folgenden nationalsozialistischen Barbarei war der Drang nach einer wieder vereinigten Arbeiterbewegung in Deutschland weit verbreitet, übrigens nicht nur in der Sowjetischen Besatzungszone. Die Gründung der SED war historisch erklärbar, sie war von vielen gewollt und vollzog sich regional sehr unterschiedlich.

Zugleich verweisen Historiker darauf: Skeptisch waren seinerzeit keineswegs nur »rechte«, argwöhnisch waren vor allem »linke« Sozialdemokraten, darunter viele ehemalige Anhänger der KPD. Sie hatten in den zwanziger Jahren erlebt, wie in der KPD demokratischer Meinungsstreit ausgeschaltet und die Partei einer stalintreuen Linie unterworfen wurde. Nun befürchteten sie hinter der Vereinigung erneut eine Vereinheitlichung nach stalinistischen Prinzipien, so, wie sie auch in anderen osteuropäischen Staaten von statten ging.

Viele, die sich damals dem Zusammenschluss von KPD und SPD verweigerten, bezahlten das mit ihrer Freiheit, ihrer Gesundheit, nicht wenige mit dem Leben. Auf der 13. Tagung des Parteivorstands der SED 1948 drängte Wilhelm Pieck: »Wir haben ... sehr viele Kräfte in unserer Partei, die innerlich noch nicht von der Notwendigkeit der Vereinigung überzeugt waren ...« Fortan trat ein, was linke Einheitsgegner 1945/46 befürchtet hatten. Sozialdemokraten in der SED wurden gedemütigt und verfolgt, ebenso kritische Kommunisten, ehemalige Mitglieder von KPDO, SAP, die sogenannten Westemigranten, schließlich nicht wenige, die in der Nazi-Zeit in KZ und Zuchthäusern für ihre Ideen gelitten hatten.

All das gehört zur widersprüchlichen Geschichte. Die PDS hat sich ihren Anteil 1989/90 bewusst aufgebürdet, um einen Neuanfang zu wagen, einen besseren. Sie trägt an ihm, schwer. Zugleich halten wir es für schlicht ahistorisch, wenn konkurrierende Parteien uns die Vergangenheit und sich die Zukunft verordnen wollen. Zumal die zentrale Frage des 21. Jahrhunderts, die Verwirklichung von individueller Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, noch immer einer Lösung harrt, und zwar weltweit.

Auch deshalb ist uns eine grundsätzliche Lehre wichtig. Die Linke ist plural und auch nur so in der Lage, eine offene Gesellschaft erfolgreich zu verändern. Das Unglück der Linken ist nicht, dass sie in verschiedenen Parteien agieren. Die Misere der Linken ist ihre Spracharmut miteinander.

Anhang 3

Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Linkspartei.PDS: Mai 2001

Die Identität unserer Partei nicht zur Disposition stellen!

Ellen Brombacher, Sahra Wagenknecht, Jürgen Herold, Thomas Hecker, Heinz Marohn, Friedrich Rabe

Die Genossinnen Gabi Zimmer und Petra Pau haben eine 1989 auf dem Sonderparteitag beschlossene Formulierung durch eine persönliche Erklärung ergänzt: Sie ent-schuldigen sich für die Vereinigung von KPD und SPD. Sie halten die Gründung der SED zwar für historisch erklärbar, aber offensichtlich dennoch für illegitim.

Wir halten den Zusammenschluß von KPD und SPD am 22. April 1946 nicht nur für historisch erklärbar, sondern ebenso für historisch notwendig. Eine vereinigte Arbeiterbewegung war nach unserer Überzeugung Grundvoraussetzung "für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes Deutschland in Überwindung des faschistischen Erbes. Das bedarf keiner Entschuldigung. Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war."
(PDS-Parteiprogramm)

Führende Vertreter der PDS haben sich in der Vergangenheit mehrfach für Zwänge entschuldigt, die es im Prozeß der Vereinigung gegeben hat. Das hätte genügt. Wir fragen uns: Wozu nun diese Pauschalentschuldigung, verbunden mit der Versicherung, von der SPD erwarte man nichts dergleichen. Nicht einmal für die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht soll Abbitte geleistet werden? Das ist Selbstverleugnung.

Zugleich werden besonders jene Genossinnen und Genossen der PDS beleidigt, die den antifaschistischen Wiederaufbau im Osten Deutschlands ebenso mitgestalteten wie die DDR.

Viele Medien sind begeistert. Müntefering findet den Schritt "mutig". Alle möglichen SPD-Funktionäre erklärten noch heute, dies käme sehr spät, sei aber ein Schritt in die richtige Richtung. Die Richtung scheint das Jahr 2002 zu betreffen. Offenbar spielen führende Genossinnen und Genossen der PDS mit dem Gedanken, wir sollten schon zu den nächsten Bundestagswahlen koalitionsfähig sein. Dazu braucht man schnellstens ein neues Programm; zumindest einen Entwurf. Dazu bedarf es einer Wahlkampfstrategie, die die SPD schont. Und dazu muß man sich bei der SPD entschuldigen.

Das kann nicht gut gehen. Schon vor geraumer Zeit äußerte André Brie, der Verbleib in der PDS müsse manchen Mitgliedern unerträglich gemacht werden. Nicht nur er scheint so zu denken. Dennoch sollte sich niemand provozieren lassen. Wehren wir uns innerhalb der PDS gegen einen Kurs, der ihre Identität zur Disposition stellt!

18. April 2001

Anhang 4

Pressedienst: Nummer 19 vom 11. Mai 2001

Auseinandersetzung mit der Geschichte nicht instrumentalisieren

Erklärung des Parteivorstandes

Der Parteivorstand der PDS hat sich in seiner Beratung am 5. Mai 2001 vor dem Hintergrund der von Gabi Zimmer und Petra Pau mit ihrer Erklärung vom 18. April 2001 zur Vereinigung von KPD und SPD ausgelösten Diskussionen auf folgende Positionen verständigt:

1. Die Auseinandersetzungen aus Anlass des 55. Jahrestages der Vereinigung von KPD und SPD in der Sowjetischen Besatzungszone haben noch einmal die Tragik der Geschichte der sozialistischen Bewegung im 20. Jahrhundert ins Bewusstsein gerufen.

Das Versagen der deutschen Sozialdemokratie und der Zweiten Internationale am Vorabend und Beginn des I. Weltkrieges, ihre Unfähigkeit, mehrheitlich eine antiimperialistische und antinationalistische Position zu beziehen und sich als Gegenmacht gegen Krieg und Unterdrückung zu bewähren, hat die organisatorische und geistige Spaltung der Linken in Europa herbeigeführt. Die Ermordung Rosa Luxemburgs und anderer demokratischer linkssozialistischer Führer und schließlich deren Verdrängung im Maße der Bolschewisierung der neuen Kommunistischen Parteien bzw. ihre Liquidierung durch die stalinisierte Komintern der dreißiger Jahre sowie die These von der Sozialdemokratie als Sozialfaschismus haben den unheilvollen Gegensatz zwischen SPD und KPD verfestigt. Auch in den Zeiten des Widerstandes gegen den deutschen Nationalsozialismus konnte er nicht überwunden werden.

Die Vereinigung von KPD und SPD in der Sowjetischen Besatzungszone war einerseits der ernst gemeinte Versuch vieler überzeugter Sozialdemokraten und Kommunisten, durch diese Vereinigung die Ursachen der Niederlagen von 1914, 1918 und 1933 zu überwinden. Andererseits war es von Seiten entscheidender Funktionäre der KPD und der Stalinschen Führung in der Sowjetunion ein Schritt, um die Sozialdemokratie zu instrumentalisieren, sie sich unterzuordnen und letztlich als eigenständige Kraft zu beseitigen. Dazu wurde auch zu Betrug, Repression, Verfolgung und politischer Gewalt gegriffen. Nach 1948 setzte sich diese Tendenz durch. Die Geschichte der SED ist eine Geschichte der Verdrängung, Unterdrückung und letztlich der Beseitigung des sozialdemokratischen Erbes. Spätestens seit den siebziger Jahren verstand sich die SED selbst als rein kommunistische Partei.

Die Tragödie der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung ist Teil der Tragödie des 20. Jahrhunderts. Sie wirkt bis heute nach und erschwert politische Kooperation. Es muss der Ursachen erinnert werden, es muss der Opfer gedacht werden, es müssen die Verantwortlichen klar benannt werden. Politische Organisationen haben die Pflicht, sich der eigenen Geschichte zu stellen. Dazu gehört auch das Bekenntnis zur eigenen Verantwortung. Entschuldigungen gegenüber den von Repression Betroffenen sind ein Zeichen dafür. Sie sind keine Demutsgesten, sondern ein Ausdruck von kritischem Selbstbewusstsein.

2. Die Vereinigung von KPD und SPD war historisch legitim und bedarf als solcher keiner Entschuldigung. Nicht die Vereinigung, sondern die Art und Weise der Vereinigung beider Parteien und vor allem die spätere Vereinheitlichung, die das sozialdemokratische Element unterdrückte, aber auch kritische Kommunisten, ehemalige Mitglieder der KPDO, der SAP oder des Leninbundes sowie Westemigranten betraf, muss Gegenstand unserer historischen Kritik sein. Dadurch waren frühzeitig Strukturen der SED entstanden, die nicht nur das Scheitern der Einheitspartei, sondern auch das Scheitern der DDR mitverursacht haben. Unser Respekt vor den Generationen des Aufbaus und der Gestaltung der DDR gebietet es, diese historischen Zusammenhänge nicht zu verdrängen. Ihrer Lebensleistungen werden wir nur gerecht, wenn wir die Bedingungen betrachten, unter denen sie handeln mussten und unter denen sie - trotz aufopferungsvollem gemeinsamen

Engagement von SED-Mitgliedern und anderen DDR-Bürgern für ihren Staat - das Ende der DDR nicht abwenden konnten.

Wenn wir heute an die unglaubliche Selbstbeschneidung und den Verlust der kreativen politischen Potentiale denken, die dem Sozialismus in der DDR verloren gegangen sind, dann haben wir vor allem der betroffenen Menschen und ihrer Schicksale zu gedenken, darunter vieler ehemals sozialdemokratischer Mitglieder der SED: "Durch Flucht, Austritt, Ausschluss und Haft war bis Anfang der 50er Jahre die Mehrzahl der Sozialdemokraten aus der Gründerzeit wieder ausgeschieden. (...) Seit 1948 waren cirka 5.000 ehemalige Sozialdemokraten, vor allem als Schumacher-Agenten beschuldigt, durch sowjetische Militärtribunale bzw. DDR-Gerichte zu hohen Strafen verurteilt worden; von ihnen verstarben rund 400 in sowjetischen Zwangsarbeitslagern und Zuchthäusern der DDR." (Wilfriede Otto, ND v. 21./22.4.2001)

3. Die Debatten zum Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD haben gezeigt, dass innerhalb und außerhalb der PDS unsere Gründungsdokumente, vor allem das Referat von Michael Schumann auf dem Sonderparteitag 1989, aber auch die Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand aus dem Jahre 1996 nicht hinreichend bekannt sind. Vor diesem Hintergrund fällt es um so leichter, die Auseinandersetzung mit der Geschichte von verschiedener Seite zu instrumentalisieren.

Mit dem notorischen Hinweis auf die vermeintlich mangelnde Auseinandersetzung der PDS mit ihrer Geschichte versuchen die etablierten Parteien die gewonnene Politikfähigkeit der PDS zu schwächen. Dies gelingt ihnen immer weniger.

Wir haben und werden uns für die Vereinigung von KPD und SPD, für die Gründung der DDR nicht entschuldigen. Wir haben und werden aber aus Anlass von Gedenktagen jene um Verzeihung bitten, die unter SED und DDR gelitten haben. Uns selbst werden wir jedoch das Scheitern von Einheitspartei und DDR niemals verzeihen.

4. Die Absage an die gescheiterte Idee der Einheitspartei und das Bekenntnis zur Pluralität der Linken schafft überhaupt erst die Voraussetzung für eine dauerhafte, eigenständige Existenz der PDS als der demokratisch-sozialistischen Partei links der SPD in Deutschland.

Wir halten alle Spekulationen über eine die Differenz verwischende Annäherung oder gar Vereinigung von SPD und PDS für abwegig. Wir brauchen ein politisches Verhältnis zur SPD und zur rot-grünen Bundesregierung. Um gestärkt aus den Bundestagswahlen 2002 hervorgehen und damit die politische Achse in Deutschland nach links verschieben zu können, müssen wir unsere bundespolitischen Alternativen formulieren. Hierfür benötigt die PDS programmatisch und politisch strategische Autonomie. Mit dem vorgelegten Programmentwurf und der begonnenen Debatte schärfen wir unser sozialistisches Profil, mit dem zu erarbeitenden Wahlprogramm werden wir unsere Eigenständigkeit im Bundestagswahlkampf beweisen.

Impressum

Herausgeber:
DIE LINKE. Landesverband Thüringen
Eugen-Richter-Str. 44, 99085 Erfurt
Tel.: 0361-60 111 30
lgst@die-linke-thueringen.de
www.die-linke-thueringen.de

Auflage 200 Exemplare
Redaktionsschluss 15. 03. 2016
Redaktion: Volker Hinck, Mario Hesselbarth, Dr. Steffen Kachel (V.i.S.d.P), Joachim Traut
Satz und Layout: Dirk Anhalt

Umschlagbilder:
Der Handschlag von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl - eine Inszenierung für Medien und Öffentlichkeit.
Von Bundesarchiv, Bild 183-W0910-305 / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de,
https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5437801
Von Bundesarchiv, Bild 183-H26980 / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de,
https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5364065

Diese Broschüre ist unter folgender Lizenz veröffentlicht:
CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/
Unter www.die-linke-thueringen.de finden Sie diese Broschüre als PDF-Dokument sowie weitere Materialien (Aufzeichnugen von Zeitzeugen, Dokumente usw.).

DIE LINKE.
THÜRINGEN

www.die-linke-thueringen.de